

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.
Vorsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Mittwoch, den 12. März 1902.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.
Vorsprecher: Amt I. Nr. 5121.

In der dritten Beilage veröffentlichen wir heute die Ergebnisse der Berliner Arbeitslosen-Zählung in ihren wichtigen Einzelheiten.

Boerenfieg.

Die Gefangennahme Lord Methuens und die vollständige Auflösung seiner 1200 Mann starken, 5 Geschütze mit sich führenden Abteilung durch den Boerengeneral Delarey hat in England begeisterte Weise die größte Erregung hervorgerufen. Wenn von einzelnen englischen Blättern diese Niederlage als die schwerste des ganzen Krieges bezeichnet wird, so ist das zwar eine große Übertreibung, immerhin enthält dies Urteil einen Kern von Berechtigung. Denn wenn man sich vergegenwärtigt, daß von Kitchener und dem Kriegsminister vor nunmehr bereits 3/4 Jahren die Boeren als jeder militärischen Organisation ermangelnde Räuberbanden bezeichnet worden sind, die sich nur noch zu Jucken und Dreien durch die Postenketten der englischen Truppen hindurch schleichen könnten, und wenn diese Darstellung nicht von einem Hohngelächter des englischen Publikums beantwortet wurde, so kann man sich jetzt das Staunen und die Befürzung Englands ausmalen, daß es diesen zerstreuten Räuberbanden nun gelungen ist, eine so starke Abteilung unter der Führung eines der hochgestellten englischen Generale vollständig aufzureiben; und zwar nicht in der Defensive, die den Boeren anfangs so große Erfolge sicherte, sondern in der Offensive, im kühnen unvorbereiteten Angriff. Noch liegt keine nähere Darstellung über den Verlauf des Gefechtes vor, denn die lächerlichen und verworrenen Angaben Kitcheners, die wieder einmal alle Schuld den antipatriotischen Maulknechten in die Schuhe schieben, geben natürlich kein Bild der wirklichen Vorgänge. Der Angriff dürfte sich aber wohl ähnlich abgespielt haben, wie bei dem Ueberfall bei Mlerksdorp: Die Boeren griffen die auf dem Marsch befindlichen Truppen mit Befremdung von verschiedenen Seiten an, zerschmetterten sie in mehrere Teile und zwangen schließlich den größten Teil zur Waffenstreckung. Das Haupttelegramm Kitcheners lautete in seiner Vollständigkeit:

Ich bedauere sehr, eine traurige Nachricht über Methuen senden zu müssen. Er war mit 900 Reitern unter Major Paris, 300 Mann Infanterie, vier Geschützen und einem Pommpom auf dem Marsch von Dryburg nach Lichtenburg und beabsichtigte, mit Grenfell, der 1800 Reiter unter seinem Befehle hatte, bei Rivierfontein zusammenzutreffen. 500 Mann britischer Truppen sind in Maribogo und Kaalpan eingetroffen; sie wurden von den Boeren noch vier Meilen verfolgt. Sie berichten, Methuens Geschütze, Bagage u. s. w. von den Boeren genommen worden. Als Methuen zuletzt gesehen wurde, war er Gefangener. Die Boeren griffen von drei Seiten an. Ich hatte bereits Dispositionen getroffen, um Truppen in diesen Distrikt zu entsenden. Ich denke, dies plötzliche Wiederaufleben der Thätigkeit der Boeren bezweckte, die De Wet bedrängenden Truppen abzulenken.

Die gestrigen Meldungen ließen die ganze Größe der Niederlage, die dies Telegramm Kitcheners wenigstens ahnen läßt, nicht erkennen.

In diesen Meldungen war der Verlust nur auf ca. 300 Mann angegeben. In Wirklichkeit war er aber viel größer. Nach Kitchener sind von den 1200 Mann nur 500 Mann entkommen, so daß 700 von den Boeren gefangen genommen worden wären. Nach anderen Meldungen sollen indes 1000 Mann ursprünglich in Gefangenschaft geraten sein, die 200 „Vermissten“, von denen die Rede war, sollen nur diejenigen Mannschaften umfassen, die von den Boeren noch nicht wieder freigelassen worden waren.

Diese Darstellung hat eine nicht geringe Wahrscheinlichkeit für sich, da ja die Boeren die Mehrzahl ihrer Gefangenen sofort wieder auf freien Fuß zu setzen pflegen, um in der Schnelligkeit ihrer Operationen nicht behindert zu sein. Hätte der englische Verlust tatsächlich nur ca. 300 Mann betragen, so hätten sich die übrigen 900 Mann einer Feigheit schuldig gemacht, indem sie jeden Versuch aufgaben, ihrer abgetrennten Infanterie zu Hilfe zu kommen.

Da Delarey nur 1500 Mann zur Verfügung gehabt haben soll, ist die völlige Aufreißung der 1200 Engländer eine Strapazierthat, die auch den unverbesserlichen Optimisten jenseits des Kanals beweisen muß, daß all die tröstlich ausgeprägten Gerüchte über die angebliche Demoralisation und die wachsende Kriegsmüdigkeit der Boeren nichts sind als dreiste Fiktionen. Haben doch im Gegenteil die Boeren in dem letzten Vierteljahr eine Offensivekraft an den Tag gelegt und Erfolge erzielt, die diejenigen des vorletzten Vierteljahres weit übertrafen.

Eine kurze Uebersicht über die Boerenerfolge der letzten sechs Monate mag dies beweisen.

Im September 1901 rief Smuts bei Clandschwerfort eine Schwadron Julaen auf. Englischer Verlust 33 Tote und 34 Verwundete.

In Westtransvaal, dem Operationsgebiet Delareys, verloren die Engländer bei Wassfontein 6 Tote, 23 Verwundete, 105 Gefangene und 5 Geschütze. Ferner brachte wenige Tage später Delarey den Engländern bei Moedwill einen Verlust von 33 Toten und 58 Verwundeten bei. Louis Botha lieferte zur gleichen Zeit in Osttransvaal bei Jagersdrift den Engländern ein Gefecht, das diesen 16 Tote, 30 Verwundete und 235 Gefangene kostete. Kurze Zeit später brachte er ihnen abermals einen Verlust von 120 Mann bei.

Im Oktober schlug Botha die Engländer bei Berkenlaage. Der englische Verlust betrug 68 Tote, 171 Verwundete und 2 Geschütze. Im gleichen Monat verloren die Engländer bei Zeerust gegen Delarey 28 Tote und 55 Verwundete.

Im November hatten die Boeren keinen größeren Erfolg aufzuweisen, wenn sie es auch in sämtlichen Distrikten des großen Kriegsschauplatzes an Lebenszeichen nicht fehlen ließen.

Im Dezember dagegen erstickte De Wet das Lager von Tweesfontein, wobei er den Engländern einen Verlust von 500 Toten, Verwundeten und Gefangenen beibrachte und 2 Geschütze eroberte. Hierzu kommen dann die beiden großen Siege Delareys im März, die den Engländern bei Mlerksdorp 600 Mann und 4 Geschütze und bei Lichtenburg mindestens 700 Mann und 5 Geschütze kosteten.

Delarey und De Wet — der dem letzten Kesseltreiben ja mit „nur“ 1500 Mann entkam — haben also ihre ungebrochene Aktionskraft hinlänglich bewiesen, und Louis Botha, der in Ost-Transvaal steht, wird wohl auch demnächst wieder etwas von sich hören lassen.

Den schweren englischen Niederlagen der letzten zehn Wochen — der Sieg De Wets erfolgte am 24. Dezember — steht nur die Gefangennahme von angeblich 8—900 Boeren bei Harrismith gegenüber. Selbst englische Sachverständige haben indes den Verdacht geäußert, daß sich unter den Gefangenen ein großer Teil von Greisen, Frauen und Kindern befunden haben dürfte, wodurch dieser vielgerühmte Erfolg arg zusammenschrumpfen würde.

Soweit sich die Lage übersehen läßt, ist sie die: In West-Transvaal befindet sich Delarey, in Ost-Transvaal Louis Botha und im Orange-Freistaat De Wet, jeder mit mindestens 1500 Kämpfern. Alle drei Führer besitzen also Mannschaften genug, um die Zahl der englischen Niederlagen in der nächsten Zukunft noch vermehren zu können. Außerdem aber befinden sich in der Kapkolonie, in Nord-Transvaal usw. noch eine ganze Anzahl kleiner Boerenabteilungen, die die englischen Truppen fortgesetzt bedrängen. Das ganze große Gebiet des Kriegsschauplatzes ist noch keineswegs gesäubert, vielmehr mit Ausnahme der englischen Stuppen ebenso unbeschränktes Operationsgebiet der Boeren, wie vor einem halben oder ganzem Jahr. Und zweifellos erhalten die Boeren noch fortgesetzt Verstärkungen aus den Reihen des Afrikanertums, da sie andernfalls längst bis zum letzten Mann ausgerieben sein müßten.

Die letzte Katastrophe hat diesen Zustand England wieder einmal voll zur Empfindung gebracht, das erklärt die Befürzung des englischen Publikums, das sich trotz aller schimmern Erfahrungen in Siegeshoffnungen wiegte. Deshalb die übertriebene Einschätzung der letzten Niederlage, die an sich nicht schlimmer ist als die Niederlagen bei Mlerksdorp oder Tweesfontein.

Ist es auch möglich, sich in gewagten Prophezeiungen über den künftigen Verlauf des Krieges ergehen zu wollen, so verdient doch eine Thatsache mit allem Nachdruck konstatiert zu werden: Die 2 1/2-jährige Dauer des Krieges beweist wieder einmal die ungeheure Widerstandskraft eines Volksheeres. Nach all den Erfahrungen des Boerenkrieges gehört wirklich eine ungewöhnliche Dosis von Unwissenheit und Denunfährigkeit dazu, fädeln noch über die Milizarmee schale Späße zu machen!

Im preussischen Abgeordnetenhaus nahm am Dienstag beim Etat der auswärtigen Angelegenheiten Staatssekretär Reichher von Richthofen Anlaß, eine sehr entschiedene Sympathie- und Beileids-Aussage dem durch die neueste schwere Niederlage betroffenen England zu widmen. Herr v. Richthofen erklärte:

Die definitive Antwort der englischen Regierung auf unsere gemäß dem Antrag des deutschen Boeren-Hilfskomitees gethonen Schritt ist unumkehrbar eingetroffen. Sie lautet: Der Wunsch der deutschen Regierung, daß die von dem Boeren-Hilfskomitee zu verhandelnden Gegenstände zollfrei und frachtfrei in die Flüchtlingslager zugelassen werden möchten unter Zugziehung einer vom deutschen Votschaffter genehmigten Person oder eines deutschen Konsularbeamten in Südafrika ist von der englischen Regierung einer sorgfältigen Prüfung unterzogen worden. Der Verlust, ausstehende Personen an der Verteilung von Gaben teilnehmen zu lassen, ist bereits früher gemacht worden. Bei der Ausführung hat sich aber herausgestellt, daß dies zu mancherlei Mißbrauch und Unzuträglichkeiten geführt hat. Daher ist zu diesem Zweck ein Lokalkomitee eingesetzt worden, das mit den jeweiligen Bedürfnissen der Flüchtlinge vertraut ist. Im vorliegenden Falle ist die englische Regierung besonnen, den Wünschen der deutschen Regierung soweit wie möglich entgegenzukommen, und wird es daher auf sich nehmen, daß alle Gegenstände zum Gebrauch der Boeren-Flüchtlinge, die an die Adresse eines deutschen Generalkonsuls gerichtet sind, nach dem Lager oder den Lagern, für die sie durch das deutsche Boeren-Hilfskomitee bestimmt sind, zollfrei versandt und durch das Lokalkomitee verteilt werden, in dessen werden die Sendungen einer Untersuchung unterworfen sein. Die Geistlichen der holländischen reformierten Kirche werden als Sekretäre der Lokalkomitees wirken und es werden Verteilungen getroffen werden, um in jedem Fall von dem Sekretäre des Komitees, durch das die Sendungen verteilt werden, eine Empfangsbescheinigung zu erhalten.

Graf Londedowne hat in einem Privatbrief an unsren Votschaffter in London, Grafen Wolf-Metternich, noch hinzugefügt, er hoffe, daß seine Antwort befriedigend sei.

Dadurch, daß die Sendungen in die Hände des Lokalkomitees gelangen, ist meiner Ansicht nach, eine gerechte Verteilung gewährleistet, und es ist ein großer Fortschritt gegenüber dem früheren Zustand erzielt. Ich freue mich, konstatieren zu können, daß die Wünsche dieses hohen Hauses, wie sie Abg. Lückhoff präzisiert hat, voll erfüllt worden sind. Ich glaube, daß dies mit Genehmigung begrüßt werden kann. Wir sind die ersten, die in dieser An-

gelegenheit in dieser Weise im Humanitätsinteresse vorgehen. Nun wird es an dem Boeren-Hilfsbund sein, recht viel zu sammeln, damit recht viel in die südafrikanischen Camps geschickt werden kann.

Ich möchte noch einige allgemeinerer Bemerkungen daran anschließen, die sich sowohl an Sie wie an die Allgemeinheit wenden. Die Opfer an Geld und Blut, die England hat bringen müssen, die großen Verluste, die Höhe der Ausgaben und die dadurch bedingte Anziehung der Steuerkrone haben in England natürlicherweise eine gewisse Empfindlichkeit erregt. Jedes harte Wort wird insofolgedessen doppelt tief empfunden, jeder freundliche Zuspruch doppelt dankbar anerkannt. Wir wünschen nun den nothleidenden Truppen in Südafrika nach Möglichkeit zu helfen, dies kann trotz einiger Mißerfolge doch nur mit Hilfe des englischen Staates geschehen; ohne diese können wir überhaupt nicht an die Boeren herankommen. Sichtlich ist es geboten, die Empfindlichkeit der englischen Regierung und der englischen Nation nach Möglichkeit nicht heranzufordern. Eine solche Politik ist keine Liebedienerei, wir treiben unsre Politik nur dem deutschen Volke zu Liebe. Wenn wir die englische Empfindlichkeit schonen, werden wir in unseren Maßnahmen zu Gunsten der in Südafrika sich in so trauriger Lage befindlichen Menschen weiter fortfahren können. Dazu aber erscheint erwünscht eine etwas gerechtere Kritik gegen England; wir wollen nicht alles gleich verurteilen, was von englischer Seite geschieht. Einer unserer Generale, der auf seiner Rückreise von China in Ceylon Gelegenheit hatte, gefangene Boeren zu sprechen, erzählte mir, daß diese dort ganz vorzüglich von den Engländern behandelt und gepflegt werden. Es würde doch auch der Würde unsrer Nation nicht widersprechen, wenn wir unsre Sympathie ausdrücken, zum Beispiel bei einer solchen Gelegenheit wie bei der schweren Verwundung des Lord Methuen, der früher als Militärattaché in Berlin außerordentlich beliebt war und sich der besonderen Wertschätzung des Kaisers Wilhelm und Friedrichs III. erfreut hat. Ich werde im weiteren auf die englische Regierung dahin einzuwirken suchen, daß schließlich doch gestattet wird, Ambulanzen nach Südafrika zu schicken. (Bravo! recht.) Aber dazu ist dringend nötig, daß wir England das Gefühl wiedergeben, daß wir trotz unsrer Beurteilung mancher Verhältnisse schließlich Englands Freunde und Verwandte sind. Wir müssen als Vettern diesseits des Kanals mit unsren Vettern jenseits des Kanals gemeinsam wirken. Wenn Sie dazu in Ihren Kreisen, in der Presse und in deutscher Volks, der deutschen Regierung und den Boeren selbst den größten Dienst. (Bravo!)

Aus dem Hause nahm zu dieser merkwürdigen Ansprache nur der freisinnige Abg. Lückhoff das Wort, der, bescheiden wie die englandfreudigeren parlamentarischen Boerenfreunde nun einmal sind, seine volle Befriedigung über die Erklärung des Staatssekretärs ausdrückte, gerade als wenn der Minister seine Freude über den schönen Sieg der Boeren geäußert hätte, anstatt eine Liebeserklärung für England abzugeben. Die politische Situation — das Zollgeschäft — erlaubt es den bürgerlichen Boerenfreunden nicht, ihre Gefühle zu ähneln. Gut, daß sich die Boeren nicht auf diese Freunde zu verlassen brauchen.

In Abwesenheit seines erkrankten Chefs, des Grafen Willow, hat Herr v. Richthofen in aller Form und mit großer Berbe die gänzlich unmotivierten und ungeschickten Granitbeiseher-Rede des Kanzlers desabonniert. Seine Mahnung, mit keinem Wort die naturgemäß gesteigerte englische Empfindlichkeit zu verletzen, wirkte geradezu wie eine nachträgliche Nüge an seinem Vorgesetzten.

Von dem niedrigen Standpunkt der Diplomatie aus war die Trostrede des Herrn v. Richthofen, in der er England gerade in einem so kritischen Augenblick die Sympathie der preussischen Regierung aussprach, ebenso zweckmäßig, wie jener Willowsche Ausfall thöricht war. Der kleine bescheidene Herr v. Richthofen hat sich als Meister des genialen Grafen Willow gezeigt. Er hat den Fehler seines Chefs korrigiert und den Canossengang vollendet.

Ob England auf diese freundlichen Worte viel Wert legen wird, bleibt abzuwarten. Dafür aber entsprechen sie nicht den Empfindungen des deutschen Volkes, und vor allem nicht der Meinung des internationalen Volksfusses der imperialistischen Raubpolitik, der Socialdemokratie. Wir haben nicht den mindesten Anlaß, die herrschenden Klassen Englands, die diesen ruhmlosen Krieg entfesselten, zu bedauern, und wir freuen uns über jeden Mißerfolg, der dieser Politik der Völkerausrottung geschlagen wird. Die deutsche Regierung, die kein Wort des Mitleids sand, geschweige denn des Protestes, als die tapferen Boerenführer handredlich erschossen wurden, mag immer über das Mißgeschick des Generals Methuen empfindsam klagern, werdend um die Günst der Regierung des Herrn Chamberlain. Das deutsche Proletariat verachtet die diplomatischen Künste, und selbst unterdrückt fühlt es mit dem unterdrückten Volke und begrüßt jeden Sieg, den das heldenhafte Häuflein von aufrechten Freiheitskämpfern über die stolze Weltmacht eringt.

Der Hopfenzoll.

Der erste Teil der Dienstags-Sitzung der Zolltarif-Kommission galt der Frage, ob die Sachlichkeit und Gründlichkeit auch auf die Berichterstattung für das Plenum auszuweihen und dementsprechend ein schriftlicher Bericht im Plenum zu erstatten sei. Die Gegner der Devise „sachlich, gründlich und schnell“ legten. Es wurde beschlossen, nur über das Tarifgesetz, nicht aber über die 946 so wichtigen Tarifpositionen schriftlich Bericht zu erstatten. Berichterstatte für das Tarifgesetz ist der Abg. Speck (C).

Für die Tarifpositionen werden nacheinander Bericht-erstatte ernannt werden. Vorab wurde für die Nr. 1—23 der Graf v. Schwerin (L.) gewählt. Für die Positionen 23 bis 43 sollte Herr von Wangenheim ernannt werden.

Die Inserions-Gebühr

betragt für die sechsgepaaltene Kolonette ober deren Raum 40 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg., „kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pfg. (nur das erste Wort frei). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Socialdemokrat Berlin“

Aber — mag diesem Abgeordneten noch der allgemeine Tadel über seine so wenig ausreichende Berichterstattung über einige Petitionen in den Gliedern stecken, mag er sich von dem ausgedehnten Mangel seiner Kenntnisse in landwirtschaftlichen Dingen überzeugt haben, mag er zum fanatischen Verfechter des Rechts auf Freizügigkeit sich herausbilden wollen; er streifte; er lehnte ab zu referieren. Für die Arn. 23—43 wird deshalb der Abg. Gamp (H.) dem Plenum eine Skizze von den Kommissionsverhandlungen geben.

Der größere Teil der Sitzung galt dem Hopfen. Die Regierungsvorlage will den bestehenden autonomen Tarif von 20 M. auf 60 M. für den Doppelcentner Hopfen und auf 90 M. für Hopfenmehl hinaufschrauben. Die Ueberzöchner wollten diese Sätze für Hopfen auf 80 eventuell 70 M., für Hopfenmehl auf 130 oder mindestens 100 M. hinaufschrauben und überdies einen Minimalzoll für Hopfen einführen. Die Socialdemokraten verlangten Zollfreiheit. Bei der Abstimmung wurde das Verlangen der Festlegung des Hopfenzolles als Minimalzoll und die Heraufschraubung auf 80 bezw. 130 Mark mit Stimmgleichheit abgelehnt. Der Zoll von 70 M. auf Hopfen, 100 M. auf Hopfenmehl gelangte mit einer Stimme Mehrheit zur Annahme, weil der freisinnige Abg. Müller-Sagan dem letzten Teil der Sitzung nicht mehr beizuhöhen. Es zeigt dieser Vorgang, wie wichtig es ist, daß die Zollgegner bei keiner Abstimmung fehlen, die Socialdemokraten waren bei allen Abstimmungen vollzählig. Aus der Debatte verdient Hervorhebung, daß selbst Graf v. Ranitz dem Abg. Molkenbuhr zugeben mußte, daß die kleineren Brauereien eine Zollherhöhung empfindlicher fühlen als die großen. Auch das ließ sich nicht bestreiten, daß bei der Zollfreiheit die Brauer sich besser standen als jetzt.

Ehe die Kommission am Dienstag in die sachliche Beratung eintrat, beschäftigte sie sich mit der Frage, ob über den Zolltarif ebenso wie über das Tarifgesetz schriftlich Bericht erstattet werden soll.

Der Vorsitzende Rettich schlägt vor, daß schriftlich Bericht erstattet wird.

v. Kardorff (Rp.) erklärt sich für mündliche Berichterstattung, weil die Feststellung des schriftlichen Berichts die Kommission zu lange aufhalten werde.

Dr. Müller-Sagan (fr. Sp.) verlangt schriftliche Berichterstattung. Dr. Demmer (natl.), Herold (C.) und Graf Schwerin-Löwitz (L.) halten ein schriftliches Referat über den Zolltarif für fast unmöglich, während Molkenbuhr (Soz.), Stadthagen (Soz.), Beck-Coburg (fr. Sp.) und Dr. Müller-Weimingen (fr. Sp.) sich den Ausführungen Müller-Sagans anschließen.

Schließlich wird mit allen gegen die acht Stimmen der Socialdemokraten und Freisinnigen mündliche Berichterstattung über den Zolltarif beschlossen. Ueber das Tarifgesetz soll Speck (C.) schriftlich Bericht erstatten.

Die Beratung beginnt bei Position 80 (Hopfen), die mit Position 31 (Hopfenmehl) gemeinsam verhandelt wird. Für Hopfen ist pro Doppelcentner Rohgewicht ein Zollfuß von 60 M., für Hopfenmehl (Lupulin) ein solcher von 90 M. vorgesehen. Der bisherige Zollfuß betrug für Hopfen und Hopfenmehl 20 M. Die Socialdemokraten beantragen vollständige Zollfreiheit, Beck-Coburg und Müller-Weimingen (fr. Sp.) für Hopfen eine Ermäßigung des Zollfußes auf 14 M., Brockmann (C.) und Ranitz (kon.) für Hopfen einen Zollfuß von 70 M., für Hopfenmehl einen solchen von 100 M., außerdem die folgende Anmerkung zu beiden Positionen: Diese Zollsätze dürfen durch vertragmäßige Abmachungen nicht ermäßigt werden. Speck und Dr. Heim (C.) für Hopfen einen Zollfuß von 87,50 M., für Hopfenmehl einen solchen von 120 M.; außerdem die folgende Anmerkung: Diese Zollsätze dürfen durch vertragmäßige Abmachungen bei Hopfen nicht unter 70, bei Hopfenmehl nicht unter 100 M. ermäßigt werden.

Molkenbuhr (Soz.) beantragt den socialdemokratischen Antrag. Ein Zoll kann nur preis erhöhend wirken, wenn wir auf Einfuhr angewiesen sind oder ein Ding die Preise festsetzen kann. Was jetzt übersteigt die Einfuhr. Hopfen ist nicht nur eine Würze des Bieres, sondern auch ein Konservierungsmittel. Auch als Würze gebrauchen die großen Brauer von Jahr zu Jahr weniger Hopfen, weil sie immer mehr das letzte Atom Bitterstoff aus dem Hopfen zu ziehen verstehen. Der Hopfenverbrauch geht mit dem Uebergang zum Großbetrieb zurück. Während 1880 noch 261 Kilo Hopfen zu 1000 Hektoliter Bier gebraucht wurden, gebraucht man heute nur noch 209 Kilo. Die Zollherhöhung nützt dem Brauer nichts. Auch ist es nicht zu billigen, daß die Herren Speck und Genossen den Versuch machen, in einer Anmerkung Minimalzölle für Hopfen und Hopfenmehl einzuschmuggeln und hier zu erreichen, was man beim Zolltarif-Gesetz nicht erreichen konnte. Das sei Obstruktion. Graf Ranitz (L.): Er und seine Freunde würden nicht nur versuchen, diese Sätze zu erhöhen, sondern auch bei Industrie-Artikeln Minimalzölle einzuführen. Auch beim Vieh würden Minimalzölle beantragt werden.

Schatzsekretär v. Thielmann: Die verbündeten Regierungen lehnen es ab, für Hopfen einen Mindestzoll einzuführen. Ministerialdirektor Wermuth: Obwohl Großbritannien großen Hopfenbau habe, exportieren wir dorthin viel Hopfen. Daraus kommen Belgien und die Niederlande als Exportland in Betracht, die sämtlich keinen Hopfenzoll haben. Der böhmische Hopfen ist im allgemeinen teurer als der bayerische Hopfen. Er hat schon 600 M. pro Doppelcentner gefosst, und doch haben ihn die Brauer gekauft, weil sie ihn haben mußten.

Dr. Müller-Weimingen (fr. Sp.): Bei den Handelsverträgen sollte versucht werden, die hohen Hopfenzölle in Rußland und Amerika herabzumindern. Dagegen steht zu befürchten, daß England, Holland und Belgien, wo zur Zeit Zollfreiheit für Hopfen besteht, bei Einführung eines höheren Hopfenzolles in Deutschland sofort Repressalien durch Einführung ähnlicher Zölle ergreifen werden. In Bayern hat selbst das Hofbrauhaus mehr böhmischen Hopfen verbraucht als bairischen.

Speck (C.): Ein käuflicher Schatz für die kleinen Hopfenbauern, besonders für die Armuten, deren Existenz jetzt geradezu gefährdet ist, erscheint geboten. Von 37 000 Hektar Hopfenland liegen 23 635 in Bayern und speziell in Wittelsbäumen. Wenn die landwirtschaftlichen Zölle eine Preissteigerung bewirken, dann werden neben den Industrie-Arbeitern die Hopfenbauern getroffen, denn sie müssen alle Lebensmittel kaufen. Jetzt sind die Hopfenbauern alle überschuldet; früher waren Amerika und Rußland die besten Abnehmer unseres Hopfens; jetzt führen sie Hopfen aus.

Direktor im Auswärtigen Amt Dr. v. Dürner spricht sich gegen die Anträge Ranitz und Speck aus.

Dr. Spahn (C.) beantragt, die Anmerkung des Antrags Speck mit entsprechender Aenderung der Ziffern auch in die Regierungsvorlage aufzunehmen.

Bayrischer Bundesbevollmächtigter Ritter von Geiger: Der Hopfenbau ist in bedrückender Lage, das geht daraus hervor, daß er im Niedergang begriffen ist. Auch im Hofbrauhaus in München wird ausländischer Hopfen verarbeitet. Aber es besteht das Versehen, den ausländischen Hopfen zurückzuführen. Gegenwärtig werden ca. 20 Proz. ausländischer und 80 Proz. inländischer verwendet.

Württembergischer Ministerialdirektor Schneider: Auch in Württemberg geht es dem Hopfenbauern schlecht. Die württembergische Regierung hält aber den Zoll von 60 M. für angebracht und stimmt weder einer Erhöhung noch einer Verminderung zu.

Abg. Dr. Demmer (natl.) erklärt sich entschieden gegen Minimalzölle auf Hopfen. Wenn man sich für einzelne Industriezölle Minimalzölle einsetzt, dann werden wir zu einem vollen Doppelzoll kommen müssen.

Staatssekretär Graf v. Posadowsky: Durch den Zoll darf man nur ausgleichen, was andere Länder an Vorzügen durch Klima, Boden, billigen Arbeitslohn etc. haben. Das ist in der Vorlage geschehen. Nun sollte man aber auch nicht den Versuch machen, schließlich einen Doppelzoll zu schaffen. Ein Doppelzoll mit solchen Minimalzöllen würde alle Handelsverträge unmöglich machen.

Spahn (C.) erklärt sich für die Regierungsvorlage. Die Sätze dürften aber bei Handelsverträgen nicht herabgesetzt werden.

Schraden (fr. Sp.): Kein Kommissionsmitglied außer Herrn Spahn hat die Regierungsvorlage verteidigt. Durch Hinzufügung der Anmerkung verleiht er ihr aber den schärfsten Stoß.

Graf Schwerin-Löwitz (L.): Die deutschen Hopfenbauern wollen den inländischen Markt für sich erhalten wissen. Im Wirtschaftlichen Ausschuss sind Tabakbauern gefragt worden, wieviel Schatz sie gebären. Um Minimalzölle kommen wir nicht herum.

Schließlich wird der Antrag Speck (Hopfenzoll 87,50 M.) mit 13 gegen 12 Stimmen abgelehnt, dagegen wird der Antrag Ranitz (Hopfenzoll 70 M.) mit 14 gegen 12 Stimmen angenommen. Die Anträge der Socialdemokraten und Freisinnigen auf Zollfreiheit resp. Ermäßigung des jetzt geltenden Zollfußes auf 14 M. werden abgelehnt. Mit 13 gegen 13 Stimmen wird die Anmerkung zum Antrag Speck (Minimalzölle für Hopfen und Hopfenmehl) abgelehnt; ebenso die Anmerkung zum Antrag Ranitz. Der Zollfuß für Hopfenmehl nach dem Antrag Ranitz auf 100 M. festgelegt.

Nächste Sitzung: Mittwoch 9 Uhr.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 11. März.

Der Reichstag

sehte am Dienstag die dritte Etatsberatung fort, erledigte aber nur einige Kapitel des Etats des Reichsamts des Innern. Die Zolltarif-Kommission hatte sich schon Sorgen darüber gemacht, daß das Plenum vor Freitag in die Ferien gehen könne; dazu ist aber gar keine Aussicht vorhanden.

Beim Kapitel der „Reichs-Schulkommission“ kam es zu einem heftigen Zusammenstoß zwischen Herrn Rettich und Genossen Herzfeld. Der mecklenburgische Domänenrat begnügt sich nicht mit den Vorbeeren, die er als Vorsitzender der Zolltarif-Kommission täglich sammelt, er fühlt sich auch als geborener Verteidiger der gloriereichen mecklenburgischen Ritterschaft, obwohl er nur ein sachlicher Bürgerlicher ist. In einer langen und sorgfältig vorbereiteten Rede ging er den Schilderungen nach, die Herzfeld in der zweiten Etatsberatung von den Zuständen in den mecklenburgischen Ritterschulstufen entworfen hatte. Er gab sich redliche Mühe, wenigstens den Eindruck zu erwecken, als ob er an den vorgetragenen Thatsachen etwas Wesentliches zu berichtigen habe. In Wirklichkeit aber ließ alles auf reine Beschönigung hinaus. Es fiel Genossen Herzfeld leicht, seine Behauptungen durch das Zeugnis der berühmtesten Kenner des mecklenburgischen Volksschulwesens, der Schullehrer, zu beweisen. Es ist ein erfreuliches Zeichen, daß es sich in diesen Kreisen regt und daß sie in der Socialdemokratie ihre sicherste Zursprecherin zu betrachten beginnen. Wie unangenehm den mecklenburgischen Nachhabern diese Entwidlung ist, das zeigte der Eifer des Herrn Rettich am deutlichsten. Es wird dafür gefordert werden, daß eine so wichtige Kulturfrage, wie die Befreiung der mecklenburgischen Volksschule aus den Händen eines eigensüchtigen Adels nicht von der Tagesordnung des Reichstages verschwindet.

Beim Kapitel des Reichs-Gesundheitsamtes sehte eine sehr ausgedehnte Debatte über die Zustände in den städtischen Krankenhäusern Berlins ein, die die Fortsetzung der Erörterungen über denselben Gegenstand bei der zweiten Etatsberatung und in der Berliner Stadtverordneten-Versammlung bildete. Dem Berliner Kommunalparlament sitzt hier ein Pfahl im Fleisch, der ihm heftige Schmerzen verursacht. Seine Häupter im Parlament, der Stadtrat Fischbeck und der Vorsteher Langerhans griffen wiederholt in die Debatte ein, nachdem sie den ungeschickten Herrn Dr. Hermes vorangeschickt hatten. Aber das Terrain war hier für sie viel ungünstiger, als im Roten Hause. Es fehlte der Korbantenne der Jacobiten. Vergeblich waren ihre Versuche, Antrid Irrtümer in Einzelheiten nachzuweisen und dadurch das eigentliche Thema zu verschieben. Handelte es sich doch für unseren Redner um die principielle Forderung einer Verbesserung der Zustände in der öffentlichen Krankenpflege und der Hinweis auf Berlin, der die Herren so sehr verchnupft hat, diente nur diesem Zwecke.

Antrid fertigte die Angriffe, die der Oberbürgermeister und die beiden Stadträte im Roten Hause gegen ihn erhoben haben, gründlich ab und Singer deckte die Mägen auf, mit denen Herr Fischbeck die Sache seiner Freunde zu retten versucht hatte. Im stillen sagen sich die Herren siederlich selbst, daß sie gar keinen Grund haben, sich so aufs hohe Pferd zu setzen und wenn sie aus dieser Erkenntnis heraus offenkundige Mißstände beseitigen, so wird Antrid trotz der Uebill, die er persönlich dabei zu kosten bekommen hat, mit der Wirkung seines Vorgehens im Interesse der armen Kranken zufrieden sein.

Der nationalliberale Abg. Münch-Ferber hatte eine Resolution beantragt, die den Handel mit konzertierter Effizienz unter die Bestimmungen des Verkehrs mit Giftstoffen bringen will. Der Bundesrat beschäftigt sich, wie Graf Posadowsky erklärte, bereits mit der Angelegenheit und wird in nächster Zeit eine Verfügung erlassen. Freilich scheint es mehr als zweifelhaft, ob der vorgeschlagene Weg der richtige ist. Genosse Wurm beleuchtete in einer sachkundigen Rede, die vom Hause und von den Bundesbevollmächtigten mit großer Aufmerksamkeit angehört wurde, die Mißstände im Effigehandel und schlug statt der unwirksamen Anregung Münch-Ferbers eine Beaufsichtigung der Kleinhandlung vor, die beim Effigehandel das Publikum betreffen und schädigen. Die Resolution wurde schließlich mit sehr zweifelhafter Mehrheit angenommen. Das Bureau, das es auf eine Auszählung nicht ankommen lassen wollte, einigte sich, in den Nationalliberalen und der Rechten die Mehrheit zu sehen.

Zum Schluß wurde nach einer höchst komischen Schlumberger-Episode das Kapitel des Reichs-Versicherungsamtes in Angriff genommen. Herr Hize vom Centrum forderte die Besserstellung der Senatspräsidenten beim Reichs-Versicherungsamt und klagte dann darüber, daß in den Heilanstalten nicht für katholische Krankenpfleger gesorgt werde.

Wittwoch wird die Beratung fortgesetzt.

Das Abgeordnetenhaus

beriet am Dienstag zunächst den Etat des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten. Die Debatte wurde durch den Staatssekretär v. Richtigofen eingeleitet, der dem Hause die Antwort der englischen Re-

gierung auf die gemäß dem Antrage des Boeren-Hilfsbundes gethanen Schritte mitteilte. (Siehe den Leitartikel.)

Nach Erledigung des Etats des Ministeriums für auswärtige Angelegenheiten sehte das Haus die Beratung des Kultus-Etats beim Kapitel „Universitäten“ fort. In der allgemeinen Besprechung wurde die eigenartige Auffassung der Unterrichtsverwaltung über das Wesen der akademischen Freiheit von verschiedenen Rednern einer scharfen Kritik unterzogen. Der Pole v. Nizerki protestierte energisch gegen die Beschränkungen, die den polnischen Studierenden an der Berliner Universität auferlegt werden, insbesondere über die Verkürzung ihres Vereinsrechts. Als Antwort darauf seierte der Kultusminister Studt eine seiner bekannten Polenreden herunter. Die polnischen Studentenvereine verfloren nach seiner Meinung hochverrätherische Zwecke, und die Regierung muß im Interesse der Aufrechterhaltung des Deutschen Reiches gegen sie einschreiten. Es muß fürwahr sehr schlecht um das Deutsche Reich bestellt sein, wenn es sich so sehr vor einigen polnischen Studenten fürchtet.

Von der gleichen Furcht ist der Minister vor dem socialwissenschaftlichen Studentenverein besetzt, dessen Auflösung Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Sp.) zur Sprache brachte. Der Geist des seligen Herrn v. Stamm geht um, meinte der Redner. Ebenso wie Abg. Dr. Müller mißbilligte auch die Abgeordneten Wetekamp (fr. Sp.) und Dr. Friedberg (natl.), dieser allerdings in sehr bedingter Form, die Auflösung des socialwissenschaftlichen Studentenvereins. Zur Verteidigung des Verhaltens der Unversitätsbehörden erhob sich niemand, selbst die Rechte ließ die Regierung im Stich und hüllte sich in Schweigen. Die Regierung selbst beschränkte sich darauf, durch einen Geheimrat erklären zu lassen, daß sie das Vorgehen des Rectors und des Unversitätsrichters billige. Gründe dafür gab sie nicht an.

Seine Unbuddsamkeit bewies das Centrum und mit ihm ein Teil der Konservativen wieder einmal, indem es die bereits im vorigen Jahre abgelehnte Forderung für die Altkatholiken auch diesmal zu streichen beantragte. Die Mehrheit des Hauses nahm jedoch die betreffende Position in namentlicher Abstimmung mit 154 gegen 120 Stimmen an.

In der nächsten Sitzung, die erst am Donnerstag stattfindet, wird der Kultusetat weiter beraten.

Deutsches Reich.

Die Finanzklemme der Einzelstaaten.

Die Regierung von Schwarzburg-Rudolstadt hat beschlossen, wegen der geplanten Erhöhung der Matricularbeiträge in Gemeinschaft mit den übrigen thüringischen Regierungen der Reichsregierung die finanzielle Unmöglichkeit auszusprechen, über die bisherigen Matricularbeiträge hinausgehen zu können. Staatsminister v. Starb wird sich, wie die „Leipziger Volkszeitung“ meldet, zu diesem Zwecke nach Berlin begeben.

Die läbliche Finanzlage der Kleinstaaten ist unbestreitbar. Dennoch können sie nicht die Pflicht von sich abwägen, ihre verfassungsmäßigen Beiträge zu den Reichskosten zu entrichten. Sie selbst tragen die Schuld an ihrem Schicksal. Ohne die Zustimmung der Regierungen der Einzelstaaten hätte das Reich nicht die wahnsinnige Steigerung der Kosten für Heer, Marine, Colonial- und Weltpolitik durchziehen können. Es ist nur die einfache Konsequenz der jämmerlichen Nachgiebigkeit der einzelstaatlichen Regierungen, wenn jetzt die Finanzen in Verwirrung geraten.

Die Einzelstaaten haben sonach kein Recht und auch keine Möglichkeit, sich gegen die Erhöhung der Matricularbeiträge aufzulehnen. Wollen sie ihre eigenen Finanzen retten, so bleiben ihnen nur zwei Wege übrig: Sie müssen erstens gegen jede Steigerung der weltpolitisch-militarisch-marinistischen Ausgaben im Bundesrat stimmen und zweitens auf eine Reichs-Einkommensteuer hinwirken.

Der Zollvorstoß im Abgeordnetenhaus wird zu einer einheitlichen Demonstration nicht führen. Die Freikonservativen haben abgelehnt, den konservativen Antrag zu unterzeichnen und bringen einen abwärtsdienenden Vermittlungsantrag ein. Da die Nationalliberalen gleichfalls sich von dieser Ueberzollaktion fernhalten, ist ein geschlossener Dem auf die Regierung bereitet.

Der Antrag der Konservativen und des Centrums lautet:

„Die Staatsregierung aufzufordern, im Bundesrat dafür einzutreten, daß den von der Mehrheit der Reichstags-Zolltarifkommission ausgedrückten Wünschen auf Verstärkung des landwirtschaftlichen Zollfußes über die Zolltarifvorlage hinaus entsprochen werde.“

Die Freikonservativen dagegen beantragen, den konservativen Antrag in folgender Fassung anzunehmen:

„Die königl. Staatsregierung zu ersuchen, im Bundesrat dafür einzutreten, daß eine Verständigung mit dem Reichstage betreffe der von der Zolltarif-Kommission gefassten Beschlüsse auf Verstärkung des Zollfußes für die Landwirtschaft über die Sätze der Zolltarif-Vorlage herbeigeführt werde.“

Die Zollminder-Diäten. Dem „Hannoverschen Courier“ wird aus Berlin geschrieben, daß die Socialdemokraten im Reichstage bei der Beratung über den zu erwartenden Diäten-Gesetzentwurf die Diätenfrage überhaupt aufrollen werden und daß sie bei Ablehnung von ständigen Diäten für den Reichstag auch die Ausnahmehäufigkeit für die Zollkommission abzulehnen beabsichtigen; auch die Freisinnigen würden sich diesem Vorgehen anschließen.

Die Mitteilung des „D. C.“ kann nur auf unverbindliche Berichte beruhen, da die socialdemokratische Reichstags-Fraktion bisher sich mit dieser Angelegenheit noch nicht befaßt hat und Beschlüsse nicht vorliegen.

Das aber erscheint allerdings von vornherein außer Zweifel, daß die Socialdemokratie es ablehnen wird, der Regierung und den konservativen, die ein großes Diätengesetz verweigern, durch Bewilligung von Ausnahmehäufigkeiten den schmählichen Zollwucher zu erleichtern.

Des Prinzen Rückkehr. Prinz Heinrich hat am Dienstag die Heimatreise angetreten, nachdem er zuvor in Philadelphia die Aufhebung des „Weißen Röhl“ gesehen und seine letzte Rede gehalten hatte. In dieser Rede hat er sich, wie es sich gebührt, für freundliche Aufnahme bedankt und im übrigen die nicht uninteressante Mitteilung gemacht, daß er dem ihm in der Heimat gewordenen Antrage nicht ganz treu geblieben sei. „Mir wurde gesagt, so erzählte Prinz Heinrich, bevor ich meine Reise antrat, meine Augen und Ohren so weit wie möglich zu öffnen und so wenig wie möglich zu sprechen. In dieser letzteren Beziehung bin ich bange, daß meine Mission fehlschlagen sei.“

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ feiert in einem durch Inszenza gemilderten Wilow-Pallos die „Erfolge“ der Prinzenreise. Die Amerikaner aber eilen neueren Sensationen entgegen.

Den tollen Dreschgrafen benten die Berliner Antisemiten weiter in der schamlosesten Weise finanziell aus. So ließen sie den gestörten Edlen am Montag abermals in Berlin reden. Als Herr Müller zu einem Sturm auf die „verjudete Reichsbank“ aufforderte, wurde die Berammlung aufgelöst.

Inzwischen hat die Glogauer Staatsanwaltschaft gegen den Grafen Pädler Anklage wegen Vergehens gegen § 305 des

Strafgesetzbuch erhoben. Rittgutsbesitzer Metzer in Stehden hatte auf einem vom Grafen Pädler gepachteten Stück Land eine Feldbahn angelegt, die Graf Pädler zerstören ließ. Die Verhandlung findet am 20. März vor der Glogauer Strafkammer statt.

Der Paragraph des Strafgesetzbuchs bedroht mit Strafe nicht unter einem Monat Gefängnis: wer vorzüglich und rechtswidrig ein Gebäude, ein Schiff, eine Brücke, einen Damm, eine gebaute Straße, eine Eisenbahn oder ein andres Bauwerk, welche fremdes Eigentum sind, ganz oder teilweise zerstört.

Da der tolle Graf in diesem Falle nicht nur „bildlich“ gestimmt hat, sondern seinen kranken Persönlichkeitstrieb real betätigt hat, wird sich das Gericht nun wohl, um ihn vor dem Gefängnis zu bewahren, mit seiner Zurechnungsfähigkeit beschäftigen.

Was würde wohl mit einem gewöhnlichen Schulze oder Müller geschehen, der in dieser Weise auftreten würde! —

Eine Bismarck-Debatte im Frankfurter Stadtparlament.

Aus Frankfurt a. M. wird uns geschrieben: In der letzten Stadtverordneten-Sitzung kam es zu einer erregten Debatte über den verstorbenen „Nationalheros“. Den Anlaß dazu gab eine Magistratsvorlage, die bezweckt, vor dem neuen Schauspielhaus, das im Oktober eröffnet werden soll, ein Bismarck-Denkmal zu errichten. Der Gedanke hierzu geht vom Oberbürgermeister Adickes aus, der es seiner Zeit auch durchgeführt hat, daß bis-a-vis dem Opernhaus ein Kaiser Wilhelm-Denkmal errichtet wurde. Dieses neue Projekt wurde von dem sozialdemokratischen Vertreter, Genossen Dr. Quard, auf das entschiedenste bekämpft. Unter Bezugnahme auf amtliche historische Dokumente erinnerte er daran, daß gerade Bismarck es war, der Frankfurt 1866 am meisten brutalisiert und ihm seine politischen Rechte und Freiheiten genommen hat. Bismarck, der sich hier seiner Zeit als Gesandter sehr wohl fühlte und gern in den Kreisen der Frankfurter Bürgerschaft aus- und einging, habe sich 1868 nicht scheut, gegen dieses nämliche Frankfurt gerade die allerhöchsten Maßregeln zu ergreifen. In dem bekannten Prozeß, den 1868 preussische Gerichte gegen die „Frankfurter Jtg.“, die damals das Bismarcksche Gewaltregiment mit anerkannter Offenheit kennzeichnete, anstregten, wurde endlich erwiesen, daß Bismarck der Stadt die Abschneidung von Post-, Telegraphen- und Eisenbahnverkehr, Schließung aller Wirtschaften, schließlich Verhinderung jeglichen Verkehrs angedroht hat, um sie zur Zahlung von 25 Millionen Gulden Kriegscontribution zu zwingen, obwohl Frankfurt gar keinen Krieg geführt habe. Er beabsichtigte also nichts anderes als eine Aus Hungerrung der allerhöchsten Art, eine gemeine Erpressung. (Der Vorsitzende fiel Quard hier ins Wort und bat ihn, sich nicht in so scharfen Ausdrücken in der Wiedergabe historischer Vorgänge zu bewegen.) Sogar Frauen haben damals ihrer tiefsten Empörung Ausdruck gegeben, mehrere süddeutsche Staatsmänner haben mit ihrer Ansicht über Bismarck nicht hinter dem Berg gehalten und selbst die damals großpreussische „Allgemeine Zeitung“ mußte die Vorgänge verdammen. Die „Frankfurter Zeitung“ hat zu jener Zeit noch die Dinge beim rechten Namen genannt und von „einer modernen Tilly-Periode“, von Quälereien, die mit „raffiniertester Bosheit“ verübt worden seien, von „schamloser Verhöhnung“ geschrieben. Die auf Bismarcks Vordringen wegen dieses Artikels gegen den Redacteur angelegte Verleumdungssache endete mit der Freisprechung desselben, nur wegen einfacher formaler Verleumdung wurde er zu 17 Wochen 30 Kreuzern verurteilt — ein Beweis, wie damals selbst preussische Richter die Bismarcksche Brutalität beurteilten! Und einem solchen Manne wolle man heute ein Denkmal errichten gegenüber dem Haus, das nach des Intendanten Claar Erklärung zu einem Goethe-Theater gestempelt, in dem Goethes Geist gepflegt werden sollte! Goethe und Bismarck! Dieser Gewaltmenschen (Ordnungsbruch des Präsidenten) und preussische Völkler, der so einseitig und jeder edlen Kunst abgewandt war, wie irgend ein Landhüter, neben dem Goethe-Schauspielhaus! Die preussische Hofkunst mit Altstaffelkriegen vor ihrem beiteren Kunststempel! Das ist ja unmöglich! An diesen Platz gehört ein ganz andres Denkmal: das der Mutter Goethes (Justimmung), für das ja längst eifrig gesammelt wird, der Frau Aja mit dem goldenen Humor und der Lust am Fabulieren, und den Sockel müßten schöne Gesalten aus Goethes Jugend und Frauengestalten aus seinen Werken zieren. Solch eine künstlerische Aufgabe ist wert, von uns gefördert zu werden, und nun helfen Sie von der demokratischen Mehrheit, deren Presse kürzlich „große Momente“ in unsren Verhandlungen vermehrte, hier einen großen Moment beizugehen! Lehnen Sie die Magistratszummutung ab und verweisen Sie mit mir das Bismarck-Denkmal meinetwegen dahin, wohin es gehört: auf den freien Platz an der Neuen Welt neben dem Polizeipräsidium, dem Gericht und dem Gefängnis, lauter Wahrzeichen Bismarckscher Staatskunst, also aufs Klapperfeld!

Die geharnischte Rede erregte die lebhafteste Entrüstung der nationalliberalen Hurratrioten, die ihrem Jorn in lautem Lachen und Lärmen Lust machten. Namens des Magistrats entgegnete Bürgermeister Sacrentrepp, selbst ein geborener Frankfurter. Die Bürgerchaft Frankfurt habe im Jahre 1870 den Schleier über 1866 fallen lassen und dem großen Schöpfer der deutschen Einheit zugejubelt, als er 1871 die Mauern dieser Stadt wieder betrat. Nicht der Magistrat, sondern die Bürgerchaft der verschiedenen Stände und Parteien hätte die Summen aufgebracht, aus denen sie nun das Denkmal an diesem Plage zu errichten wünsche.

Ihm erwiderte Quard: Nicht die Bürgerchaft, sondern die oberen Reichtumsklassen hätten das Geld für das Bismarck-Denkmal gesammelt und wollten nun die Gelegenheit zu einer politischen Demonstration benutzen. Die große Mehrheit der Bürgerchaft denke sozialdemokratisch und verurteile die Bismarcksche Politik, wie die Vertretung Frankfurts im Reichstage beweise.

Am meisten in Verlegenheit waren bei der Debatte die Demokraten und Fortschrittler. Letztere schwiegen sich überhaupt aus, während von den Demokraten zwei ihr Einverständnis mit der Quardschen Rede ausdrückten, der offizielle Sprecher dagegen in fast nationalliberaler Weise einen Gierzang aufstieß.

Schließlich half man sich in der Weise aus der Verlegenheit, daß man die Vorlage dem Tiefbau-Ausschuß zur Prüfung überwies, während ein Antrag Quards auf Rückverweisung an den Magistrat abgelehnt wurde.

In weiten Kreisen der Frankfurter Bürgerschaft herrscht über die Protestrede Quards Freude. Wenn trotzdem die Vorlage des Magistrats später angenommen werden sollte, so wird dieses Denkmal Bismarcks vor dem Schauspielhaus ein sprechendes Wahrzeichen geschwundenen Frankfurter Bürgerstimmes und Bürgerstolzes bleiben. —

Ausland.

Italien.

Der Sieg der italienischen Eisenbahn-Angestellten.

Rom, 9. März. (Fig. Ver.)

Die Eisenbahn-Angestellten haben durch die Kraft ihrer Organisation, die Drohung des Streiks und dank der geschickten Vertretung seitens ihrer Kommission, der u. a. auch die sozialistischen Abgeordneten Rossi und Turati angehören, die Bewilligung ihrer Forderungen durchgesetzt. Die neuen Verträge sichern die Stellen der Angestellten und ihr Avancement. Bei allen Kategorien, auch den untersten Klassen, treten sofortige Gehaltsaufbesserungen ein.

Also da, wo die parlamentarische Aktion und die gerichtlichen Schritte, die in einzelnen Fällen für besondere Bewährungen unternommen worden sind, nicht zu dem gewünschten Ziele geführt haben, hat die Macht der Organisation den Sieg gebracht.

Die Bewilligung der Forderungen der Eisenbahner kostete den Gesellschaften 9 Millionen und der Regierung 15 Millionen Franken. Dieser Sieg der Arbeiter, die Ehrung ihrer Organisation durch Vermittlung ihrer Vertreter erregt, wie man sich leicht denken kann, den Zorn der Reaktionen im höchsten Grade. —

Die Zurücknahme des Kabinettsdemission. Im Senate teilte Ministerpräsident Zanardelli gleichfalls mit, daß der König das Entlassungs-gesuch des Ministeriums nicht an-

genommen habe und daß letzteres daher eine Pflicht erfülle, wenn es auf dem ihm durch das Vertrauen des Souveräns übertragenen Posten verharre. —

Belgien.

Verfassungsrevision. — Allgemeines Wahlrecht. Die Bewegung zu Gunsten der Verfassungsrevision beziehentlich der Einführung des allgemeinen einfachen Wahlrechts zu den gesetzgebenden Körperschaften nimmt an Umfang und Intensität immer mehr zu. Der Anschluß der Liberalen an die Bewegung, ihr Bündnis mit der äußersten Linken hat dazu geführt, daß namentlich in den Provinzen die Bewegung einen Aufschwung genommen hat, der sich äußert in zahlreichen Demonstrationen und Versammlungen. In Brüssel findet am 17. März wiederum eine große Demonstration statt. Die Befürworter der Socialisten, auch die socialistischen Frauen zunächst auf die Forderung der Gewährung des Stimmrechts an die Frauen verzichtet, um die Liberalen zum Anschluß zu veranlassen. Um aber die Frauen in ihren berechtigten Forderungen zu unterstützen, wird Vandenvelde die Einsetzung einer außerparlamentarischen Kommission beantragen. Diese Kommission soll beauftragt werden, die Beschwerden und Forderungen der Frauen an die Gesetzgebung zu untersuchen und diesbezügliche Vorschläge zu machen. Für die Bewältigung dieser Arbeit soll ein Jahr in Aussicht genommen werden. In der Kammer hat der Minister De Trooz erklärt, daß das Ministerium die Frage der Revision der Verfassung zurückstellen werde bis nach den Wahlen. Es ist sehr zweifelhaft, ob die Linke sich diesen Aufschub wird gefallen lassen. —

Spanien.

In der Kammer wird zur Zeit über die Unruhen in Barcelona verhandelt. Der republikanische Abgeordnete für Barcelona, Leroux, greift in heftiger Weise die Regierung an und verteidigt die Opfer der Gendarmen als Märtyrer der Arbeit. Die Gendarmen haben, so ruft der Redner, wie Verbrecher gehandelt, indem sie auf ruhige Manifestanten feuerten; viele der Opfer haben Angeln in den Rücken erhalten. Leroux leugnet den anarchoischen Charakter der Bewegung; die Zahl von 80 000 Streikenden beweise das Gegenteil. Eine Reihe von Dokumenten, welche der Redner vorliest, richten sich gegen die Gendarmen und gegen die Behörden, die in provokatorischer Weise die Revolten hervorgerufen haben. Der Minister beschwert sich über die Anklage des Deputierten Leroux und nimmt die Behörden und die Gendarmen in Schutz. Die Debatten über diesen Gegenstand werden noch einige Tage währen.

Partei-Nachrichten.

Unser Strafscont. Gegen Genossen wurden im Monat Februar an Strafen erkannt insgesamt 8 Jahre 8 Monate 2 Wochen und 3 Tage Gefängnis und 1050 M. Geldstrafe.

Die Stadtverordneten-Wahl in Halle, aus der unsre Genossen Reducten Ziele und Vorklerdler zum zweitenmal als Sieger hervor gingen, wurde am Montag vom Stadtverordneten-Kollegium einstimmig für gültig erklärt. Der eingereichte Protest, der mit angelegten Wahlzettelchen begründet wurde, fand keine Berücksichtigung. Der Einzweizer des Protestes, ein hiesiger Fiskusmeister, der nur die vorgezeichnete Person zu sein scheint, will aber bei den zuständigen höheren Instanzen Beschwerde fällen.

Für den Wahlkreis Glogau wurde von einer Parteiverammlung der Genosse Hermann Zimmer aus Breslau als Reichstagskandidat aufgestellt. Die Partei ist in diesem Kreise noch verhältnismäßig jung; erst 1893 erhielten wir dort eine nennenswerte Stimmengahl. Am stärksten sind dort vorläufig noch die Freisinnigen.

Totenliste der Partei. In Nürnberg starb der Zimmermann Scheller, ein thätiger Parteigenosse, der die Partei längere Zeit in der Gemeindevorwaltung von Mägelsdorf vertreten hat, bis dieser Ort in Nürnberg einverleibt wurde.

Polizeiliches, Gerichtliches u. s. w.

— Eine Verwechselung der Vereinszettel passierte dem überwachenden Beamten in einer öffentlichen Versammlung in Magdeburg. Er entzog dem Referenten das Wort, indem er wahrscheinlich an das lässliche Vereinsgesetz dachte. Darauf aufmerksam gemacht, daß er dazu in Anspruch kein Recht habe, erwiderte er, daß er es nicht so gemeint habe. Er hatte überdies vorher noch verschiedene Verwechselungen begangen. So hatte er verlangt, daß jeder, der einen Zwischenruf mache, ihm seine Adresse geben müsse. Dann verlangte er die Entfernung der Frauen, weil die Versammlung eine politische wäre. Auch in diesen Fällen hatte er sich aber belehren lassen, daß seine Forderungen unehrlich seien. Die Arbeiter, die vom Verammlungsrecht Gebrauch machen, müssen das Gesetz schon etwas besser kennen, sonst machen sie mit dem Strafrichter Bekanntschaft.

Aus Industrie und Handel.

Die Breslauer Discontobank, die im Sommer vorigen Jahres mit zu denjenigen Banken zählte, die in arge Verdrängnis gerieten, soll nunmehr, nachdem das Projekt, den Präsidenten der Centralgenossenschaftskasse, Heiligenstadt, für die Leitung zu gewinnen, fehlgeschlagen, der Darmstädter Bank angegliedert werden. Das Aktienkapital der Bank in Höhe von 50 Millionen ist durch Beschluß der Generalversammlung im vorigen Jahre auf 45 Millionen herabgesetzt und nun soll bei dem Uebergang weitere eine Reduzierung auf 25 Millionen erfolgen. Zu dem Zweck wird von der Darmstädter Bank den Aktionären der Breslauer Disconto-Bank nach Rückzahlung der nom. 20 000 000 M. mit 15 200 000 M. der Umtausch in nom. 16 666 666 M. Aktien der Darmstädter Bank mit Dividendenberechtigung vom 1. Januar 1902, also im Verhältnis von 3 Aktien der Breslauer Disconto-Bank gegen 2 Aktien der Darmstädter Bank unter Gewährung einer Umtauschvergütung von 5 Proz. auf den zusammengelegten Nennbetrag ihrer zum Umtausch eingereichten Breslauer Disconto-Bank-Aktien, angeboten. Es erhält also derjenige Inhaber von Aktien der Breslauer Disconto-Bank, welcher den letztgedachten Umtausch vollzieht, nach dem letzten Kurse der Darmstädter Bank-Aktien berechnet und unter Berücksichtigung der obigen Rückzahlung, circa 95 1/3 Proz.

Die Berliner Abteilung der Breslauer Disconto-Bank wird aufgelöst, während die Bank in ihren schließlichen Abteilungen mit dem Kapital von nom. 25 000 000 M. als selbstständiges Institut bestehen bleibt. Die Darmstädter Bank wird die sämtlichen Aktien und Passiven der Breslauer Disconto-Bank, soweit sie den obengedachten Betrag von 25 000 000 M. übersteigen, sowie die laufende Kassa der Berliner Abteilung übernehmen.

Die Transaktion wurde von der Börse günstig aufgenommen, die Aktien der Breslauer Discontobank zeigten eine Aufwärtsbewegung bis zu 7 Proz. Die Darmstädter Bank beugt damit ihren Verschuldungsreis erheblich aus, sie schöpft aus dem Zusammenbruch der Konkurrenz neue Kräfte — ein Vorgang, den wir während der Krise wiederholt beobachtet konnten.

Die Bilanz der Breslauer Discontobank schließt mit einem Reingewinn von 1 758 068 M. gegen 3 760 881 M. im Vorjahre. Aber diese Summe vermindert bei weiteren Abschreibungen unsicherer Bestände in Effekten, Konfossionsbeteiligung und Wechsel, so daß auch der Reservefonds von 6 000 000 bis auf 865 000 M. gekürzt wird. Die Bilanz giebt allein bei den Kreditoren, die noch 35 471 502 M. betragen, gegen das Vorjahr einen Rückgang von 7 285 401 M. an. Die Debitoren, Lombard- und Wechselbestände sind von 122 370 180 M. im Vorjahre auf 67 182 842 M. in diesem Jahre herabgegangen. Die Bank, die im vorigen Jahre 4 Proz. Dividende verteilte, läßt in diesem Jahre die Aktionäre leer ausgehen, ohne die sonstigen Verluste, die ihnen das System Vanda u eintrug.

Die Hamburg-Amerikanische Packetfahrt-Gesellschaft wird in der nächsten Generalversammlung die Ausgabe von 20 Millionen Mark neuer Aktien beantragen. Das Aktienkapital der Gesellschaft beträgt

80 Millionen, es ist in rascher Folge — im Jahre 1896 fand es noch auf 80 Millionen Mark — auf dieser Höhe angelangt. Daneben sind im Jahre 1893 Obligationen im Betrage von 15 Millionen Mark verausgabt, von denen ein Teilbetrag schon eingelöst ist, und im Jahre 1891 wurde die Aufnahme von 27 500 000 M. Obligationen beschlossen, von denen erst 9 Millionen zur Ausgabe gelangten. Die überaus schnelle Entwidlung der Gesellschaft hat vielfach Bedenken erregt, die sich steigerten, als im vorigen Jahre bei der schlechten Lage des Frachtenmarktes auch im Schiffverkehr dieser Gesellschaft Störungen eintraten. Mittlerweile sind ja mit englischen Gesellschaften und in letzter Zeit mit amerikanischen Interessenten Verhandlungen gepflogen, um die Konkurrenz im Schiffverkehrsverkehr einzudämmen, aber welcher Art diese Verhandlungen waren, ist mit Bestimmtheit nie berichtet worden. Es ist in der Angelegenheit eine Geheimniskammer getrieben, die geeignet war, die Unsicherheit nur noch zu vermehren. Der Geldbedarf der Gesellschaft ist durch die Aufträge neuer Schiffbauten erklärlich. Gleich es doch vor kurzem, daß für 42 Millionen neue Schiffe im Laufe des Jahres abgenommen sind. Die Aufträge sind unter dem Eindruck der Hochkonjunktur vergeben, heute ist sehr daran zu zweifeln, daß das hinzukommende Schiffsmaterial genügende Verwendung vorhanden sein wird. Denselben Verhältnissen war unsere zweite große Schiffreederei, der Norddeutsche Lloyd, unterworfen, der vor Monaten seine Lieferverträge für Schiffbauten verlängerte. Die Erhöhung des Aktienkapitals muß um so mehr überraschen, als die Verwaltung bisher alle derartigen Schritte demontierte, schließlich ist doch die Erkenntnis zu einem solchen Schritte der Verwaltung nicht über Nacht gekommen, oder sollte Herr Wallin nach der Unterhaltung mit Herrn Morgan auf der Rückfahrt von Amerika den Plan erst erwogen haben?

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Der Streik in der „Industria“. Die Firma Industria (Zug, Seligmann u. Oppenheim) hat im geistigen „Vorwärts“ auf Grund des § 11 des VerhGesetzes eine Verächtigung veröffentlicht, in der es heißt, daß nicht vorgenommene Abzüge und unwürdige Behandlung, sondern der Entlassung eines Arbeiters wegen die Niederlegung der Arbeit erfolgte.

Dem gegenüber bemerken wir, daß folgende Gründe uns zur Arbeitsniederlegung veranlassen:

Wir wollten nicht mehr in dem Maße, wie bisher, Nebenstunden machen. Wir verlangten, daß zunächst alle Plätze besetzt werden sollten und, wenn es dann notwendig sein sollte, waren wir gewillt, Nebenstunden mit einem Aufschlag von 10 Pf. pro Stunde zu machen. Daß diese Forderung notwendig war, geht daraus hervor, daß von uns seit Wochen verlangt wurde, Nebenstunden bis abends 8 und 9 Uhr, ja sogar darüber hinaus zu machen. Auf diese Weise mußten teilweise pro Woche 75 Stunden und darüber gearbeitet werden und das konnten wir angesichts der großen Arbeitslosigkeit in der Metallindustrie nicht verantworten.

Weiter verlangten wir, daß ein Lohnstarif oder vielmehr ein Accortarif ausgehängt werden sollte. Diese Forderung war notwendig, weil der Meister Wahr in einer Weise, die das Vertrauen der Arbeiter erregte, die Accortarife festsetzte. Des weiteren verlangten wir angesichts der völlig unzureichenden Preise auf Inkarbeit, daß gelehrten Arbeitern der Accortarife ein Mindestverdienst von 45 Pf. garantiert würde. Eine gewiß bestehende Forderung. Auch die Abzüge, die nicht nur einmal, sondern des öfteren gemacht wurden, wollten wir uns nicht gefallen lassen.

Schließlich forderten wir die Wiedereinstellung eines Kollegen, der stets zur Zufriedenheit des Meisters gearbeitet hatte und erst von der Zeit an dem Meister ein Dorn im Auge war, als es dem Meister bekannt wurde, daß der betreffende Kollege es war, der die Abzüge auf das Ungehörige der überlangen Arbeitszeit und die sonstigen Mißstände im Betriebe aufmerksam gemacht hatte.

Ob eine unwürdige Behandlung vorliegt oder nicht, können die Herren Seligmann u. Oppenheim nicht entscheiden; das muß man unsrem Urtheil schon überlassen. Die Herren meinen eben, die Behandlung, die sie den Arbeitern zu teil werden lassen, sei Arbeitern gegenüber angebracht und würdig, während wir anderer Meinung sind. Wir erinnern Herrn Seligmann beispielsweise an die Behandlung, die dem Vertreter unserer Organisation zu teil wurde.

Die Streikenden der Firma Industria.

Achtung, Kleber und Banhandwerker! Die Vanten Peagerstrassen- und Spichernstrassen-Ede (Unternehmer Ripppe u. Späth, Klopffstraße), Charlottenburg, Dandelmannstr. 13 (Unternehmer Schilles, Jfflandstr. 4), Regensburgerstr. 20 (Unternehmer Jander, Charlottenburg, Spreestraße), Regensburgerstr. 32 (Unternehmer Schwallian, Neue Winterfeldtstraße), Klopffstraße, Ede Neue Ansbacherstraße (Unternehmer Witt, Desloerstraße), Friedeman, Klopffstraße 22 (Unternehmer Kaufmann, Adolfsstr. 12a), Kopenhagenerstraße 7 und Eberthstr. 88 (Unternehmer Otto, Danzigerstraße) sind wegen Nichtzahlung der Tarifpreise gekipert.

Der Unternehmer Schieblisch, Hiltowitz, 36, hat seine Unterschrift zurückgezogen und sind die Vanten Charlottenburg, Queridestraße, und Schöneberg, Hofenhausenstr. 36, wieder gekipert und die Verachtigungslarten der dort arbeitenden Kollegen unglücklich.

Gezwilligt haben noch die Firmen Eugen Schmidt, Nixdorf; R. Starke, Wilhelmstr. 27; D. Klette, Kesselftr. 28; Steinborn, Drebbenerstr. 84; Roth, Westfälischestr. 50, und Klabich, Richterfeld, Karlstraße.

Die Lohnkommission der Kleber Berlins und Umgegend.

Deutsches Reich.

Schneiderbewegung. Nachdem nun in Flensburg die Schneider wirklich zu einer Arbeitsniederlegung geschritten sind, haben sich die Herren Arbeitgeber endlich zu Verhandlungen bequemt; über das Resultat derselben ist noch nichts bekannt. — In Nordhause sind bei der Firma Heilbrunn Differenzen ausgebrochen. Die daselbst beschäftigten Schneider verdienen den horrenden Lohn von 6 bis 8 M. die Woche, für den sie nicht mehr weiter arbeiten wollen. — In Mainz sind die Arbeiter der Firma Herzberg in den Ausstand getreten. — In Offenbach a. M. haben die Arbeiter ihre Forderungen am Donnerstag voriger Woche eingereicht. Als Sonnabend haben 8 Firmen dieselben bewilligt, bei der Firma Weinberg traten die Arbeiter in den Streik und bei den übrigen Firmen schweben Unterhandlungen. — Die Lohnkommission der Schneider in Ulm hatte für Freitag eine Konferenz mit den Geschäftsinhabern angeregt, die jedoch nicht erschienen und schriftlich durchweg ablehnd antworteten. Darauf kündigten die Gesellen am Sonnabend in sämtlichen Geschäften. Wenn nicht nachträglich eine Einigung zu stande kommt, dürfte der Streik am kommenden Sonntagabend ausbrechen.

Die Schuhmacher in Kiel haben am Montag ihre Kündigung eingereicht. Der Obermeister der Innung hatte es in einem Briefe an die Lohnkommission als „ganz zwecklos“ bezeichnet, eine gemeinsame Sitzung abzuhalten. Der Beschluß, die Kündigung vorzunehmen, wurde infolge dieses Verhaltens der Innung von den Schuhmachern mit 112 gegen 4 Stimmen gefaßt.

Der Streik der Klempner und Planierer der Emaillefirma Springornius u. Co. bei Düsseldorf ist durch Vermittlung des Einigungsamtes beigelegt.

Die Stimmung in Greiz ist noch immer eine gereizte. Den Arbeitgebern will es nicht einleuchten, daß sich die durch den Streik viel selbstständiger gewordenen Arbeiter nicht mehr so behandeln lassen, wie das früher üblich war; die Arbeiter dagegen verlangen außer der Schätzung ihrer Arbeitskraft jetzt auch die Respektierung ihrer Menschenvürde. Infolgedessen kam es schon in der Fabrik von Timmel zu Meiderlen. Dort soll niemand die Fabrik verlassen, auch in den Pausen nicht. Als sich ein Arbeiter zum Frühstück etwas zum Brot holen wollte, wurde ihm dieses verboten. Sofort wurde eine Kommission ins Comptoir geschickt mit dem Befehle, daß man sich dies nicht gefallen ließe.

Der Fabrikhaber ging dann mit der Kommission zu den übrigen Arbeitern und sagte ihnen, daß niemand mehr hinausdürfe. Ein allgemeines Hallo und Gelächter folgte seinen Worten. — Die Arbeiter stiegen sich darauf, daß von den Vertretern des Fabrikantenvereins eine halbe Stunde Frühstück und Weiser bewilligt worden sei.

Ausland.

Die Bäckerausperung in Göteborg. Der Besitzer einer größeren Dampfbäckerei hat, veranlaßt durch die wiederholten Demonstrationen, beschlossen, die zehn bei ihm beschäftigten deutschen Streikbrecher zu entlassen. Die übrigen Bäckereibesitzer sollen dagegen bis auf weiteres nicht dazu geneigt sein. — Infolge der Bemühungen des Landeshauptmanns in Göteborg, Freiherrn Lagerbring, haben sich die **Unternehmer** zu Verhandlungen bereit erklärt, die am Dienstag unter seinem Vorsitz stattfinden sollten. Wie es heißt, soll Lagerbring bestimmt die **Verabschiedung der deutschen Streikbrecher** verlangen. Die Stockholmer Bäckergesellen haben beschlossen, zunächst den Ausgang dieser Verhandlungen abzuwarten, ehe sie weitere Maßregeln zu Gunsten der Göteborger ergreifen. In Göteborg wurden am Sonntag überall Aufrufe angehängt unterzeichnet vom Vorstand der Bäckergesellen und dem „Arb.-Tidnings-Redacteur Lindblad, worin die Bevölkerung erlucht wird, während die Verhandlungen stattfinden, keine Demonstrationen mehr zu veranstalten.

Wie konstatiert wurde, haben sich die Bäckereiarbeiter an den Demonstrationen vom Sonnabend nicht beteiligt. Es sollen sich an derselben mindestens ein paar tausend Personen beteiligt haben. Der Polizeimeister der Stadt scheint sich rechtliche Mühe zu geben, um auf gutem Wege die Ruhe herzustellen. Wie berichtet wird, ging er vor einer Bäckerei von Gruppe zu Gruppe unter den Demonstranten, um sie zu beruhigen, und wandte sich, da er keinen Erfolg hatte, an den Redacteur Lindblad, dem es dann auch gelang, die Masse zum Verlassen des Platzes zu bewegen. Der Polizeimeister und der socialdemokratische Redacteur gingen dann neben einander an der Spitze des Juges der Demonstranten, um an anderer Stelle wieder beruhigend einzuwirken. — Später am Abend kam es dann wiederum vor einer Bäckerei zu größeren Ansammlungen. Hierbei griff die Polizei grob ein, so daß die Menge äußerst erbittert wurde. Auf beiden Seiten kamen Verwundungen vor, wenn auch nicht ersterer Natur.

Sociales.

Die „Frankfurter Zeitung“ beschäftigt sich nochmals mit unserer Stellungnahme zur Ausführung des Gewerbegerichts-Gesetzes. Daß sie immer noch allerlei Ausstellungen an unserem Verhalten macht, bekümmert uns nicht; es bekümmert uns auch nicht die Behauptung, daß wir auf die von ihr für wertvoll gehaltenen Darlegungen schwiegen. Dagegen möchten wir nicht unterlassen festzustellen, daß sich die ganze Polemik der „Frankfurter Zeitung“ auf eine Unterstellung der Wahrheit stützt. In unserer Kritik in Nr. 38 hatten wir bemerkt, die „Frankfurter Zeitung“ scheine den „Vorwärts“ schlecht zu lesen, sonst hätte sie wissen müssen, daß wir schon am 1. Februar Herrn Möller gegenüber das Nötige gesagt haben. Möglicherweise ist dieser Artikel entgangen ist. Nachdem wir aber jetzt besonders darauf aufmerksam gemacht haben und sie diese Thatsache trotzdem auch jetzt noch unerwähnt läßt, kann nur böse Absicht zu Grunde liegen.

Die Arbeitslosigkeit hat den Minister Theilen veranlaßt, die Behörden anzuweisen, daß sie alle Hochbauten möglichst schnell soweit fördern sollen, als es die vorhandenen Mittel erlauben. Die Anweisung kommt etwas spät, aber es ist immerhin die Anerkennung der Arbeitslosigkeit darin enthalten. Die vielfach durch die Arbeiter selbst vorgenommenen Feststellungen der herrschenden Arbeitslosigkeit kann man eben nicht mehr abstreiten.

Bei einer Arbeitslosen-Zählung wurden im „Plauenschen Grunde“, einem Industriebezirk bei Dresden, 954 Arbeitslose gezählt. Davon waren 387 ledig, 566 waren verheiratet und hatten 1871 Kinder. Die Gesamtdauer der Arbeitslosigkeit betrug 8764 Wochen.

Die österröische Arzneitaxe. Ebenso wie das württembergische ist auch das österröische Ministerium des Innern der Ansicht, daß die Apothekenbesitzer gesetzlich anzuhalten sind, auf die für Rechnung der Krankenkassen zu gelieferten Arzneien eine bestimmte Ermäßigung von dem allgemeinen Taxepreise zu gewähren. In diesem Zweck bestimmt das österröische Ministerium des Innern in der am 29. November 1901 erlassenen Arzneitaxe für das Jahr 1902 in § 11: „Bei der Taxierung von Rechnungen der nach dem Krankenversicherungs-Gesetz eingerichteten sowie der unter staatlicher Kontrolle stehenden Krankenkassen ist vom Apotheker ein Nachlaß von wenigstens fünf Prozent des ermittelten taxpähigen Arzneipreises zu gewähren. Höhere Nachlässe bleiben der Vereinbarung zwischen Apothekern und Krankenkassen überlassen. In strittigen Fällen sind die politischen Landesbehörden ermächtigt, den Apothekern eines bestimmten Krankenkassengebietes, insbesondere der Hauptstädte und Industriegebiete, nach Maßgabe des in demselben stattfindenden Medikamentenumsatzes für Rechnung der gedachten Krankenkassen sowie nach Maßgabe der lokalen Verhältnisse einen höheren Prozentnachlaß und zwar bis zu 15 Proz. des gesamten Taxepreises vorzuschreiben, wobei stets ein gleichmäßiges Vorgehen bezüglich aller Apotheken des betreffenden Gebietes zum Zweck der Uniformität von Störungen der regelmäßigen Medikamentenversorgung des Publikums innerhalb der amtlich festgesetzten Abgabegebiete der Apotheker zu beobachten ist.“

Kann sich denn der preussische Handelsminister nicht auch von der Notwendigkeit einer solchen gesetzlichen Bestimmung überzeugen?

Aus der Frauenbewegung.

Bei der preussischen Staatsbahn sollen im Telegraphen- und Güterabfertigungs-Dienste weibliche Beamte angestellt werden. Dagegen werden im Rangdienst bei den Staatsbahnen keine Frauen und Mädchen mehr beschäftigt werden. Die jetzt in diesem Dienste thätigen werden bei der Fahrkarten-Ausgabe, bei der Telegraphie und der Güterabfertigung verwendet werden.

Zu den Gemeindevahlen.

Wilmersdorf. Das Resultat der Wahlen zur Gemeindevetretung war gestern noch nicht festzustellen. Es erhielten unsere Parteigenossen Hilpert 734 Stimmen, Schröder 729 und Meyer 724 Stimmen. Von den Kandidaten des Grundbesitzervereins erhielten Hermann 616, Benda 536, Helmich 538, Burgstadt 336 und Hoffe 497 Stimmen. Die Kandidaten des Liberalen Vereins brachten es auf 145 und 286 Stimmen. Gegen 100 Stimmen zerplitterten sich. Genau ist das Resultat noch nicht festzustellen, doch ist die Wahl unserer Parteigenossen wahrscheinlich. Die Wahlhandlung dehnte sich bis gegen 10 Uhr aus.

Die Gemeinderatswahlen in Brix haben uns einen großen Erfolg gebracht. Beide Kandidaten, welche von der Socialdemokratie aufgestellt waren, Landwirt Kreuzner und Gastwirt Weniger, sind mit überwältigender Stimmenmehrheit gewählt worden!

In Mariendorf kommt unser Genosse Herrn. Lehmann mit dem Dr. Leutloff in die Stichwahl. Es erhielten Stimmen: Genosse Lehmann 147, Dr. Leutloff 182 und Kaufmann Nachon 140.

In Remmersburg schritten unsere Genossen glänzend ab. Genosse Gellauer wurde mit 176 gegen 9 gegnerische Stimmen

zum Gemeindevetretter gewählt. Im Vorjahre wurden für unsere Genossen 52 und für den Gegner 77 Stimmen abgegeben.

Unsere Zehlendorfer Genossen erzielten einen ansehnlichen Wählererfolg. In beiden Bezirken unterlagen zwar unsere Kandidaten, die Genossen Röder, Ehrlich und Göhre, brachten es aber immerhin auf 87—89 Stimmen, während die Reichswehr-Kandidaten mit 217—258 Stimmen gewählt wurden.

Schmargendorf. In einer auch von Parteigenossen gut besuchten Gemeindevetretung-Verammlung kritisierte Herr Klette scharf die Gemeindevetretung. Ein Rathhausbau, der statt der veranschlagten 185 000 M. schon 350. bis 400 000 M. kostet, belastet die Gemeinde jährlich mit 6000 M. und verschlingt ca. 20 Prozent der Einkommensteuer. Das leerstehende alte Schulhaus konnte für Anstalt für eingerichtet werden. Beim Bau werde durch vielfache Änderungen eine Menge Geld verschwendet; die Baukommission sei, weil sie nicht willfährig genug gewesen, aufgelöst worden. Der neue Bebauungsplan für Neu-Schmargendorf sei 1/2 Jahre nach der Ausarbeitung noch nicht amtlich publiziert worden und der Gemeinde seien dadurch Ansprüche an die Handlungsgesellschaft verloren gegangen. Zur Verschönerung einer Privatstraße, an der ein Gemeindevetretter Besondere hat, sei ohne Genehmigung der Vetretung Gemeindevetretung verwendet worden. Einem Vetretter, der Aufführung in der Gemeindevetretung forderte, sei die Antwort erteilt: „Stimmen Sie sich um ihren Mistwagen!“ Bei Verkauf eines Grundstücks zur Kirchhofverwaltung sei die Gemeinde durch das Verhalten der Vetretung um ca. 3000 Mark geschädigt worden. Herr Klette empfahl die gemeinsame vom Hausbesitzer- und Mieterverein aufgestellten Kandidaten. Die Redner unserer Partei geißelten scharf die Mißstände beim Steuerwesen und der Armenpflege, für die der Mieterverein nie Verständnis hätte. Das Zusammengehen mit den Hausbesitzern wurde gebührend gerügt und die Wahl des socialdemokratischen Kandidaten empfohlen. Ein Antrag des Genossen Peters, der die gewählten Vetretter zu halbjährlicher öffentlicher Rechenschaft verpflichtet, fand Annahme. Die Wahl findet morgen, Donnerstag, den 13. d. M., nachmittags von 4—8 Uhr im Restaurant „Deutsches Haus“, Breitestraße, statt. Pflicht der Arbeiter ist es, den hausagratischen Kandidaten niederzustimmen. Heute abend 8 Uhr findet im Wirtshaus Schmargendorf eine Gemeindevetretung-Verammlung statt, in der Genosse Robert Schmidt über die socialdemokratischen Forderungen an die Gemeindevetretungen referiert. Pünktliches Erscheinen ist nötig.

In Groß-Lichterfelde fand am Sonntag eine seitens der Socialdemokratie einberufene, gut besuchte Kommunalwähler-Verammlung statt. Genosse Wegler sprach über die Aufgaben der Gemeinden in socialpolitischer Beziehung und begründete eingehend unsere Forderungen. Der Redner unterzog auch das gegnerische Flugblatt, soweit sich dies bei dem dürftigen geistigen Gehalt desselben lohnte, einer treffenden Kritik. Auf die Thätigkeit der bürgerlichen Gemeindevetretung ging Genosse Benzell des näheren ein und bewies an einer Reihe von Beispielen, wie schwer das Grundbesitzer-Regiment in kultureller Hinsicht gesündigt, die Geschäfte der Grundstückspekulation gefördert und alle arbeiterfeindlichen Maßnahmen unterstützt hat. Die Anträge aus der Verammlung an die Kandidaten, wie sie sich zu der Hochbau-Ordnung stellen, gab Anlaß zu einer sehr lebhaften Debatte. Die socialdemokratischen Kandidaten Wegler, Lampe und Benzell erklärten, daß sie aus volkswirtschaftlichen und socialpolitischen Gründen das Mietskasementum bekämpfen; Wegler widmete noch speziell der Grund- und Bodenfrage eine längere Besprechung. Die Verammlung machte mit geringen Ausnahmen den Standpunkt der socialdemokratischen Kandidaten bezüglich der Hochbaufrage zu dem ihrigen. Nachdem der Vorsitzende Genosse Marquardt die Wähler eindringlichst aufgefordert hatte, bis zum Wahltage eifrig zu agitieren und vollständig an der Wahlurne zu erscheinen und für die socialdemokratischen Kandidaten zu stimmen, erfolgte Schluß der Verammlung.

Nieder-Schöneweide. Heute abend 8 Uhr findet im Saale des Herrn Analt, Berlinerstr. 33, eine öffentliche Kommunalwähler-Verammlung statt, in welcher über die Kandidaten der dritten Klasse entschieden werden soll. Genossen! Erscheint zahlreich in dieser Verammlung.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Wahlverein für den ersten Berliner Reichstags-Wahlkreis. Donnerstagsabend 8 1/2 Uhr spricht in den Anninbällen, Kommandantenstr. 30, der Genosse Rechtsanwält Victor Frankl über: „Hegemonie, Nachtbilder aus der Kultur- und Religionsgeschichte.“ Frauen sind hierzu besonders eingeladen. Der Vorstand.

Die nächste Lokal-Liste erscheint am Sonntag, den 23. März. Wir ersuchen daher die Mitglieder der Lokal-kommission von Berlin und Umgegend, Änderungen und Zusätze bis spätestens Freitag, den 14. März, einzuliefern zu wollen: für „Telton-Weesow“ an den Genossen Hermann Schliebig in Brix, Johstr. 2; für „Nieder-Harnim“ an den Genossen Otto Niebe in Friedrichsfelde, Victoriastr. 4; für „Potsdam-Ost-Havelland“ an den Genossen Albert Reue in Spandau, Jagowstr. 9; für „Diverse Orte“ an den Genossen Gustav Stein in Wriezen a. O., Frankfurterstr. 32, sowie für Berlin an den Genossen Wilhelm Ding, Prinzenstr. 66, S. 14. Die Genossen werden ersucht, hierzu Kenntnis zu nehmen und die Einwendungen umgehend zu machen, spätere Einwendungen können nicht mehr berücksichtigt werden. Gleichzeitig teilen wir den Genossen noch mit, daß alle Anfragen und Zusendungen nur an den Genossen Wilhelm Ding, Berlin S. 14, Prinzenstr. 66, zu richten sind und nicht an die Redaktion des „Vorwärts“.

Die Parteiblätter der obigen Kreise werden um Abdruck ersucht. Die Lokalkommission.

Zur Lokal-Liste. Am Mittwoch, den 12. März, veranstaltete der „Berliner Liederkreis“ in den Konfordia-Sälen, Andreasstraße, ein Konzert; ferner am Montag, den 17. März, der Märkische Central-Sängerbund einen sogenannten Harmonie-Abend in Kellers Festsaal, Köpenickerstraße 96—97, an welchem die Vereine „Horn“, „Accordia“ und „Brennabor“ mitwirkten. Da die Mitglieder dieser drei Vereine hauptsächlich organisierte Arbeiter sind, so versucht man, in Arbeiterkreisen Wille zu erzeugen. Wir weisen darauf hin, daß man diejenigen Vergünstigungen streng zu meiden hat, die in Lokalen stattfinden, welche der gesamten Arbeiterschaft zu Verammlungen u. nicht zur Verfügung stehen.

Schöneberg. Heute, Mittwochsabend 8 1/2 Uhr, findet in Obfischkestraße eine Verammlung des Vereins für Frauen und Mädchen von Schöneberg und Umgegend statt, in welcher Dr. Friedberg über „Frauenarbeit und Berufskrankheiten“ einen Vortrag halten wird. Herren und Damen als Gäste haben Zutritt.

Verammlungen.

Die Taktik der Tapezierer nach Ablauf des Vertrages wurde am Montag in drei gutbesetzten öffentlichen Tapeziererverammlungen besprochen. In der Verammlung, die bei Cohn in der Weichstraße stattfand, referierte der Verbandsvorsitzende Leo Schmidt. Er führte unter anderem aus, daß die Gehilfen eingetreten sind für eine Verlängerung des im Jahre 1900 vor dem Einigungsamt abgeschlossenen Vertrages, und daß sie auch in diesem Sinne Anträge an die Arbeitgeber gestellt haben. Den letzteren sei aber das Vertrags-Verhältnis nicht mehr genehm, und so habe denn die Junng beschlossen, von der Abschließung eines neuen Vertrages mit den Gehilfen Abstand zu

nehmen. Das Vertragsverhältnis ist nun am 1. März abgelaufen. Die Ortsverwaltung des Verbandes und die Vertrauensmänner seien dahin einig geworden, daß nach Ablauf des Vertrages mit Rücksicht auf die gegenwärtige ungünstige Geschäftslage neue Forderungen seitens der Gehilfen nicht gestellt werden sollen, dagegen soll unter allen Umständen die Innehaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, wie sie in dem jetzigen Tarif festgelegt waren, verlangt werden. Von dem 60 Pfennig- Stundenlohn würden die Gehilfen keinen Pfennig ablassen. Jeder Versuch einer Lohnherabsetzung werde entschieden abgelehrt werden. Die Organisation werde jede derartige Abwech unterstützen, sofern die Voraussetzungen dazu erfüllt werden. — Nach lebhafter Diskussion, die sich im Sinne des Referats bewegte, wurde die folgende Resolution einstimmig angenommen: Die Verammlung nimmt mit Bestimmtem Kenntnis von der ablehnenden Haltung der Arbeitgeber, die Lohn- und Arbeitsbedingungen vertraglich festzusetzen. Sie sieht einen Mangel socialpolitischer Erkenntnis in einer Stellungnahme, die den Arbeitern das Mitbestimmungsrecht über die Lohnverhältnisse unmöglich machen will. Die Verammlung verpflichtet jedoch alle Kollegen, auch während der tariflosen Zeit nur unter den bisherigen Vertragsbedingungen zu arbeiten und überall da, wo dieselben nicht eingehalten werden, dafür einzutreten. Ganz besonders werden die Kollegen verpflichtet, in Accordverträgen an den vor zwei Jahren festgelegten Zuschlägen von 10—15 Proz. festzuhalten, eventuell dies jetzt nachzuholen.

In den beiden andern Verammlungen wurde diese Resolution gleichfalls angenommen.

Cöpenik. Am Freitag, den 7. März, fand hier eine Verammlung des Gewerkschafts-Kartells gemeinsam mit den Vorständen der an das Kartell angeschlossenen Gewerkschaften statt. In derselben hielt Herr Fabrikinspektor Monte einen Vortrag über: „Gewerbe-Inspektion und Gewerbebetriebe, mit besonderer Berücksichtigung des weiblichen Geschlechts.“ In fünfviertelstündigem Vortrag erledigte der Herr Inspektor in sehr verständlicher Weise unter großer Aufmerksamkeit der Versammelten seine Aufgabe. Er hielt es namentlich für wünschenswert, daß die Arbeiter mehr Vertrauen zu der staatlichen Inspektion gewinnen möchten, und legte den Vorständen aus Herz, in ihren Kreisen dazu beizutragen. Er beantragte auch, daß nicht mehr Gebrauch von den Sprechstunden gemacht werde; bisher hat in Köpenik nicht ein einziger Arbeiter dieselben besucht. Die Sprechstunden werden jeden Sonnabend nach dem ersten im Monat von 6 bis 7 Uhr im Sitzungssaal der Stadtverordneten abgehalten bzw. werden jeden ersten und dritten Sonntag im Monat von 10 bis 11 Uhr vormittags im Bureau, Großbeerenstr. 75, zu Berlin abgehalten entgegenkommen. Nach dem Vortrage wurden verschiedene Anfragen an den Herrn Inspektor gerichtet und auch Beswerden über mehrere Betriebe zur Kenntnis gebracht. Der Vorsitzende richtete zum Schluß noch die Frage an den Herrn Inspektor, wie er sich dazu stellen würde, wenn vom Kartell eine Kommission gebildet würde, um die Vermittlung zwischen Inspektion und Arbeitern herzustellen. Der Herr Inspektor lehnte dies kurzweg ab. Er müsse persönlich alles in Empfang nehmen, eventuell auch schriftlich mit vollständiger Namensnennung. Die Arbeiter würden keine Angeberei von seiner Seite zu befürchten haben. Die Arbeiter mögen nur Vertrauen zu ihm haben, er sei gern bereit, alles zu unteruchen, was zu seiner Kenntnis gelangt. An den Arbeitern wird es liegen, recht fleißig von den Sprechstunden Gebrauch zu machen und die Vorstände werden hoffentlich in den Verammlungen des öfteren darauf hinweisen.

Centralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfen Deutschlands. (Bezirk Berlin.) Mittwochsabend 9 Uhr, Krümmgallen, Kommandantenstraße 30, Vortrag des Hrn. Hans Jule über: „Arbeitslosenversicherung.“ Gäste willkommen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Diäten an die Zollkommission.

Frankfurt a. M., 11. März. (W. S.) Die Frankf. Ztg. meldet aus Berlin: Der Bundesrat hat heute die Gewährung von Entschädigungsgeldern an die Mitglieder der Zolltarif-Kommission beschlossen. Jedes Mitglied soll 240 M. erhalten; die Vorlage soll dem Reichstage alsbald zugehen.

Unterhand.

London, 11. März. (W. S.) Lambert fragt an, ob die Regierung beabsichtige, infolge der Rieberlage Lord Meikens neue Verstärkungen nach Südafrika zu schicken. Kriegsminister Brodrick erwidert, Ritchner erhalte immer noch Verstärkungen; 6000 Mann Heerarmee würden sich im Laufe des nächsten Monats einschiffen, bedeutende Abteilungen von Infanterie und Kavallerie seien gleichfalls bereit, abzugehen. Ritchner werde jede Verstärkung erhalten, die er verlange, er Redner, glaube indes nicht, daß außer den bereits in Aussicht genommenen Verstärkungen noch andre notwendig sein würden.

Leipzig, 11. März. Das Leipziger Tageblatt meldet: Der Staatsanwalt beim bairischen Ober-Landgericht Bamberg, Obermayer, wurde vom 1. April ab zum Reichsgerichtsrat ernannt.

Dresden, 11. März. (W. S.) Auf dem Neubau des elektrischen Werkes Dresden-Albertstadt waren gestern nachmittags 1/2 Uhr Arbeiter mit dem Aufschichten des Sauglannes beschäftigt, als plötzlich eine bereits fertiggestellte **Seilmaner** des Kanals zusammenbrach und fünf Arbeiter unter sich begrub. Drei derselben wurden, zum Teil schwer verletzt, hervorgezogen. Die beiden anderen sind tot; beide sind verheiratet und Familienväter. Unter den Verunglückten befinden sich zwei Brüder, von denen der eine verunmündet, der andere tot ist; der Vater entging durch Zufall der Katastrophe.

Paris, 11. März. (W. S.) Im Schauffe der Rue Montmartre und der Rue d'Azas drach kurz nach 8 Uhr gestern abend Feuer im Seidengeschäft von Blum aus, welches schnell gefährliche Dimensionen annahm. Das Treppenhause ist zerstört. Die Feuerwehre arbeitete mit größter Anstrengung, um die Einwohner zu retten. Im fünfstöckigen Schauffe befanden sich die Warenlager mehrerer Woll- und Blumenfabriken, die vor dem Ausbruch des Feuers geschlossen wurden. Das Feuer hatte die oberen drei Stagen ergriffen. — Ein Telegramm von 11 Uhr 25 Min. besagt: Bei dem Brande sprang ein Arbeiter, namens Schneider, aus dem zweiten Stockwerk und wurde schwer verletzt. Die Feuerwehre konnte die übrigen Bewohner retten, darunter auch den Abgeordneten Meurcur mit Frau. Als die Pompiers mehrere Kinder aus den Manjarden retteten, stürzte die Menge frenetisch Weisfall. Gegenwärtig läßt der Brand nach, eine weitere Ausdehnung ist nicht zu befürchten. In einem der durch den Brand in der Rue Montmartre zerstörten Hause wurde der verköhlte Leichnam einer hochbetagten Frau gefunden. Der durch die Feuerabrisse angerichtete Schaden wird auf etwa 20 Millionen Franz beziffert.

Glasgow, 11. März. (W. S.) Lord Rosebery hielt heute eine Rede, in der er sagte, eine Frage überherrsche alle Gemüter. Es sei herzbrechend, daß jetzt, wo man innig hoffe, daß das Ende des Krieges in Sicht sei, ein so schwerer Schlag erfolgen konnte. Ohne Zweifel werde er die Feinde Englands ermutigen, die Feinde verzagt machen, England aber werde er nicht entmutigen. (Lebhafte Beifall.) England müsse die Schläge, die das Schicksal ihm austelle, mit Gleichmut ertragen, der beweise, daß England eines besseren Schicksals in den kommenden Tagen wert sei. Später hielt Rosebery in der Börse eine zweite Rede, in der er bemerkte, es würde lächerlich von einem Geschäftsmann sein, die Bedeutung der Nachrichten aus Südafrika oder den Einfluß, den sie auf das Geschick und die Dauer des Krieges ausüben könnten, zu niedrig zu veranschlagen, aber sie würden auf die Politik Englands keinerlei Einfluß ausüben.

Bahn, 11. März. (W. S.) In Schemacha wurden in der Nacht zum Montag abermals starke, anhaltende Erdböße verspürt. Nach den letzten Erhebungen beträgt die Zahl der Rolleidenen in Schemacha 12 000.

Reichstag.

102. Sitzung vom Dienstag, den 11. März 1902, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratspräsidenten: Graf Posadowsky, Kracke. Zunächst wird das Gesetz zum Schutz des Genfer Neutralitätszeichens in dritter Lesung debattiert.

Abg. Reith (H.)

auf die früheren Ausführungen des Abg. Herzfeld über die Medlenburgischen Schulzustände zurück. Ich will nur ein paar der größten Irrtümer des Herrn Herzfeld richtig stellen. Herr Herzfeld sagte, 10 Prozent der Schulen seien nach einem Artikel der Schulgesetzgebung unbefähigt, tatsächlich steht aber in dem Artikel nur, daß 10 Prozent der Schulen der Ritterschaft unbefähigt seien.

Abg. Dr. Herzfeld (Soc.):

Nachdem nunmehr auch die rechte Seite des Hauses in eine Besprechung der medlenburgischen Volkszustände eingetreten ist, kann ich nur erklären, daß dieses Thema nicht mehr aus dem Reichstag verschwinden wird. Wir haben das Recht, über die medlenburgische Volksschule hier zu reden, und wir werden das so lange tun, bis eine Besserung eingetreten ist.

Die einzelnen Angaben des Abg. Reith kann ich natürlich im Augenblicke nicht auf ihre Richtigkeit hin prüfen, da ich nicht alles Material zur Hand habe. Bezüglich meiner Angaben über den Lehrermangel kann ich mich auf die Medlenburgische Schulgesetzgebung berufen. Es hieß dort: „Wenn auch schon in den siebziger Jahren ein Lehrermangel vorhanden war, in dem Verhältnis wie heute war es aber noch nie der Fall.“

Weiter hat Herr Reith angeführt, ich hätte gesagt, die Zulagen für die Lehrer seien nicht gesetzlich gewährleistet. Das habe ich nicht gesagt. Ich habe nur darauf hingewiesen, daß die Voraussetzung der Gewährung der Zulage ist, daß die Lehrer sich nicht ein pflichtwidriges Betragen zu Schulden kommen lassen und darüber entscheidet in letzter Instanz wieder die Schulkommission.

Es soll unrichtig sein, daß die Gutsbesitzer selbst die Kinder gebrauchen. Diese Behauptung des Herrn Reith beweist mir, daß er die medlenburgischen Verhältnisse gar nicht kennt.

Laßen rechts.) In der That geschieht dies, nämlich indirekt, indem die Kinder den Dienstherrn zu häuslichen Diensten bei ihren Eltern bekommen, damit ihre Mütter dann bei dem Gutsbesitzer arbeiten kann. Was für Mißstände in dieser Beziehung herrschen, ist in ganz Mecklenburg bekannt.

Abg. Dr. Wachnig (fr. Vg.): Nicht nur die Socialdemokratie nimmt sich der Schulverhältnisse an, sondern auch die liberale Partei. Sie hat es getan, ehe eine Socialdemokratie existierte. Die Lehrer und die Eltern der Schulkinder werden es Herrn Reith nicht danken, daß er die medlenburgischen Schulen so zu verteidigen gesucht hat.

Abg. v. Dziembowski-Pomian (Pole): Da die medlenburgischen Schulverhältnisse hier besprochen worden sind, werde ich mir in Zukunft auch das Recht nehmen, die polnischen Schulverhältnisse hier zu besprechen.

Das Kapitel wird bewilligt.

Beim Kapitel „Behörden für die Untersuchung von See-Unfällen“ wünscht

Abg. Raab (Ant.): eine bessere Statistik der See-Unfälle, aus der das Verschulden der Reder zu bemessen ist. Der Bericht der See-Kommission sei eingeschränkt worden. Es sei wünschenswert, daß alle Entscheidungen der See-Kommission dem Reichstage mitgeteilt werden könnten.

Abg. v. Jönckheide (Soc.): Es werden jährlich circa 800 Sprüche gefällt. Nur die aber werden veröffentlicht, die allgemeines Interesse haben. Die Tendenz, irgend etwas zu verheimlichen, liegt nicht vor.

Beim Kapitel „Reichs-Gesundheitsamt“ liegt folgende Resolution Wählgewerke vor: Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dafür Sorge zu tragen, daß der gewerbetreibende Handel mit Essigsäure, sogenannter Essigessenz, in einer bestimmten Konzentration als Genußmittel unter die Vorschriften über den Handel mit Effen gestellt werde.

Abg. Dr. Hermes (fr. Vg.):

kommt auf die Angriffe des Abgeordneten Antick auf das Moabitische Krankenhaus zurück. Ein Zufall habe verhindert, daß der stenographische Bericht über die betreffende Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung dem Reichstag noch nicht zugegangen sei. Im Berliner Rathaus hätten die Angriffe erhoben werden müssen, nicht hier, wo der Magistrat nicht vertreten sei.

Abg. Antick (Soc.):

Die Rede des Herrn Hermes war den Reden sehr ähnlich, die die Vertreter des Berliner Magistrats und der Stadtverordneten-Versammlung gehalten haben. Auch sie gaben eine große Aufstellung, was die Berliner Krankenhäuser alles einkaufen und was für schöne Sachen für die Kranken bestimmt sind.

starke Ausdrücke auch vom Oberbürgermeister gegen mich. Darauf gehe ich nicht ein. Nur ein paar neue Unrichtigkeiten — ich drücke mich besonders höflich aus — will ich aufdecken, die dem Herrn Stadtrat Weigert untergelaufen sind. Er hat erzählt, ich sei bei der Entlassung gefragt worden, ob ich mich über irgend etwas zu beschweren hätte. Darauf soll ich geantwortet haben: Nein, nur einmal waren die Kartoffeln hart, und einmal war die Bratwurst nicht durchgebraten.

Darin allein liegt schon ein Denkmal der Schande für den Berliner Kommunalstreik. Es ist auch nicht wahr, daß die Bestimmung seit zwei Jahren aufgehoben ist. Offiziell aufgehoben ist sie seit dem 8. August 1900, also erst seit 1 1/2 Jahren.

Nun noch ein paar Worte über das, was die liberale Presse über meine furchtbare Undankbarkeit gesagt hat. Wie wurde vorgetragen, daß ich dem Moabitischen Krankenhaus die Rettung meines Lebens zu verdanken habe und daß ich trotz der Mißstände in das Krankenhaus gegangen sei.

Vizepräsident Graf Stolberg-Wernigerode: Der Redner hat auf einen Zwischenruf eines Abgeordneten erwidert: „Wenn Sie das nicht lapieren können, thun Sie mir leid.“

Abg. Antick (fortsetzend): Dann sage ich „verstehen“. Ich würde es als eine Pflichtverletzung betrachten, wenn ich Mißstände nur deshalb nicht zur Sprache bringen wollte, weil sie mich nicht persönlich getroffen haben.

Abg. Fischbeck (fr. Vg.):

Herr Antick hat sich über die vom Abg. Hermes vorgebrachte Einzelheit des Prellsalces aufgehalten. Gerade er hat eben so viele Einzelheiten und Kleinigkeiten vorgebracht. Gerade diese Einzelheiten haben den Eindruck hervorgerufen, daß an der Sache wirklich etwas dran ist.

auf den Tisch des Hauses gelegt, in dem zwar die Kündigung der Kündigung enthalten ist, die Befreiung des Gesundheits-Ordnungs-Passus aber nicht erfolgt ist. Ich kann nur erklären, daß es sich hier offenbar um ein gefälschtes Kontrakt-Exemplar handelt. Die Verfügung ist noch beiden Richtungen gleichzeitig erlassen worden und beide Änderungen müssen in allen Kontrakt-Exemplaren, die nach dem 1. August 1900 ausgestellt sind, vorhanden sein. Um diese Fälschung zu konstatieren, braucht man also kein Staatsanwalt zu sein, sondern nur gesundem Menschenverstand zu haben. Die Fälschung liefert den Beweis dafür, welche Bedeutung die Zuträgerereien des Abgeordneten Antrid haben. Herr Antrid hat behauptet, in seiner Station sei der Desinfektions-Apparat in Ordnung gewesen, auf anderen Stationen aber nicht. Es ist von der Verwaltung festgestellt worden, daß in Antrids Station überhaupt kein Desinfektionsapparat für Wäsche gewesen ist. Dort befand sich nur ein Sterilisationsapparat für Verbandzeug. (Hört! hört!) Herr Antrid hat weiter behauptet, daß Badewannen nicht genügend gereinigt würden und daß innerhalb zwei Stunden 80 Kranke in einer Wanne baden müßten. Der Oberwärter ist darüber vernommen worden. Er hat erklärt, beschwören zu wollen, daß die Wabzeit 15 Minuten beträgt, daß für Ablassen und Reinigen der Wanne genügend Zeit gelassen ist, daß von den 80 Kranken der Station mindestens die Hälfte wegen frischer Operationen und damit zusammenhängender Verbände nicht baden können, daß also gewöhnlich nur 12, höchstens 15 Personen die Wanne benutzen und nicht innerhalb zwei Stunden, sondern von 8 Uhr morgens ab den ganzen Morgen über.

Es ist ferner festgestellt worden, daß vom 15. Mai 1895 an männliche syphilitische Kranke im Moabiter Krankenhaus nicht aufgenommen worden sind. Herr Antrid hat zwar bestimmte Fälle angeblich gegen- teiliger Art hier vorgeführt, es handelt sich aber in diesen Fällen um chirurgische Kranke, die an Krankheiten operiert werden mußten, die vielleicht auf Syphilis zurück- geführt werden können, wie Drüsenanschwellungen usw., die aber im Moment der Operation nicht mehr ansteckend waren. Tatsächlich ist kein Syphilitiker in die Anstalt gekommen. Sollte das aber wirklich einmal der Fall sein, so würde es meiner Ansicht nach hartnäckig sein, wenn man einen sonst operations- bedürftigen Mann deswegen aus der Anstalt entlassen sollte. Herr Antrid hat behauptet, in Moabit angestellte Wärter seien syphilitisch krank gewesen. Die Wärter werden nicht alle 14 Tage untersucht, wie es beim Militär der Fall ist. Wenn sie konstatlich dazu gezwungen wären, welcher Spektakel würde denn gerade von der sozialdemokratischen Organisation der Wärter los- gehen. (Sehr richtig!) Gehen die Leute Sonntags aus und stecken sich an, so trifft die Verwaltung kein Vorwurf. Für die Ver- pflegung der Kranken wird bestes Material verwendet. Margarine wird überhaupt nicht verbraucht, für Eier wird nicht submittiert, es werden nur aus gewählte Eier verwendet. Für das Frisier- es, von dem Herr Antrid sprach, werden Speisereste nicht ver- wendet. Die Kertzezahl ist vollständig genügend. Der Vorwurf kann Herrn Antrid nicht erpart werden, daß er nicht zuerst seinen Freunden in der Stadtverordneten- Versammlung seine Wahrnehmungen unterbreitet hat. Wenn es ihm nur um Beförderung der Zustände zu tun ge- wesen wäre, so hätte er das tun müssen. Von social- demokratischer Seite ist in der Berliner Stadtverordneten- Versammlung der Antrag gestellt worden, daß jeder Berliner Bürger, ob reich, ob arm, das Recht haben sollte, sich unentgeltlich in den Berliner Krankenhäusern behandeln zu lassen. Das steht doch im Widerspruch mit der Kritik des Herrn Antrid. Wären die Zustände wirklich so schlecht, so wäre der Inhalt dieses Antrags geradezu ver- brecherlich. (Heiterkeit.)

Die Decernenten für das Krankenhauswesen in der Berliner Kommunalverwaltung wollten, daß Herr Antrid vom Magistrat verlagert werde und haben einen dahingehenden Antrag gestellt. Die Juristen im Magistrat haben aber davon abgeraten. Die Klageerhebung ist aber gegen die Stimmen der Decernenten für das Krankenhauswesen abgelehnt und es ist ganz un- richtig zu sagen, daß die Herren gekniffen hätten. Die Zustände in unseren Krankenhäusern sind so gut, wie sie nach menschlichen Kräften nur sein können. Davon wird sich hoffentlich auch der Kollege Gröber überzeugen. Ich habe ihn privatim schon darauf hingewiesen, daß sich die Angriffe Antrids auch gegen das katholische Heiligens-Krankenhaus und andre katholische Krankenhäuser richten, und ich will nur hoffen, daß sich dort die Zu- stände als eben so gut herausstellen, wie es bei der Untersuchung des Moabiter Krankenhauses der Fall war. (Lebhafte Beifall bei den Freisinnigen.)

Abg. Singer (Soz.):

Herr Fischbeck hat die Wertlosigkeit seiner Ausführungen dadurch am besten charakterisiert, daß er es so hinfügte, als ob Antrid die Frage vom Parteistandpunkte und als vortellhaftes Agitationsmaterial behandelt habe. Einem Manne, der mit Eifer, Fleiß und Energie für bessere Zustände auf dem Gebiet der Gesundheits- pflege kämpft, wird fallbüßig insinuiert, er thue das bloß, um von seinem Parteistandpunkte aus gute Geschäfte zu machen. Ich ver- wahre Antrid gegen einen derartigen Vorwurf. Herr Fischbeck hat offenbar den Reichstag mit der Stadtverordneten- Versammlung verwechselt. Wenn er dort gefogt hätte, die Sozialdemokraten beantragen, obwohl sie so unzufrieden sind mit unseren Krankenhäusern, doch die Einführung der unentgeltlichen Krankenpflege, dann hätte es dort der Chorus seiner politi- schen Freunde an Beifall und Gandelstücken nicht fehlen lassen. Die Schweigsamkeit, mit der seine Bemerkung hier aufgenommen worden ist, wird ihm schon gezeigt haben, wie wenig durch- schlagend dieser Beweis ist. Sollten wir eine grundsätzliche Forderung deshalb aufgeben, weil wir mit den Zuständen in den Krankenhäusern nicht zufrieden sind? Wir sind der Meinung, daß bei den elenden wirtschaftlichen Verhältnissen des Volkes der Aufenthalt in den Krankenhäusern in vielen Fällen weit besser ist als der in den Familien. Deshalb fordern wir von der Gemeinde die unentgeltliche Krankenpflege. Daß wir deshalb aber alle Anzuträglichkeiten in den Krankenhäusern sanktionieren sollten, kann man wirklich nicht von uns verlangen. Die Fischbedsche Beweisführung war überhaupt eigen- tümlich. Er hat ganz übersehen, daß die Mitteilungen Antrids über die Zustände in vielen und nicht nur in Berliner Krankenhäusern nur eine Illustration zu unserer For- derung auf Vermehrung und Vesserstellung des Arztes- und Wärterpersonals waren. Es ist ganz falsch, die Dinge so heranzuspinnen, ob denn nun auch das Tüpfelchen auf dem i in den Angaben Antrids bewiesen werden kann. Antrid hat ausdrücklich eine **Annahme zu Gunsten Berlins gemacht**, indem er erklärte: „Wenn solche Dinge selbst in Berlin passieren können, wie sieht es dann in der Provinz aus?“

Ein Beispiel für die Beweisführung des Herrn Fischbeck. Er hat von der Aufnahme syphilitischer Kranke in die Kranken- häuser gesprochen. Da sind nun verschiedene Behauptungen nach- einander aufgestellt worden. Zunächst hat die Verwaltung behauptet, männliche Syphilitiker würden nicht aufgenommen. In der Stadt- verordneten-Versammlung aber hat mein Kollege Freudenberg fest- gestellt, daß Kollege Vernstein sich ganz genau darauf be- zogen, daß er syphilitische Männer nach Moabit geschickt und daß sie dort Aufnahme gefunden hätten als frische Fälle. Ich habe keinen Grund, Freudenberg für weniger glaubwürdig zu halten als Herrn Fischbeck. Spielen Sie doch die Sache nicht so aus, als ob wir uns grundsätzlich dagegen erklärten, daß Syphilitiker in Krankenhäusern aufgenommen werden. **Davon ist gar keine Rede.** Die Herren haben zuerst geäußert und dadurch die Angelegenheit zu einer cause célèbre gemacht. Natür- lich ist es gerade für solche Kranke das Beste, sofort in ein Krankenhaus zu kommen. Jedenfalls steht fest, daß Sie Antrid nicht der Unwahrheit zeihen können.

Als pyramidalen Beweis für die Unrichtigkeit der Antridschen Darstellungen hat Herr Fischbeck auf den Vertrag zwischen Wärter und Verwaltung hingewiesen. Er hat aber selbst dabei zugegeben, daß bis vor zwei Jahren ein solcher Vertrag bestanden hat. Ist das etwa ein Ruhm für die Berliner Verwaltung? Nun klammert sie sich an die Ausflucht, daß er seit zwei Jahren ab- geschafft ist. Das ist nicht einmal richtig, er ist erst seit etwas längerer Zeit abgeschafft. Damit wird aber nicht die Tatsache selbst aus der Welt geschafft. Es ist wahrhaftig eigenartig, wie die Herren vom Magistrat sich verteidigen. Auch Stadtrat Weigert hat in seiner Erwiderung den entscheidenden Satz aus dem Vertrage nicht vorgelesen. Es hieß darin: „Ich — der Wärter, der den Vertrag unterschrieben hat — übernehme die Verpflichtung, das Dienstverhältnis 14 Tage oder 4 Wochen vor der Auflösung zu kündigen, räume aber dem leitenden Verwaltungsbeamten oder seinem Stellvertreter das Recht zu meiner **sofortigen Entlassung ohne Gründe ein.**“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Eine Verwaltung, die solche Verträge schließt, handelt nicht fair. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Während durch Gesetz verhindert ist, daß bei den industriellen Arbeiter verschiedenen Art Abmachungen über die Kündigungsfrist für Arbeiter und Unternehmer getroffen werden, stellt man das **Wärterpersonal unter die Gesundheits- Ordnung.** Warum hat Herr Fischbeck diese Stelle des Vertrages nicht vorgelesen? Es handelt sich hier um den Geist, der aus einem solchen Vertrage spricht. Die Berliner Verwaltung thut etwas, was ein honest Geschäftsmann nicht thun würde. Sie (zu den Freisinnigen), die in jedem andren Falle gegen eine solche Bestimmung los- donnern würden, sollten in erster Linie dafür sorgen, daß in Ihrer Verwaltung so etwas nicht geschieht.

Sucht man die Rede Antrids als tendenziös hinzustellen, so thut man es nur, um die großen Gesichtspunkte zu ver- schleieren. Der Magistrat würde viel richtiger handeln, wenn er eine solche Kritik — und die Herren geben ja selbst zu, daß nicht alles so ist, wie es sein soll, dankbar hinnehmen und den Anregungen, die er hier erhalten hat, folgen würde. Statt dessen thut er so, als würde ihm an die Krone gegriffen. Können Sie sich eine bessere Bestätigung der Antridschen Kritik denken, als wenn der Chef der städtischen Krankenhaus- verwaltung selber erklärt: Das **Wärterpersonal ist schlecht.** So weit sind wir gar nicht gegangen. Wir haben auch die zu starken Anforderungen an die Wärter und auf den schlechten Lohn hingewiesen. Statt auf diesem Wege zu bessern, veranstaltet man ein großes Kesseltreiben gegen jede einzelne Anregung Antrids. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Seine erste Kritik vor 2 Jahren hat ja genügt. Statt dreier Kertze sind vier Kertze angefertigt worden. Ich bin auch überzeugt, daß trotz aller Nebereien manche Dinge auf Grund der Antridschen Reden ver- bessert sind. Damit werden wir zufrieden sein und uns nur mit aller Entschiedenheit dagegen wenden, wenn Sie hier behaupten, Antrids Kritik sei nicht im Interesse der Kranken erfolgt, sondern vom Partei- standpunkte aus. Herr Vernes hat behauptet, die Berliner Verwal- tung scheine diese Kritik nicht. Sobald aber die Kritik kommt, schlagen Sie die Hände über den Kopf zusammen und stellen uns als die- jenigen hin, die die Selbstverwaltung schädigen. Wir werden uns dadurch nicht hindern lassen, das zu sagen, was wir für richtig halten und werden mit aller Entschiedenheit auf die Abstellung derartiger Mißstände dringen, ohne Rücksicht auf irgend einen nervösen Stadtrat. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Langerhand (fr. Sp.):

Es hat mir sehr weh gethan, daß Herr Singer von der vollen Wertlosigkeit der Rede des Herrn Fischbeck gesprochen hat. Herr Singer sollte doch nicht vergessen, daß er selbst Mitglied der Berliner Gemeindebehörde ist. Herr Antrid sollte sich doch fragen: Wenn ich so gut behandelt werde, meiner schönen Augen wegen ist es doch nicht geschehen, sondern weil die Kertze sich der Schwerekranken besonders annehmen. Herr Antrid hat nun Wärterversammlungen einberufen; seine meisten Klagen kommen von den Wärtern her. Dann heißt es: ja die Wärter sind schlecht, weil sie zu geringen Lohn bekommen und keine Ausbildung haben. Wir haben es mit einer Wärter- schule versucht, es ist aber niemand hingelommen. (Die Aus- führungen des Redners werden auf der Tribüne immer unverständlich- licher.) Syphilitische Kranke sind nach Moabit nicht gekommen. Es ist nicht richtig, daß der Dr. Vernstein einen syphilitischen Kranken nach Moabit geschickt hat. Es kann sich nur um Folgekrankheiten von Syphilis gehandelt haben, die nicht mehr ansteckend sind. Herr Antrid braucht überhaupt nicht an die Öffentlichkeit zu gehen. Die Dinge konnten mit den Ärzten und den Decernenten besprochen werden. Sing er aber an die Öffent- lichkeit, so war die Berliner Stadtverordneten-Versammlung der rechte Ort.

Abg. Antrid (Soz.):

(mit unwilligem Gemurre auf der Rechten empfangen): Sie (nach rechts) werden mir doch nachfühlen, daß ich auf die Rede des Herrn Fischbeck nicht schweigen kann. (Rufe rechts: nein, nein!)

Präsident Graf **Valkstrom:** Ich bitte um Ruhe, da ich selbst den Redner nicht verstehen kann.

Abg. **Antrid (Soz.)** fortfahrend: Zunächst möchte ich dem Abg. Langerhand erwidern, daß er nicht immer so wie heute gegen mich gesprochen hat. Es gab eine Zeit, wo er mir seinen **Dank** für meine Rede aus- gesprochen hat. Weiter möchte ich ihm sagen, wenn dasselbe Geld, was für die Krankenschwestern ausgegeben wird, auch für die männlichen Krankenpfleger verwendet werden würde, so würde ein genügendes und besseres Wärterpersonal vor- handen sein. Abg. Fischbeck hat mich auf einen Widerspruch fest- zunageln versucht, daß ich behauptet habe, das Anfangsgehalt der Wärter betrage 18 M., während es tatsächlich 21 M. betragen hat. Ich habe damals vom Wärterpersonal im allgemeinen ge- sprochen; das Anfangsgehalt für das weibliche Personal be- trägt 15 M., das für das männliche 21 M.; der **Durchschnitt** war also 18 M. Schlusfolgerungen habe ich aus diesem Anfangsgehalt nicht gezogen, sondern nur aus dem **Durch- schnittsgehalt von 30 M.**, das ich für viel zu niedrig erachte. Auch die Behauptung des Abg. Fischbeck ist unrichtig, daß auf jeder Station eine feste und eine transportable Wabe- wanne gewesen sei. Das ist zu meiner Zeit nicht der Fall ge- wesen, ist es auch heute noch nicht. Ich halte meine Behauptung aufrecht, daß 5 syphilitische Kranke zu meiner Zeit auf- genommen worden sind. Mit dieser Diagnose sind sie im **Arzt- journal** geführt worden. In der Stationsliste sind tatsächlich Wärter, die mit ansteckenden Krankheiten behaftet waren, befristigt worden. Der eine hatte einen eitrigen Ausfluß an der rechten Hälfte und einen zweiten am Ellbogen des rechten Armes. Wenn ich diese Schweineerei zur Sprache gebracht habe, so wollte ich nicht damit gegen Berliner Stadträte gehen, sondern nur die Aufmerksam- keit der Allgemeinheit auf diese Schweineereien lenken. Der zweite Wärter hatte das Gesicht vollständig verdorben, jedoch nur Augen und Nase hervorlugten. Der Magistratsvertreter hat gemeint, es habe sich bei ihm nur um eine harmlose Sache gehandelt. Ich will das zugeben, aber einen so ekelhaft aussehenden Menschen bestell- man doch nicht zum Küchendienst, zur Bereitung der Speisen. Auf einen dritten von mir angeführten Fall — es handelt sich um einen in der Küche stationierten Mann, der eine ekelhafte, ansteckende Hautkrankheit hatte — ist vom Magistratsvertreter mit keiner Silbe eingegangen worden. Diese Schweineerei scheint selbst dem Berliner Magistrat über die Hut- samer gegangen zu sein. Herr Fischbeck hat von den guten Ge- hältern der Oberwärter gesprochen. Ich habe schon in meiner letzten Rede erklärt, daß als Oberwärter Leute geführt werden, die mit der Krankenpflege an sich nichts zu thun haben, wie Telephonisten, Bureaubeamte und dergl. Man hat mir dann den Vorwurf gemacht, daß ich nicht gleich die Dinge, die ich in Moabit beobachtet hatte, zur Sprache gebracht habe. Ich wurde im Juli 1899 entlassen, nicht als Geheiß, sondern als gebrochener, erholungsbedürftiger Mann. Ich wurde in den **Schwarzwald** geschickt, bekam dort die Krankheit

von neuem, mußte mich ein zweites Mal operieren lassen, ging nach Berlin zurück und mußte eine dritte Operation überleben. Sie werden begreifen, daß ich damals nicht in der Lage war, mich mit diesen Dingen zu beschäftigen.

Ich will nun noch ein Vorkommnis berühren, über das ich bisher ge- schwiegen habe. Als ich entlassen wurde, kam der **Direktor Mecker** zu mir und bat mich nach seiner Privatwohnung. Er fragte mich, welches Urteil ich als Laie über die inneren Einrichtungen des Krankenhauses hätte. Es interessierte ihn, meine Ansicht zu hören. Er erklärte mir, daß er jetzt bei seinem Alter nicht mehr in der Lage sei, sich so wie früher um alle Einzelheiten zu kümmern. In jüngeren Jahren habe er sich manch- mal heimlich in ein Bett gelegt und von dort nachs Beobachtungen angestellt. Der Direktor fragte mich speziell über meine Ansicht über das **Wärterpersonal**. Sie werden es begreiflich finden, daß ich in meiner Antwort sehr zurückhaltend war und mich nicht in aller Schärfe ausgesprochen habe.

Zum Schluß bemerkte Direktor Mecker, was wir hier mit ein- ander besprochen haben, besprochen wir unter strengster Dis- kretion. Ich gebe Ihnen mein Wort, daß ich nicht darüber reden werde, und Sie geben mir Ihr Ehrenwort. Ich habe mich für verpflichtet gehalten, mein Wort bis zum heutigen Tag zu halten und habe niemals auf diese Unterredung hingewiesen. Nachdem aber der Vertreter des Berliner Magistrats mich dazu provoziert hat und ich aus dem Vericht ersehen habe, wie der Dr. Mecker sein Wort gehalten hat, mußte ich die Sache hier vorbringen. Als ich Herrn Dr. Mecker auf die schlechte Beschaffenheit verordneter Eier hinwies, sagte er: „Das ist unmöglich, wir kaufen nur beste Ware ein.“ Ich erwiderte ihm: „Wenn Sie solche Kontrolle abgeschlossen haben, dann fehlt die Kontrolle, daß solche Sachen auch wirklich geliefert werden.“ Er sagte, er werde selbst die Sache untersuchen. Wir kamen auch auf die belannte Wurst. Ich sagte ihm, daß die Leute häufig die Wurst wegwerfen. Er meinte, das sei unmöglich, sie werde aus bestem Fleische hergestellt. Auch hier versicherte er mir, er werde selbst kon- trollieren und dafür sorgen, daß die Mißstände abgestellt würden. Ich muß mich entschieden dagegen verwahren, daß ich zu lange ge- wartet habe, um dann eine Tendenzrede zu halten. Ich sagte mir, Direktor Mecker hat ja versprochen, das Abhilfe geschaffte werde, geschieht das, hast du keinen Grund, die Klagen vorzubringen. Erst als mir Mitteilungen wurden, daß es so weiter gehe, erst dann habe ich die Gelegenheit beim Reichs- Seuchengesetz wahrgenommen, um die Mißstände öffentlich zur Sprache zu bringen. Herr Fischbeck sagt, es kam mir nicht darauf an, Mißstände abzuschaffen, sondern eine sozialdemokratische Wärterorganisation zu pflegen im Gegensatz zu einer andren. Das ist eine objektive Unwahrheit des Abg. Fischbeck. Ich habe wiederholt von einer Wärterorganisation gesprochen, die aber nicht sozialdemokratisch ist, sondern auf rein neutralem Boden steht. Ich bin auch stets den etwaigen Bestrebungen entgegen- getreten, in diese Organisation die Politik hineinzubringen. Da kann ich wohl billigerweise von jedem anständigen Menschen, auch von einem Berliner Stadtrat erwarten, daß er mir nicht Dinge unterstellt, die mit der Wahrheit im Widerspruch stehen. Ich werde, so lange solche Mißstände in Krankenhäusern Berlins und der Provinz mir zur Kenntnis kommen und mir nachgewiesen wird, daß sie wahr sind, sie auch öffentlich zur Sprache bringen, und davon werden mich nicht unwahre Beschuldigungen, Unterstellungen und Beschimpfungen, wie sie mir zu teil geworden sind, abhalten. Wenn man mich hier nicht verstehen will, draußen das Volk, besonders aber die arbeitende Klasse, die ärmsten Volksschichten, die am meisten unter diesen Mißständen zu leiden haben, werden mich verstehen und werden mir **dankbar** sein, daß ich endlich einmal in diesen dunklen Teil Deutschlands hineingeleuchtet habe. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Fischbeck (fr. Sp.):

Herr Antrid hat zum Schluß seiner Ausführungen klar gesagt, worauf es ihm eigentlich ankommt: nicht auf die Sache selbst, sondern darauf, bei den Arbeitern Beifall zu finden. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Herr Singer hat mich falsch ver- standen. Ich habe gesagt, Antrid habe diese Dinge im Jahre 1900 in einer Tendenzrede vorgebracht, und habe dagegen gestimmt, daß Leute auf Grund des Reichs-Seuchengesetzes in die Kranken- häuser geschickt werden, weil diese zu schlecht sind. Wenn jemand aber dies im Reichs-Seuchengesetz nicht zu- lassen will, kann er doch nicht von den Kommunen ver- langen, daß die Leute in die Krankenhäuser gewiesen werden. Ich gebe ja zu, daß Herr Singer und ein Teil seiner Freunde da- mals die Forderung aus der Rede Antrids nicht gezogen haben, sondern für den § 14 des Reichs-Seuchengesetzes gestimmt haben. Ein andrer Teil seiner Fraktion aber, die im Volksmund die Leute vom nassen Strumpf heißen (Heiterkeit. Glocke des Präsidenten.)

Präsident **Graf Valkstrom:** Abgeordnete haben keinen nassen Strumpf. (Stürmische Heiterkeit.)

Abg. **Fischbeck** (fortfahrend): Diese Herren, und zu ihnen gehörte Herr Antrid, haben aber im Widerspruch zu dem sozialdemokratischen Antrag in der Stadtverordneten-Versammlung damals gegen den § 14 des Reichs-Seuchengesetzes gestimmt, weil die Krankenhäuser zu schlecht seien.

Abg. **Münch-Ferber** (natl.) befragt seine Resolution über den Handel mit Essigessenz. Es kommen häufig Unglücksfälle mit unverdünnter Essigessenz vor, die vielfach mit Branntwein und auch mit Seltzerwasser verwechselt wird.

Staatssekretär **Graf Posadowsky:** Der Gegenstand wird zur Zeit innerhalb der zuständigen Ressorts verhandelt und der Bundesrat wird sich jedenfalls in allerhöchster Zeit über die Regelung der Materie schlüssig machen.

Abg. **Burm** (Soz.): Wenn der Bundesrat in seinem Entschluß der Resolution des Herrn Münch-Ferber nachkommt, dann wird auch nicht einer der Fälle beseitigt werden, die Herr Münch-Ferber anführte. Solche Unglücksfälle kommen auch mit Gegenständen vor, die unter den Vorkristen über den Handel mit Giften stehen, mit Scheide- wasser usw. Was als Essigessenz in den Handel kommt, ist eine chemisch reine Ware, die nicht durch das, was sie enthält, sondern durch ihre Konzentration giftig wird. Wenn aber jemand z. B. 80-grädigen Spiritus trinkt, ist er auch ein verlorener Mann. Nach der Konsequenz des Antrags Münch-Ferber hätten also in den 30 und 40 Jahren die Brenner auch den Handel mit konzentriertem Spiritus verbieten müssen, der damals aufkam. Der Antrag be- deutet also ein Hindernis für den technischen Fortschritt. Bei der Essigessenz handelt es sich ja auch vor allem darum, daß durch sie der Essigsäure ein unangenehmer Konstantent erwachsen ist. Die Essenz ist sauberer und appetitlicher als der Essig, der sonst in den Handel kommt.

Das wichtigste für den Essighandel ist, daß für den Kleinhandel mit Essig Bestimmungen getroffen werden, wie der Normalgehalt des zum Verkauf gelangenden Essigs beschaffen sein muß, und daß als Weinessig nur wirklich Weinessig verkauft werden darf. Die Resolution aber ist überflüssig und schädigt einen notwendigen Fort- schritt der Technik.

Damit schließt die Diskussion. Die Resolution Münch-Ferber wird mit zweifelhafter Majorität — dafür stimmen die Nationalliberalen und die Konservativen — angenommen.

Beim Kapitel **Reichs-Patentamt** kommt **Abg. Schlumberger** (Voip, der Nationalliberalen) auf die An- griffe des Abg. Burm gegen die in einer Fabrik, in deren Aufsichts- rat Abg. Schlumberger sitzt, bestehenden Zustände zurück. Redner betont nochmals, daß seine früheren Angaben auf Wahrheit beruhen.

Präsident **Graf Valkstrom** (unterbrechend): Herr Abgeordneter, Sie kommen auf eine bereits abgeschlossene Diskussion zurück. Das kann ich nicht zugeben.

Abg. **Schlumberger** (fortfahrend): Die Entrüstung der Social- demokratie —

Präsident **Graf Valkstrom** (unterbrechend): Die Entrüstung der Socialdemokratie steht auch nicht im Zusammenhang mit dem Patentamt. (Große Heiterkeit.)

Abg. Schumberger (fortfahrend): Jene Angriffe gründeten sich auf gesetzliche Bestimmungen...

Abg. Schumberger (fortfahrend): Ich komme zum Schluss... (Große Heiterkeit) Ich hoffe, daß der deutsche Erdungsgedanke sich auf deutschem Boden ausbreiten wird...

Beim Abhitteln „Reichs-Versicherungsdienst“ bedauert Abg. Dr. Hise (C.), daß die früher vom Reichstag angenommene Resolution zur Verbesserung der Senatpräsidenten beim Reichs-Versicherungsdienst von der Regierung nicht berücksichtigt worden sei...

Akademische Freiheit.

Im preussischen Abgeordnetenhause kamen am Dienstag Fragen der akademischen Freiheit zur Sprache.

Von polnischer Seite wurde zunächst gegen die Behandlung polnischer Studentenvereine protestiert.

Kulturminister Studt: Die Bedeutung der polnischen Studentenvereine muß endlich einmal in das richtige Licht gerückt werden. Ich bin erntant, daß der Vorredner diese Verbindungen als absolut harmlos hingestellt hat...

Abg. Graf Lindberg-Sturm (L.): Die deutschen Studentenverbindungen haben ihre volle Berechtigung. Sie verlieren diese aber, sobald sie Politik treiben.

Abg. Dr. Nizeröhl (Vole) erklärt es für ganz natürlich, daß die polnischen Studenten Politik treiben.

Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Sp.) bringt die Auflösung des Socialwissenschaftlichen Studentenvereins an der Universität Berlin zur Sprache.

Als Grund dieser Auflösung wird angegeben, daß der Vorsitzende trotz des Verbotes von Frauen-vorträgen in Studentenvereinen in einer Zeitung angelobt habe, an einer Diskussion, die sich an einem Vortrag anschließen solle, könnten sich auch Frauen beteiligen.

Abg. Dr. Schmidt: Bei der Auflösung des Socialwissenschaftlichen Studentenvereins handelt es sich um einen Akt des Rectors und der Universitätsräthe der Berliner Universität.

Abg. Dr. Friedberg (natl.): Das Bestehen von Socialwissenschaftlichen Vereinen an den Universitäten ist in mancher Richtung ein Bedürfnis. Ich habe den Eindruck, daß gegen den Berliner „Socialwissenschaftlichen Studentenverein“ mit einer Härte vorgegangen ist, die sich hätte vermeiden lassen.

Abg. Wetekamp (fr. Sp.): Studentenvereine sind allerdings nicht dazu da, um Parteipolitik zu treiben.

Geheimrat Dr. Schmidt erklärt nochmals, daß die Staatsregierung um so weniger Anlaß gehabt habe, in die Angelegenheit der Auflösung des Socialwissenschaftlichen Studentenvereins einzugreifen, als sie das Vorgehen des Rectors und des Universitätsraths voll gebilligt habe.

Geriichts-Beitrag.

Als Schutengel eines prägelunden Polizisten hat das Ober-Verwaltungsgericht sich gestern bewährt. Wegen vorsätzlicher Körperverletzung, begangen bei Ausübung seines Amtes, war gegen den Polizeiergeanten Lode zu Gleiwig das Hauptverfahren eröffnet worden.

Das Ober-Verwaltungsgericht gab dem Konflikt der Regierung statt, so daß das Strafverfahren gegen Lode endgültig einzustellen ist.

Schwere und heitere Diebstähle kamen gestern in der Verhandlung zur Sprache, welche gegen den Russen Josef Hoff, den Schlosser Ernst Koll, den Tischler Josef Reuter, den Schuhmacher Richard Herrn und den Alvierarbeiter Paul Riefenstahl stattfand.

durch kleinere Diebstähle. Von Ballons in der Wendlerstraße und Am Schöneberger Ufer stahlen sie je einen wertvollen Barometer. Der eine wurde für 3 Mk. verkauft, der andre für spätere Verwertung vergraben.

Witterungsübersicht vom 11. März 1902, morgens 8 Uhr.

Table with 10 columns: Stations, Barometer, Wind, etc. for various locations like Hamburg, Berlin, Frankfurt, etc.

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 12. März 1902. Zunächst etwas wärmer, vorwiegend trüb mit Niederschlägen und frischen westlichen Winden; später aufklaarend und etwas kühler.

Briefkasten der Redaktion.

H. D., Leipzig. Solche Vereine gibt es nicht, auch sind und keine Privatpersonen bekannt, welche mittellose Studenten helfen möchten.

Allen Bekannten hierdurch die Mitteilung, daß mein alter Vater

Fr. Tauberow

im Alter von 75 Jahren am 29. März in Berlin gestorben ist. Die Beerdigung findet jedoch in Bismarck statt.

A. Tauberow.

Verband der Tapezierer und verw. Berufsge nossen.

Filiale Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß außer langjähriges Mitglied, der Kandidat

Franz Staudinger

am 2. d. M. verstorben ist.

Seine letzten Willen!

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 12. d. M., nachm. 5 Uhr, auf dem Petri-Kirchhofe, Friedenstr. 84, statt.

Um zahlreichere Beteiligung erlaube die Ortsverwaltung.

Mittwoch, den 10. d. M., nachm. 7 Uhr, nach dem meine liebe Frau

Klara Röhl geb. Fischer, 11226

Wilhelm Röhl, 11226, Reichstr., ihre liebe Tochter, Mutter und Bruder.

Beerdigung Donnerstag, den 13. März, nachm. 4 Uhr, vom Marius-Kirchhof (Voll) in Wilhelmshagen.

Blütenhonig, garantiert reiner Bienenhonig, 10 Pf. Bismarckstr. 6, - fco.

Raffinade-Honig, 10 Pf. Bismarckstr. 5, - fco. unter Nachnahme officiert 30482

Jul. Pagener, Epe, Westfalen

Neue Berliner Genossenschafts-Bäckerei

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung, Berlin.

Bilanz am 31. Dezember 1901. Activa: 1. Cassabestand, 2. Waren- u. Bestände, etc. Passiva: 1. Anteile der Genossenschafter, 2. Reservefonds, etc.

Verdosen wurden 9670 Sack mit 967 000 Kilogramm Roggenmehl im Betrage von 188 120,70 Mark. Der Roggenmehl stellte sich auf 20 930,96 M., wovon 240 951 M. Einnahmen für Backwaren enthalten sind.

Die Gesamtsumme der Genossen beträgt 1100,- Mark.

Berlin, den 12. März 1902. Der Vorstand: Robert Engel, Geschäftsführer. Karl Metzold, Kassierer.

van Houten's Cacao. Man versuche diese bestrenommierte Marke als erstes Frühstück! Grosser öffentl. Vortrag des Naturheilpraktikers Sanno...

Einsegnungs-Anzüge von 12-27 Mk. Anzüge nach Mass von 25 Mk. an

Verein der Former.

Sonnabend, den 15. März, in S. Klems Festsaal, Gasende 13-15.

Zur Feier des 39. Stiftungsfestes

Großer Wiener Maskenball.

Anfang 9 Uhr. Entree 50 Pf. Um 12 Uhr: Demaskierung.

Um 1 Uhr: Pause. Nach der Pause: Große Gratis-Verlosung.

Es werden noch bei sämtlichen Vorstands- und Komiteemitgliedern in Empfang zu nehmen.

Bereine! 1. Osterfeiertag: Saal frei geworden.

Klubhaus, Kommandanten-Str. 72

Möbel. Möbeldiebstahl-Wohnungseinrichtungen in guter Ausführung zu bill. Preisen.

103 Landsbergerstraße 103.

Zähne 2 Mk. Plomben 1,50 Mk.

Schindler, Alexander-Strasse 32, I.

Dr. Simmel, Prinzenstr. 59. Spezialarzt für Haut- und Harnleiden.

Bühne M. 2 an beliebige Teilsablung.

Honig! Unerfährte, deutsche Bienenhonig, kahne beste Tafelware, versch. die 10 Pfundboile zu 6,50 M., 5 Pf. 4 M. franto, Garant. Nüch. Reelle Bedienung zugesichert.

E. Reil, Nordloh, Bahnhst, Auguststr. 10.

Stränze und Blumen F. Jacobitz, Kopenstr. 46.

M. Schulmeister, Schneidermeister, Dresdenerstr. 4, am Kottbuser Thor. Hauptstrasse 143 Schöneberg.

Nur den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortungen.

Theater.

Mittwoch, den 12. März.
Opernhaus. Der Ring des Nibelungen. Siegfried. Anfang 7 Uhr.
Schauspielhaus. Gastspiel des Herrn Coquelin aîné mit der Gesellschaft des Théâtre de la Porte St. Martin. Cyrano de Bergerac. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues Opern-Theater (Kroß). Samlet, Prinz von Danemark. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schiller. Der Probedeandant. Anfang 8 Uhr.
Deutsches. Es lebe das Leben. Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. Ueber unsre Kraft (2. Teil). Anfang 7 1/2 Uhr.
Festung. Hochmann als Arzt. Anfang 7 1/2 Uhr.
Residenz. Ein ganzer Richter. Vorher: Verbotene Frucht. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues. Das ewig Weibliche. Anfang 7 1/2 Uhr.
Westen. Undine. Anfang 7 1/2 Uhr.
Rezeptionsbühne. Detlev Allensons Bunte Brettl. Anfang 8 Uhr.
E. v. Wolzogens Bunte Theater (Aberdrell). Anfang 8 Uhr.
Schall und Rauch. Sereuimund-Spielchen. Anf. 8 1/2 Uhr.
Trianon. Coralie u. Co. Anfang 8 Uhr.
Central. Das süße Mädel. Anfang 7 1/2 Uhr.
Thalia. Seine Kleine. Anfang 7 1/2 Uhr.
Luisen. Viese Grubener. Anfang 7 1/2 Uhr.
Gari Welch. Gasparone. Anfang 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Der Oberkeiser. Anf. 7 1/2 Uhr.
Belle-Alliance. Die Dame aus Zrenoville. Anfang 8 Uhr.
Cyphens. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Charivari. Täglich Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Metropol. „ne feine Nummer.“ Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Apollo. Don Juan in der Hölle. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Casino-Theater. Lustige Bräder. Anfang 8 Uhr.
Reichshallen. Seltener Sänger. Anfang 8 Uhr.
Passage-Theater. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang nachmittags 5 Uhr.
Passage-Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung.
Palast. Spezialitäten-Vorstellung. Die Weibchen. Anfang 8 Uhr.
Ivanja. Zaudenstr. 18/19. (Im Theaterpark) Abends 8 Uhr. Frühlingstage an der Riviera. Invalidenstr. 57/62. Täglich: Sternwarte.

Urania.

Tauben-Strasse 48/49.
Im Theater um 8 Uhr:
Frühlingstage an der Riviera
Invalidenstr. 57/62.
Tägl. Sternwarte.

Castans Panopticum

Friedrich-Strasse 165.
Neu! Präsident Roosevelt
Miss Alice Roosevelt
Neu! Italienische Konzert-Kapelle „Mumberto“ u. Venodig.
Neu! Der Boerenkrieg!
Riesengemälde aus dem Transvaal-Kriege, nach der Natur aufgenommen.

Passage-Theater.

Anfang Sonntags 3 Uhr,
Wochentags 5, Ende 11 Uhr.
Beginn des Abendsprogr. 8 Uhr.
Der kleine Cohn ist da!
Burleske in einem Akt.
Der Bajazzo und sein Kind.
16 erstklassige Spezialitäten 16

Central-Theater.

Abends 7 1/2 Uhr:
Das süße Mädel.
Operette in 3 Akten von G. Reinhardt.
Morgen und folgende Tage: Das süße Mädel.
Samstag, den 16. März, nachmittags 3 Uhr, selbe Preise:
Die Geisha.
Operette in 3 Akten von Edwin Jones.
Abends: Das süße Mädel.

Apollo-Theater.

Kolossaler Erfolg der neuen Spezialitäten!
The 3 Nilons Martin Kottner
Milly Capell
3 Avolos Sam Elton
Willi Walden
The Leamy-Troupe
Der Kosmograph. Vorher:
Don Juan in der Hölle
Kasseneröffnung 7 Uhr.
Anfang 8 Uhr.

Schiller-Theater

(Wallner-Theater).
Mittwochabend 8 Uhr:
Der Probedeandant.
Schauspiel in 4 Akten v. Max Dreyer.
Donnerstagabend 8 Uhr:
Familie Fourchambault.
Freitagabend 8 Uhr:
Der Probedeandant.

Carl Weiss-Theater.

Große Frankfurterstr. 132.
Abends 8 Uhr:
Gasparone.
Operette in 3 Akten von Carl Weidner.
Donnerstag: Das Jungfernküß.
Freitag: Bericht für Fr. Plasecka.
Das Räthchen von Seibronn.
Sonnabendnachmittag: Klein Däumling.
Abends: Große Festvorstellung, um 8 Uhr: Das Jungfernküß.
Sonntagnachmittag: Tihello, der Mohr von Seubidg.

Metropol-Theater

Thomas, Bender, Josephi.
Mit vollständig neuer prachtvoller Ausstattung:
„ne feine Nummer!“
Burleske Ausstattungsspiel mit Gesang und Tanz in 1 Vorspiel und 4 Bildern von Julius Freund.
Im 4. Bilde:
Franchens Geburtstagstisch.
Anfang 8 Uhr.
Rauchen überall gestattet.

Wo amüsiert man sich grossartig?
In Schlegelsburgs Festhallen
Inhaber: **Max Schindler**
Hasenheide 21 und Jahrstrasse 8.
Heute: **Großer Ball**
verbunden mit Gasarren, Bombon-Regen und diversen Ueberraschungen.
Entrée: **Mittwochs frei, Sonntags 15 Pf.**
Täglich: **Spezialitäten-Vorstellung.** Entrée frei.
Max Schindler.

Cirkus Renz-Konzert-Tunnel

Karlstrasse.
Wochentags 7 Uhr. Nur erstklassige. Direktion:
Sonntags 8 Uhr. **Spezialitäten. J. H. Mütt.**
Jeden Sonnabend nach der Vorstellung: **Tanz** ohne Nachzahlung

Thalia-Theater.

Dresdenerstr. 72/73.
Abends 7 1/2 Uhr:
Seine Kleine.
Große Ausstattungsspiel mit Gesang und Tanz in 3 Akten.
Saula Barin u. G. Guido Felleker,
Gerda Walde, Helmerding, Paul Müller,
Woj. Wannonow. „Hab's Sie nicht den kleinen Cohn gesehen?“

Schall und Rauch

(Kleines Theater)
Unter den Linden 44.
Mittwoch, 12. März, abds. 8 1/2 Uhr:
Strindberg-Cyklus. I.
Emanuel Reicher. — Rosa Berlevs. — Gertrud Eysoldt. — „Das Band“, „Die Stärkere“, — Pärner: „Frau Mimmi“, „Liebesträume“.

E. von Wolzogens

Buntes Theater (Aberdrell)
Köpnickerstr. 68.
Heute abds. 8 Uhr u. a.: „Batalions-topf“ (Offiziers-Humoreske). — „Nora-Parodie“ — Lina Abarbanell. — Bozena Bradsy u. Oskar Strauss, Marcel Salzer etc.

Trianon-Theater.

Georgenstrasse,
2 Minuten vom Bahnhof Friedrichstr.
Zum 109. Male: **Coralie & Co.**
Anfang 8 Uhr. Parkett 2 M.

Palast-Theater

(früher Fern-Palast)
Burgstr. 22.
Direktion R. Winkler u. W. Fröbel.
Das brillante neue **März-Programm!**
12
Kolossal-Nummern.
Das Neueste vom Neuesten.
Um 8 1/2 Uhr: Großer Erfolg:
Die Weibchenfee.
Berliner Volksstück mit Gesang.
Anfang 8 Uhr. Entrée 50 Pf.
Billet-Verkauf v. 11—1 Uhr.

Sanssouci

Kottbuserstr. 4 a.
Jeden Sonntag, Montag und Donnerstag:
Hoffmanns Norddeutsche Sänger
Nach jeder Solire:
Tanzkränzen.
Sonntag Anf. des Konzerts 6 Uhr, der Solire 7 Uhr.
Entrée 50 Pf. u. a. 75 Pf.
Wochentags Anf. 8 Uhr. Entrée 30 Pf.
Sperrig 50 Pf. — Tanz frei.
Bereitschaft gültig.

W. Noacks Theater.

Brunnenstr. 16.
In der Heimat.
Schauspiel in 5 Akten von Charlotte Birch-Pfeiffer.
Donnerstag:
Verlorene Ehre.

Deutsche Konzerthallen.

An der Spandauer Brücke 3.
Größt. Vergnügungsort Berlin
Internationale Konzerte u. Spezialitäten-Vorstellung
Tägl. Anstich des „Urbock“
Bockbier-Jubel u. Trubel.
Ausschank:
Berliner Bock-Brauerei.
Bürgerl. Diner, 5 Gänge.
Tägl. Matinee von 12—2 Uhr.

Cirkus Busch

Mittwoch, 12. März, abends 7 1/2 Uhr:
Gr. Vorstellung: **Klondike**, Dring. Pantomime des Cirkus Busch und die neuentagierten Spezialitäten.

Reichshallen.

Täglich:
Stettiner Sänger.
Anfang Wochent. 8 Uhr
Sonntags 7 Uhr.

Achtung!

Mittwoch, den 12. März, abends 8 Uhr, im Saal des Herrn Brodnow, Weberstr. 17:
Große öffentliche Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Die zwangsweise Einführung der Entlastungscheine und des Arbeitsnachweises der Tischlerinnung und der ihr befreundeten Verbände. 2. Diskussion. 186/7
Kollegen, ersucht jährlich in dieser Versammlung, um Protest gegen diese Bergewaltigung zu erheben.
Der Einberufer: **R. Härtel.**

Socialdemokratischer Wahlverein

für den 1. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
Donnerstag, den 13. März, abends 8 1/2 Uhr,
in den Armiahallen, Kommandantenstr. No. 20:
Öffentliche Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vom Gegenwärtigen. Nachbilder aus der Kultur und Religionsgeschichte. Referent Reichsanwalt Genosse Victor Fränkl. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 235/4
Frauen sind hierzu besonders eingeladen.
Der Vorstand.

Schöneberg.

Donnerstag, den 13. März, abends 8 Uhr, in
„Obst Festfüßen“, Meiningenstr. 8:

Volks-Versammlung

Tages-Ordnung:
1. Die Mithras in Kaiserlicher Kreis-Krankenhaus und der hiesige Naturheilverein. Referent Dr. med. Richard Rosser. 2. Diskussion. Die Herren Ärzte und Stadtverordneten Schönebergs sind besonders eingeladen.
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht
Die Kommission der Ortskrankenkasse.
J. A.: **Fr. Marx.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.
Morgen, Donnerstag, abds. 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Str. 15:

Vertrauensmänner-Versammlung

jämtlicher Bezirke.
Tages-Ordnung:
1. Bericht über die Situation bezüglich des Jannungsnahtweises. 2. Werkstätten und Differenzen. 3. Verhandlungssachen. 4. Mitgliedsbuch nach Vertrauensmännerkarte legitimiert. Jede Werkstatt entsende Delegierte.
Die Ortsverwaltung. 80/17

Branchen-Versammlung der Stellmacher.

Donnerstag, den 13. März, abends 8 1/2 Uhr, bei Bauer, Rosenhalerstr. Nr. 57:
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Herrn **Magnus Schwentje** über: „Die Disziplin und ihre Gefahr für die Arbeiterklasse“. 2. Diskussion, 3. Verhandlungssachen. 4. Verschiedenes.
Wir bitten um regen Besuch, da in dieser Versammlung die Stimmung zur Urabstimmung über die Arbeitslosen-Unterstützung ausgegeben werden.
Die Kommission.

Deutsch. Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.
Bureau: Engel-Str. 15, Zimmer 1—5. Fernsprecher: Amt VII, 353.
Mittwoch, den 12. März, abends 8 1/2 Uhr:

Öffentliche Versammlung

der Metallarbeiter und Arbeiterinnen für Berlin Westen und Schöneberg
im Klubhaus, Schöneberg, Hauptstr. 5/6.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten **Antrieb** über: „Industrie und Politik unter besonderer Rücksichtnahme der Metall-Industrie“. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 112/14
Alle in der Metall-Industrie beschäftigten Personen werden dringend ersucht, in dieser Versammlung zu erscheinen.
Der Einberufer: **Cohen.**

Centralverband der Maurer zc.

(Zweigverein Berlin.)
Donnerstag, den 13. März, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Str. 15, Saal III:

Versammlung

des Verbandes, die sich mit Fliesenlegen beschäftigen.
Tages-Ordnung:
Das heutige Verhältnis der sich mit Fliesenlegen beschäftigten Verbandmitglieder zur Organisation einer dringenden Regelung bedarf, so erachten wir es als Pflicht aller dieser Kollegen, diese Versammlung zu besuchen.
Die Verbandsleitung. 137/14

Maler, Lackierer, Anstreicher Berlins.

Donnerstag, den 13. März, abends 8 1/2 Uhr,
in den Arminius-Hallen, Bremerstr. No. 72—73:
Große öffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen **F. Kater** über: „Die Bezieher der Kapitalisten und wie helfen sich die Arbeiter dem gegenüber?“ 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 280/4
Um zahlreiches Erscheinen der Kollegen wird ersucht
Der Einberufer: **H. Weise.**

Orts-Frankenkasse

für das Gewerbe d. Tischler u. Piano-Ordnung-Arbeiter zu Berlin.
Donnerstag, 20. März, abends 8 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Engel-Str. 15 (Saal I): 11108

General-Versammlung

der Vertreter der Kassennmitglieder und der Arbeitgeber.
Tages-Ordnung:
1. Abnahme der Jahresrechnung pro 1901 nebst Bericht der Revisoren. 2. Wahl des Vorstandes-Stellvertreter. 3. Wahl von zwei Kassierern. 4. Antrag des Vorstandes: § 20 untr. Statut folgendermaßen zu ändern: Die wöchentlichen Kasseneinträge betragen: 1. für erwachsene männliche Kassennmitglieder, ausschließlich der Verlinge, 54 Pf.; 2. für erwachsene weibliche Kassennmitglieder 33 Pf.; 3. für männliche Kassennmitglieder unter 16 Jahren und für Verlinge 24 Pf.; 4. für weibliche Kassennmitglieder unter 16 Jahren 18 Pf.
Der Vorstand.

Achtung!

Mittwoch, den 12. März, abends 8 Uhr, im Saal des Herrn Brodnow, Weberstr. 17:
Große öffentliche Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Die zwangsweise Einführung der Entlastungscheine und des Arbeitsnachweises der Tischlerinnung und der ihr befreundeten Verbände. 2. Diskussion. 186/7
Kollegen, ersucht jährlich in dieser Versammlung, um Protest gegen diese Bergewaltigung zu erheben.
Der Einberufer: **R. Härtel.**

Eigene Confection.

Elegante
Costümröcke
[05791*]
enorm billig

in Tuch, Zibeline,
Kammgarn und Gobelspan,
6 M., 7 M., 10 M., 12 M.,
15 M., **Seidendamast**
25 M., Alpaca 1.50 M., 6 M.,
bis 30 M., weiss Cheviot
und Pique 3, 5, 7—15 M.

Jaketkleider
elegante Façons.
Sackkleider
Blusenkleider
letzte Neuheit
in Zibeline, Reversibel,
Cheviot, Gobelspan und
Gobelspan,
15 M., 20 M., 25 M.

Einsegnungskleider
15 M., 18 M., 20 M.
Seidenblusen
6,50 M., 8 M., 10 M., 15 M.
Blusenhemden
1,75 M., 2,50 M.

Golfcapes 6 M., 8 M., 10 M.
Schwarze, glatte u. bestickte
Capes und Kragen
12 M., 15 M.

Jakets,
Sackpaletots,
moderne Façons
in vorzüglichem Stoff und tadelloser Verarbeitung
10 M., 12 M., 15 M., 20 M.

Sielmann & Rosenberg

Kommandantenstr. 57.
Ecke Lindenstr. 12.

Maassanfertigung.

Lotzringstr. 57.
Nur noch bis Freitag:
„Lustige Bräder“ mit Richter.
„Christus“ mit Berg zc. zc.
Anfang Wochent. 8 Uhr, Sonntag 7 1/2 Uhr.

Mass-Anzüge

24 Mark und 30 Mark.
Paletots n. Mass 22 M.
Bewunderungswert anzusehen,
welchen Vorteil ich dem werten
Publikum biete. Son reinwoollenen
Stoffresten
Liefere ich den besten Maß-Anzug mit
Anproben unter Garantie tadelloser
Sitzes zu obigen Preisen.

Engros-Resterhandlung,

Chausseestr. 51, 1 Tr.
Bellealliancestr. 98, 1 Tr.

Steppdecken

kaufte man am
besten und billigsten
nur direkt in der Fabrik
B. Strohmendel, Berlin S.
72, Wallstr. 72, Rosstrasse,
wo auch alle Decken angefertigt
werden. 34956*

Möbel

Spiegel u. Polsterwaren
recht zu soliden Preisen, empfiehlt
H. Strelow, Tischlermeister,
Rixdorf, **Richardstr. 116,**
am Denkmol.

30 Mark

hochfeine Sommerpaletots,
30 Mark
hochlegante Herrenanzüge,
12 Mark hochlegante Weibchenkleider.
Anfertigung unter noch Wah.
Guter Stoff, tadelloser Sitz. [05191*]

Möbel

Bürgerliche 36101*
Wohnungs-Einrichtungen.
Großes Lager. • Billige Preise.
Langjährige Garantie.
Wilh. Lambrecht, Simon-
str. 19.

Teilzahlung

monatlich 10 M. liefert elegante
Herrn-Garderobe
nach Maß, auch bar Rasse allerbilligste
Preise. Fert. Garderobe freis vorräthig.
Schneidermeister,
Tomporowski, Nonnendstr. 18, II.

Lokales.

Von den städtischen Heimstätten.

Der vom Kuratorium der städtischen Heimstätten erstattete Bericht über das Etatsjahr 1. April 1900 bis 31. März 1901 wird erst jetzt durch den Magistrat veröffentlicht. Die Angaben des Berichtes lassen erkennen, daß die Heimstätten infolge des hier herrschenden Platzmangels im letzten Jahre mit kaum geringeren Schwierigkeiten als in den vorhergehenden Jahren zu kämpfen gehabt haben. In zwei der bestehenden vier Heimstätten waren die Schwierigkeiten diesmal sogar noch bedeutend größer, in der Blankenfelder Heimstätte für tuberkulöse Frauen wegen der Steigerung des Andranges, in der Heinersdorfer Heimstätte für gesunde Männer wegen der Zerstörung des Heimstättengebäudes durch eine Feuerbrunst (Juni 1900). Die Zahl der Aufnahmen war in Heinersdorf im vorhergehenden Jahre bis auf 581 gestiegen, ging aber im Jahre 1900/01 infolge des Brandes sofort auf 329 (also um 252) zurück. Auch in der Blankenburger Heimstätte für gesunde Frauen verminderte sich von 1899/00 bis 1900/01 die Aufnahmen von 594 auf 546. Die Heimstätte für tuberkulöse Männer zu Malchow hatte gleichfalls einen kleinen Rückgang, von 710 auf 695, während in der Blankenfelder Heimstätte für tuberkulöse Frauen eine Steigerung von 401 auf 436 eintrat. Die Gesamtzahl der Aufnahmen ging von 2286 auf 2006 (also um 280) zurück, größtenteils infolge des in Heinersdorf eingetretenen Ausfalles. Gleichfalls zurückgegangen ist übrigens die Zahl der Aufnahmegesuche, von 2975 auf 2750 (also um 225), nachdem schon das vorhergehende Jahr eine kleine Verminderung (um 28) gebracht hatte. Die in den letzten Jahren immer häufiger gemachte Erfahrung, daß in den Heimstätten meist schwer und zeitweilig überhaupt nicht ankommen ist, scheint dazu geführt zu haben, daß oft von vornherein auf die Heimstätte verzichtet wird. Für 1900/01 kommen in dieser Hinsicht noch die besonderen Verhältnisse der Heinersdorfer Heimstätte in Betracht. — Ungefähr entsprechend der Verminderung der Aufnahmen verminderte sich auch die Zahl der geleisteten Verpflegungstage. Im Durchschnitt wurden im Jahre 1900/01 (bzw. im Vorjahre 1899/00) täglich verpflegt: in Heinersdorf 21 (37), Blankenburg 41 (43), Malchow 83 (84), Blankenfelde 62 (57). In den Sommermonaten waren die Heimstätten wieder, wie alljährlich, am stärksten besetzt. Heinersdorf mußte leider gerade in dieser Zeit den Betrieb für einen ganzen Monat einstellen und konnte ihn wieder zunächst nur provisorisch und in sehr beschränktem Umfang wieder aufnehmen. Die Blankenburger Anstalt, die mit den Sommermonaten über 70 Betten verfügt, war in den drei Sommermonaten Juni bis August wieder Tag für Tag nahezu voll besetzt, bis auf einen oder zwei Plätze. Die Malchower Anstalt mit ihren 88 Betten (einschließlich einem Rotbett) hatte im April und im Juni tagtäglich volle 88 Personen zu verpflegen, während im Mai sowie im August und September der Durchschnitt sich auf 87 stellte, sodas im Durchschnitt immer nur 1 Bett frei war. In Blankenfelde war bei 64 Betten (einschließlich 1 Rotbett) die Durchschnittsbesetzung in 5 Monaten 63 Personen, in den anderen 7 Monaten 62 Personen. Besonders in dieser Anstalt ist der Zudrang von Aufnahmegesuchenden in den letzten Jahren immer stärker geworden. Die Zahl der Wartenden erreichte hier im August die ungeheuerliche Höhe von 235. Ueber 200 hielt sie sich vom Juli bis September, über 100 vom Mai bis November. Die Wartezettel betrug in Blankenfelde im Höchstfall 101 Tage. Selbst wenn die Fälle ausgeglichen werden, in denen die Wartezettel durch Regelung der Kostenfrage oder durch eigne Hilfe um Aufschub verlängert wurde, kommen als Maximum immer noch 130 Tage heraus. In Malchow war diesmal die Höchstzahl der Wartenden 129 (im Juli), die längste Wartezettel 77 Tage, bei Ausscheldung der oben angeführten Fälle 62 Tage. In Blankenburg war die Höchstzahl der Wartenden 43 (im Juli), die längste Wartezettel 56 Tage bzw. 26 Tage. Heinersdorf muß hier außer Betracht bleiben. Mit den wartenden Personen hätte man in Malchow von Ende Mai bis Mitte August noch eine zweite Anstalt für tuberkulöse Männer belegen können. In Blankenfelde wäre mit den vorgemerzten Frauen von Ende April bis Ende November noch eine zweite Anstalt zu füllen gewesen, von Anfang Juni bis Anfang November sogar noch eine dritte Anstalt und von Ende Juni bis Ende September noch eine vierte! Erst der Sommer 1901 hat für Malchow und Blankenfelde eine kleine Vermehrung der Betten und damit einige Besserung gebracht, doch liegt ein Bericht hierüber noch nicht vor. Eine weitere Besserung ist von der bevorstehenden endlichen Vermehrung der Heimstätten zu erwarten. Lange genug haben sich Magistrat und Stadtverordneten-Versammlung gleichgültig verhalten, trotz der rechtzeitigen und wiederholten Mahnungen unserer Genossen im roten Hause. Man sieht, zu welchen Zuständen die Gleichgültigkeit und Laßigkeit der städtischen Behörden schließlich geführt hat!

In der dritten Sitzung des Stads-Ausschusses der Stadtverordneten-Versammlung fand der Etat für das Armenwesen zur Beratung. Bei der Position „Armenärzte“ beantragte der Magistrat eine Erhöhung von 20 700 M., um drei neue Stellen einzurichten und das Gehalt für sämtliche Armenärzte auf jährlich 1600 M. zu erhöhen. Dieser erhielten die jüngeren Ärzte 1200, die Älteren 1500 M. Da die jüngeren aber die äußeren Bezirke der Stadt erhielten, in denen mehr zu thun ist als in den inneren Bezirken, so hat dies zu einer Ungleichheit geführt, die durch die vorgeschlagene gleichmäßige Besetzung ein wenig gemildert werden soll. Von einer Seite wurde angeregt, nicht eine Erhöhung der Gehälter, sondern eine Vermehrung der Ärzte herbeizuführen, um den vielfachen Klagen der Armen wegen ungenügender ärztlicher Behandlung entgegen zu wirken. Genosse Dr. Freudenberg schloß sich diesem Wunsche an. Er sei allerdings der Meinung, daß auch für die Armen die freie Arztwahl die beste Lösung dieser Frage sei. Bei diesen prinzipiellen Bedenken gegen die Forderung des Etats glaubte der Ausschuss keinen Entschluß fassen zu können; er stellte vielmehr die Besetzung der Armenärzte in der früheren Höhe wieder ein und ersuchte in einer Resolution den Magistrat, über die Regelung des Armenarzteswesens eine besondere Vorlage zu machen. Bei dem Titel „Kur- und Verpflegungskosten“, die an nicht städtische Krankenhäuser gezahlt werden, verlangte Dr. Freudenberg eine schärfere Kontrolle seitens des Magistrats, damit solche empfindlichen Zustände nicht wieder vorkommen, wie sie sich beim Elisabeth-Kinder-Hospital ereignet haben.

Beim Etat der Heimstätten beantragten die socialdemokratischen Mitglieder des Ausschusses die Vermehrung der Deputationsmitglieder, da auch die Verwaltung sich vergrößert habe. Während der Staatsauschuss diesen Antrag annahm, wurde ein anderer, gleichfalls von den Socialdemokraten gestellter Antrag abgelehnt, welcher die Befreiung des zur Liegehalle eingerichteten Holzhauses in der Heimstätte zu Malchow verlangte und dafür eine neue Liegehalle erbaut wissen wollte. Im Etat der Siechenanstalten sind den Staatsausgaben 1800 Tische und Hospitalbetten zu Grunde gelegt. Am 1. April dieses Jahres wird das neue Pflegehaus dem Betrieb übergeben. Dann stehen der Verwaltung im Ganzen 1340 Plätze zur Verfügung. An der Hand dieser Zahlen verlangte Genosse Brunz die schleunige Inangriffnahme einer weiteren Anstalt. Dr. Freudenberg trägt den mangelhaften ärztlichen Dienst. Für etwa 600 Kranke sei ein Assistenzarzt und ein erster Anstaltsarzt vorhanden, von denen der letztere natürlich nur wenig mit der Behandlung der Kranken zu thun habe. Eine Resolution, welche den Magistrat aufforderte, schleunigst die Erbauung einer neuen Siechenanstalt in die Wege zu leiten, wurde ebenso wie eine solche, die eine Aenderung der ärztlichen Ueberwachung forderte, gegen die socialdemokratischen Stimmen abgelehnt. Dem Etat für das Arbeitshaus in Nummelsburg ist eine durchschnittliche

Belegziffer von 1850 Köpfen zu Grunde gelegt. Genosse Borgmann wies auf die auch in den Sommermonaten steigende Frequenz hin, die in früheren Jahren nicht zu verzeichnen war, und die lediglich eine Folge des schlechten wirtschaftlichen Verhältnisses sei. Es seien mithin nicht nur sogenannte „arbeitslose Subjekte“, die gezwungen sind, die ungesunden Räume des Arbeitshauses in Anspruch zu nehmen. Im Etat der „Park- und Gartenverwaltung“ sind für die gärtnerischen Anlagen zur Regulierung der Linden 70 000 M. gefordert. Die Socialdemokraten beantragten, diese Position zu streichen. Trozdem auch von anderer Seite der Antrag unterstützt wurde, und zwar mit der Motivierung, daß man das letzte Mittel, um eine Ueberquerung der Linden durch die Straßenbahn zu erzwingen, nicht aus der Hand geben solle, wurde der Antrag abgelehnt und der Etat nach dem Vorschlage genehmigt.

Beim Etat für die Konalisation wurde die Wiedereinführung der Milchwirtschaft auf den städtischen Kiezelhöfen erörtert. Stadtrat Marggraf teilte mit, daß diese Frage schon im Magistrat erwogen sei und eine Unterkommission sich mit der Prüfung bereits beschäftigt. Stadtbaurat Krause teilte mit, daß der Bau des 11. Radialsystems noch wegen verschiedener Schwierigkeiten, die man bald zu heben hoffe, nicht in Angriff genommen hätte werden können. In einigen Straßen soll aber schon in diesem Jahre mit der Rohrlegung begonnen werden.

Die Stadtverordneten-Versammlung hat sich in ihrer Sitzung am nächsten Donnerstag u. a. mit folgenden Gegenständen der Tagesordnung zu befassen: Berichterstattung über die Vorlage, betreffend die Unfall-Versicherung des Treiberpersonals am städtischen Vieh- und Schlachthof. — Berichterstattung des Stads-Ausschusses über die nachstehend bezeichneten Etats für das Etatsjahr 1902, und zwar: Grundstücke in der Stadt, ländliche Grundstücke in- und außerhalb, sowie Mietgrundstücke außerhalb der Stadt und Kalksteinbruch zu Rüdersdorf. — Berechtigungen. — Polizeikosten im allgemeinen (Ortspolizei) und Feuerlöschwesen. — Fleischschau für das von außerhalb eingeführte Fleisch. — Gymnasien. — Realgymnasien — und Oberrealschulen. — Realschulen. — höhere Mädchenschulen. — Turnhallen der städtischen höheren Lehranstalten, Spielplätze und Turnweien im allgemeinen. — Verschiedene Einrichtungen für die städtischen höheren Lehranstalten und die höheren Mädchenschulen. — Gemeindeschulen (Vollschulen). — Taubstummenschule. — Blindenanstalt nebst Betrieb der Beschäftigungsanstalt. — Fortbildungs-Unterrichtswesen. — Gewerliches Unterrichtswesen. — Armenwesen. — Siechenanstalten. — Friedrich-Wilhelms-Hospital. — Arbeitshaus in Nummelsburg. — Städtisches Odsch. Desinfektions-Anstalt II und Hilfsstation für Geschlechtskranke. — Krankenhaus im Friedrichshain. — Krankenhaus Roabit. — Krankenhaus am Urban. — Krankenhaus Gieschinerstraße. — Kaiser und Kaiserin Friedrich-Rinder-Krankenhaus. — Jren- und Jbiotenanstalt in Dalldorf. — Jrenanstalt Herzberge in Lichtenberg. — Anstalt für Epileptische „Wahlgarten“ bei Wiesdorf. — Bade-Anstalten. — Desinfektionsanstalt in der Reichensbergerstraße. — Heimstätten für Gesunde und verschiedene Einrichtungen für die öffentliche Gesundheitspflege. — Berichterstattung über die Vorlagen, betreffend das Octoistat II vom 7./10. März 1877 und die Erhebung von Beiträgen in Gemäßheit des § 9 des Kommunalabgaben-Gesetzes vom 14. Juli 1899. — Vorlagen, betreffend die Errichtung eines Hauses für 54 stehende Männer bei der Jrenanstalt Herzberge in Lichtenberg. — Außerdem findet in dieser Sitzung, und zwar um 6 Uhr, die Wahl eines unbesoldeten Stadtrats statt.

Die Eröffnung der Weststrecke der Hochbahn bis zum Zoologischen Garten hat gestern früh mit ungleich größerem Erfolge stattgefunden, als es vor drei Wochen bei der Eröffnung der Oststrecke der Fall war. Der erste Zug, welcher um 5.42 früh vom Zoologischen Garten abgefahren wurde, zählte einige 20 Personen. Bald aber stieg der Verkehr, namentlich in derselben Richtung ganz bedeutend, so daß fast alle Plätze gut besetzt waren.

Eine Einrichtung der Berliner Feuerwehr, die im Publikum noch sehr wenig bekannt zu sein scheint, ist die der kostenlosen Abgabe von Sauerstoff bei Krankheitsfällen, also bei Einatmen von Leuchtgas, Vergiftungen usw. Auf allen Feuerwachen, die durch das Drehbuch oder im Verzeichnis der Fernsprech-Zeilnehmer zu ermitteln sind, hat die Feuerwehr eine Einrichtung, daß sofort auf die erste Meldung ein ausgebildeter Samariter mit einem Sauerstoff-Apparat sich nach der Unfallstätte zc. begibt, um Hilfe zu leisten. Diese Hilfe ist auch in jedem Fall von dem nächsten Polizeirevier zu veranlassen. Bei der Wichtigkeit dieser Einrichtung sei nochmals darauf hingewiesen.

Das Komitee, welches zusammengetreten war, um die Herstellung einer Fußgänger-Brücke zwischen der Kreuzberg- und Großgörschenstraße zu fördern, hat jetzt eine mit 3240 Unterschriften bedeckte Petition dem Magistrat übergeben. Diese hohe Zahl der Petenten kann wohl als Beweis dafür gelten, wie stark das Bedürfnis nach einer direkten Verbindung zwischen der Potsdamer- und Kreuzbergstraße empfunden wird.

Unruhige Aktionäre. In überaus heftigen Anfritten kam es gestern in einer Generalversammlung der Aktionäre des Zoologischen Gartens, die in großer Saale dieses Instituts tagte. Im Anschluß daran sollte eine außerordentliche Generalversammlung tagen, welche sich mit der Erhöhung des Grundkapitals auf 2 500 000 M., mit der Aufnahme einer Anleihe von 2 000 000 M., sowie mit dem Bau einer großen Ausstellungs-halle und der geplanten Beschränkung des freien Eintrittsrechts der Aktionäre befassen sollte. Es kam jedoch nicht zu dieser zweiten Versammlung, teils wegen der vorgeschrittenen Zeit, teils wegen der erregten Stimmung, die unter den Aktionären Platz gegriffen hatte. Bei der nun folgenden Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern kam es zu stürmischen Szenen. Der Vorstand schlug der Versammlung vor, die statutenmäßig auscheidenden Mitglieder: Unterstaatssekretär Dr. Fischer, Wittebister Richter-Malchow und Kommerzienrat Lucas wiederzuwählen und an Stelle des verstorbenen Geh. Kommerzienrat Ed. Witt den Kommerzienrat Fromberg in den Aufsichtsrat zu senden. Hier setzte nun eine starke Opposition ein, welche geltend machte, daß man auch solche Männer in den Aufsichtsrat wählen möchte, die nicht zu allen Maßnahmen des Vorstandes ja sagen. Man möge deshalb statt Fromberg den Dr. Wachsmann wählen. Während die nun folgende Zettelwahl bereits eine Stunde in Anspruch genommen hatte, teilte der Vorsitzende, Kommerzienrat Lucas, mit, daß die Feststellung des Resultats noch ¼ Stunden in Anspruch nehmen würde. Da er auf den Vorschlag, während dieser Zeit andre Punkte der Tagesordnung zu erledigen, nicht reagierte, machte Direktor König die Bemerkung, daß es den Anschein gewinne, als sollten durch die hier vergeudete Zeit zahlreiche Aktionäre weggerannt werden. Herr Lucas schloß sich hierdurch verlegt und drohte, von seinem Hausrecht Gebrauch machen zu wollen. Eine unbedeutende Aufregung folgte dieser Drohung. „Aus! Vorst! niederlegen!“ erscholl es von allen Seiten. Doch der Vorsitzende blieb. Je mehr er aber die Anklagen der anderen Herren vom Vorstandstische gelang es nicht, den Sturm zu beschwichtigen. Dieser legte sich vielmehr erst, als von der oppositionellen Seite Verlangen der außerordentlichen Generalversammlung beantragt wurde. Es wurde demgemäß beschloffen, worauf sich die Versammlung stark lichtete. Das erst viel später ermittelte Wahlergebnis ergab die Wiederwahl der drei genannten auscheidenden Mitglieder. Zwischen Fromberg und Dr. Wachsmann hat Stichwahl stattgefunden, die in nächster Generalversammlung vollzogen werden soll.

Wegen Rationenschwunders ist der 34 Jahre alte Kaufmann und Zeitungsvorleger Friedrich Westphal in Groß-Lichterfelde verhaftet worden. Er gab seit dem 1. September v. J. ein Anzeigenblatt, „Der Zimmervermieter, Centralorgan für Zimmervermittlung“, heraus. Als Geschäftsräume diente ihm zwei Zimmer in dem Hause Jägerstr. 10. Durch Stellensvermittler und Zeitungsanzeigen suchte und fand er Handlungshelfer, Hauswerker zc. als Kassierer und Anzeigenkassierer und ließ sich von ihnen 200 bis 500 M. Wöchentlich geben. Sobald er jemand angenommen hatte, ging er mit ihm zur Deutschen Bank und legte dort die Kautions auf seinen (Westphals) Namen nieder. Schon am nächsten Tage pflegte er das hinterlegte Geld wieder abzuholen und für sich zu verbrauchen. Am Freitag nahm er wieder einen Kaufmann mit 250 M. an und brachte mit ihm das Geld nach dem Hauptgeschäft der Deutschen Bank. Zufällig sah der neue Kassierer seinen „Chef“ am nächsten Tage wieder auf der Bank gehen. Westphal folgte er ihm und nahm nun wahr, daß er sich die Kautions wieder herauszahlen ließ. Der junge Mann machte Anzeige bei der Kriminalpolizei, und diese nahm Westphal fest. Bis gestern abend waren 15 Kassierer ermittelt, denen Westphal im ganzen 6800 M. abgenommen hat.

Ueber die Ursachen der vorgestrigten Gaskexplosion in der Kaserstraße sind die Ansichten noch geteilt. Sachverständige der Gasanstalt haben in dem Gasmesser noch Gas vorgefunden. Ein etwaiger Schaden müsse also hinter dem Gasmesser nach der Küche zu gelegen haben, das heißt, wahrscheinlich müsse ein Hahn offen gestanden haben. Die beiden Frauen bestreiten dies indessen. In dem Befinden der Verletzten ist eine wesentliche Aenderung nicht eingetreten. Leider haben in dem Tumult sich auch „hülfreiche“ Hände eingefunden, die allerlei „gerettet“ haben. Es fehlt ein Portemonnaie mit 100 M. und andres mehr. Die zertrümmerten Feuerstreichweien wurden gestern nachmittags durch neue ersetzt, die Wohnung mit Brettern vermauert, die Treppe mit einem Lattingeländer versehen. Die Kommission wird entscheiden, was mit dem Hause weiter geschehen soll.

Die Untersuchung gegen das „Blumenmedium“ Anna Kothe hat nun auch zur Ermittlung der irdischen Quelle geführt, aus der die Schwindlerin die Blumen bezog, mit denen sie vor ihren vertrauensvollen Gläubigen zu jonglieren pflegte. Die aus Chemnitz, der Heimat der Kothe, gemeldet wird, sind unter den bei ihren Verwandten in der Umgegend von Chemnitz beschlagnahmten Briefen zahlreiche Bestellungen auf Eisenbindungen von Blumen und großen Dosenblüsen gefunden worden. In einem Monat hat die Kothe über 20 Eisenbindungen Blumen bestellt.

In der Gaudinischen Wandsache ist festgestellt worden, daß am 9. Februar, dem Tage, an dem Gaudin verschwand, ist, zu v. e. Garde-Dräger, von denen der eine kleiner als der andre gewesen ist und auffallen beide und rotte Baden gehabt hat, den Gaudin von seiner Wohnung unter den Linden 42 am Nachmittag gegen 5 Uhr abgeholt haben. Es ist bemerkt worden, daß Gaudin in Begleitung der beiden Dräger sich durch die Friedrichstraße in der Richtung nach dem Halleschen Thore zu entfernt hat. Es ist von großer Wichtigkeit für die Aufstellung von weiteren Nachforschungen, näheres über die Persönlichkeit der beiden Dräger zu erfahren und zu wissen, wohin sie mit Gaudin gegangen sind. Personen, die hierüber Auskunft geben können, werden ersucht, sich in den Vormittagsstunden im Polizeipräsidium am Alexanderplatz zu melden.

Durch einen Sturz vom Dach verunglückte sich in einem Anfall von Geistesgestörtheit die 46 Jahre alte Wahnwörterin Rosa J., in der Elbstr. 37 zu töten. Die Frau war früher schon einmal in der Jrenanstalt zu Dalldorf, wurde aber als gebessert und nicht gemeingefährlich entlassen. Am Montagnachmittag bekam sie wieder einen Anfall, stieg heimlich auf das Dach des Hauses, stürzte sich hinab und zog sich außer schweren inneren Verletzungen mehrere komplizierte Oberschenkelbrüche zu. Die Unglückliche wurde von der Revierpolizei in ein Krankenhaus gebracht.

Ein Kollidie ist in der Person eines mehrfach vorbestraften Eindrehers Paul Panzer festgenommen worden. Ein Schuhmann, der ihn mit einem Ballen Stoff in der Halleschenstraße sah, hielt ihn an und nahm ihn mit nach der Wache. Hier gab er an, daß er den Ballen, der rotgefärbtes Julett enthielt, an der Ecke der Königs- und Spandauerstraße aufgehoben habe, nachdem er von einem Kollidie herabgefallen sei. Er hat ihn aber ohne Zweifel vom Wagen weg gestohlen. Der Ballen war mit einem gelben Schild, das die Signatur trug, versehen.

Tand einer Kindesleiche. Am 10. d. M. früh wurde im Jure des Hauses Neue Jakobstr. 25 die Leiche eines neugeborenen Kindes weiblichen Geschlechts aufgefunden. Das Kind war in ein Stück weißes Hemdentuch gewickelt, von welchem der eine Zipfel zusammengebrocht und ihm in den Mund gesteckt worden war. Das Ganze war in ein Blatt des Berliner „Lokal-Anzeigers“ vom 5./6. 98 eingewickelt. Personen, welche im Hause sind, Angaben über die Mutter des Kindes oder darüber zu machen, ob eine Frauensperson ihre leiblich bevorstehende Entbindung zu verheimlichen gesucht hat oder nach statgehabter Niederkunft ihr Kind verborgen gehalten hat, wollen sich bei der Kriminalpolizei, Polizeipräsidium, Zimmer 246, oder auf irgend einem Polizeirevier melden bzw. zu 1738 IV/27. 02 Anzeige erstatten.

In der deutschen Gesellschaft für volkswirtschaftliche Naturkunde spricht am Mittwoch, den 12. März, abends 8 Uhr, im Bürgercafe des Rathauses der lat. Landeögeologe Herr Prof. Dr. Reichard über „Land und Leute in der Bretagne“ (mit Lichtbildern).

Feuerbericht. Dienstagvormittag gegen 9 Uhr wurde die Wehr nach dem Steintiner Bahnhof gerufen. Hier hatte sich in einer Privatwohnung Wenzin entzündet und eine Tischdecke und Kleidungsstücke in Brand gesetzt. Das Dienstmädchen erlitt dabei leichte Brandwunden an den Händen. Die Feuerwehr trat nicht in Thätigkeit. Kurz vorher brannten Spittelmarkt 2 im vierten Stock des linken Seitenflügels Preßhofen, der Fußboden und die Balkenlage. Die Wehr hatte hier längere Zeit mit einem Rohre Wasser zu geben, um die Flammen zu ersticken. Ein ähnlicher Brand mußte früh 4 Uhr Chausseest. 42 in einem Schlächterkeller abgefohrt werden. Außerdem war noch Montagabend 9 Uhr in der Guttenstr. 35 auf einem Neubau ein Brand entstanden, dessen Ablösung indes in kurzer Zeit erfolgen konnte.

Aus den Nachbarorten.

Eine Aenderung der Landgemeinde-Ordnung behufs Schädigung der Landgemeinden um Berlin, denen durch ihr Wachstum das Bedürfnis erwächst, der Städte-Ordnung unterstellt zu werden, wird nach einer offiziellen Meldung beabsichtigt. Es soll schon in nächster Zeit dem Abgeordnetenhaus eine Novelle zugehen, durch die bestimmt wird, daß Landgemeinden, falls der einfache Verwaltungsapparat der Landgemeinde-Ordnung nicht mehr für sie genügt, bejoldete Schöffen anstellen dürfen. Durch diese Reform soll das berechtigte Streben großer Landgemeinden, Städtecharakter zu erwerben, behindert werden. Es ist sehr nötig, diese Pläne der preussischen Regierung aufmerksam zu verfolgen.

Wilmersdorf. In der letzten Sitzung der Gemeindevertreter wurden Professor Dr. Weislag, Baurat Gerad und der frühere Gemeindevertreter Sanitätsrat Dr. Cichmann zu Schöffen gewählt. — Dann wurde die Errichtung einer katholischen Schule zum 1. April 1903 beschloffen. — Der Etat der Gemeinde ist für das neue Rechnungsjahr auf 1 930 000 M. angesetzt, im Vorjahre betrug der Etat 1 600 000 M. — Der Steueratz bleibt im nächsten Jahre mit 90 Proz. Zuschlag bestehen. — Der Etat der Volksschule stellt sich auf 190 000 M. — Für Errichtung eines Feuerwehrlagers in Halensee wurden 2500 M. bewilligt; für das zu errichtende Gewerbegericht sind 500 M. angesetzt. — Für Kinder anderer Gemeinden, welche die Volksschule Wilmersdorf besuchen, werden pro Monat 250 M. Schulschuld erhoben. — Der Blindenanstalt Steglitz wurde jährlich lauffür die Summe von 100 M. überlassen.

Die Arbeitslosen-Statistik der Gewerkschafts-Kommission.

Als wir die Ergebnisse der ersten, sozusagen groben Bearbeitung des Materials der Arbeitslosenzählung veröffentlichten und die Zahlen eine Ausdehnung der Arbeitslosigkeit und der Arbeitsbeschränkung aufwiesen, wie sie selbst bei ungünstigster Beurteilung der Lage des Arbeitsmarktes vordem niemand erwartet hatte, da fiel fast die gesamte bürgerliche Presse, von der „Kreuz-Zeitung“ bis zur „Vossischen Zeitung“, über die Statistik der Gewerkschaftskommission her. Die Klopffeder des fatten Bürgerturns wollen nun einmal nicht zugeben, daß die Arbeiterschaft unter einem außergewöhnlichen Notstand zu leiden hat. Die Scharfmacherorgane, die ja gewohnt sind, alles was mit der Arbeiterbewegung zusammenhängt, in der pöbelhaftesten Weise herunterzuziehen, wußten zu dem zahlenmäßigen Nachweis des Notstandes nichts anderes zu sagen, als: „Schwindel, Schwindel, und nochmals Schwindel!“ Eine Statistik ist nichts weiter als sozialdemokratischer Humbug! So schaltete es uns aus jenen Blättern entgegen.

Jetzt ist die mühevoll und zeitraubende zweite Bearbeitung des statistischen Materials abgeschlossen. Die Ergebnisse derselben liegen in Tabellen zusammengestellt, nimmend vor. Wer aber erwartet hat, daß diese Bearbeitung die Bedeutung der zuerst veröffentlichten Zahlen abschwächen und das Elend der Arbeitslosigkeit, sowie die Ausdehnung der Arbeitsbeschränkung kleiner erscheinen lassen würde, der hat sich gründlich getäuscht. Man mag die Ergebnisse der zweiten statistischen Bearbeitung betrachten wie man will, immer ergibt sich, daß das düstere Bild, welches durch die erste Bearbeitung entrollt wurde, nicht rosigter, sondern eher noch trüber geworden ist. Die Durchsicht der nachstehend abgedruckten Tabellen lehrt jeden, der sich den Tatsachen nicht absichtlich verschließt, daß die Arbeitslosigkeit, und nicht minder die Arbeitsbeschränkung einen erschreckenden Umfang angenommen hat, daß die Folgen der wirtschaftlichen Krise mit fürchterlicher Wucht auf der Arbeiterklasse lasten, und daß diejenigen, welche schon längst von dem Vorhandensein eines erschreckenden Notstandes sprachen, leider recht behalten haben. Diese betrübende Tatsache ist angesichts des vorliegenden Zahlenmaterials nicht mehr zu leugnen.

Die nachfolgenden Tabellen sind des eingehendsten Studiums wert. Sie geben noch verschiedenen Richtungen hin Aufschluß über den Umfang der Arbeitslosigkeit und der Arbeitsbeschränkung. Die Tabellen Ia, Ib, Ic beziehen sich auf Berlin, während in den Tabellen IIa, IIb und IIc das Material zusammengestellt ist aus den Vororten: Rixdorf, Schöneberg, Lichtenberg, Weißensee, Rummelsburg, Straus, Friedrichsfelde, Baumjulenweg, Tempelhofer, Wilmersdorf, Steglitz, Pantow und Reinickendorf. — Da das Material von Charlottenburg nicht von der Berliner Gewerkschaftskommission bearbeitet worden ist, so konnte es auch in die von derselben zusammengestellten Vorortstabellen nicht aufgenommen werden. Von Steglitz, welches in diesen Tabellen mit aufgenommen ist, sind die Zahlen der ersten Bearbeitung in unfern früheren Veröffentlichungen nicht enthalten. Aus diesen Gründen weisen natürlich die Gesamtsummen der Vorortstabellen von den früher veröffentlichten Gesamtzahlen aus den Vororten ab. — Auch die Berliner Tabellen weisen einige Abweichungen gegenüber den Zahlen der ersten Bearbeitung auf. Damals wurden für Berlin 63 703 Arbeitslose und 42 863 verkürzte Zeit Arbeitende ermittelt. Unter den ersteren befinden sich 4266 Personen, die aus Herbergen und Asylen als arbeitslos gemeldet wurden. Da für diese keine Angaben über Beruf, Dauer der Arbeitslosigkeit usw. vorliegen, so mußten sie bei der zweiten Bearbeitung ausgeschieden. Nach Abzug dieser Differenz weist die Gruppe der Arbeitslosen 101 mehr und die der verkürzte Zeit Arbeitenden 853 weniger auf, als die Gesamtzahl der ersten Bearbeitung. Durch diese Abweichungen, die auf Fehler zurückzuführen sind, wie sie bei jeder größeren Statistik vorkommen, wird das Gesamtbild jedoch nicht verändert.

Was lehrt uns nun die vorliegende Statistik? Die Tabellen Ia und Ib zeigen, soweit Berlin in Frage kommt, wie sich die Arbeitslosen und die verkürzte Zeit Arbeitenden auf die einzelnen Berufe verteilen, wie lange die Arbeitslosigkeit währt, und um wie viel Stunden wöchentlich die Arbeitszeit in den einzelnen Fällen beschränkt ist, die Tabellen IIa und IIb geben dieselbe Zusammenstellung für die Vororte.

Betrachten wir zunächst die in Berlin herrschenden Verhältnisse. Wir sagten schon, daß den ersten Veröffentlichungen die Frage entgegengehalten wurde, wie viele von den Arbeitslosen zu denen gehören, die im Winter regelmäßig arbeitslos sind. Von dieser, wenn man so sagen will, „naturgemäßen“, durch die Witterung bedingten Arbeitslosigkeit im Winter wird nur das Baugewerbe betroffen. Dasselbe weist allerdings die größte Zahl der männlichen Arbeitslosen, nämlich 9762 auf. Wenn wir zu diesen noch aus der Gruppe „Steine und Geden“ die 908 arbeitslosen Asphaltarbeiter, Steinleger, Klempner, Steinmetzen und Marmorarbeiter rechnen, deren Arbeit aber nur zum Teil durch die Witterung beeinflusst wird, so haben wir 10 720 „naturgemäße“ Arbeitslose, denen 43 918 arbeitslos überstehen aus solchen Berufszweigen, deren Tätigkeit durch den Winter nicht behindert wird. Nun darf man aber nicht vergessen, daß der gegenwärtige Winter so ungewöhnlich milde ist, daß er das Baugewerbe nicht zur Einstellung der Arbeit zwang. Wo Bauarbeit vorhanden war, da konnte ohne Unterbrechung gearbeitet werden. Wenn wir trotzdem eine so große Zahl von Arbeitslosen im Baugewerbe haben, so sind diese in überwiegendem Maße nicht durch den Winter, sondern durch die Krise zum Zielernüchtert worden. Von den Arbeitslosen im Baugewerbe waren am Jahrestage nur verhältnismäßig wenige in der ersten Woche arbeitslos. Dagegen finden wir 2476, die 1—4 Wochen, 2319, die 1—2 Monate, 1818, die 2—3 Monate, und 1179, die 3—4 Monate arbeitslos waren. — Mit verkürzter Arbeitszeit waren im Baugewerbe 4490 Arbeiter beschäftigt. Von diesen arbeiteten 1242 wöchentlich bis 6 Stunden, und 1743 bis 12 Stunden weniger. Es ist nicht ersichtlich, ob diese Verkürzung die Differenz zwischen der sommerlichen und der winterlichen Arbeitszeit darstellt. Sollte das der Fall sein, dann würde diese Arbeitszeitverkürzung eine für das Baugewerbe normale und deshalb nicht als Folge der Krise anzusehen sein. Nun finden wir aber im Baugewerbe 573 Arbeiter, die 13—18 Stunden, 253, die 19—24 Stunden, und 244, die mehr als 25 Stunden wöchentlich weniger arbeiten. Diese Verkürzung der Arbeitszeit ist sicher durch Arbeitsmangel und nicht durch die Witterung verursacht.

In der Metallindustrie finden wir 9648 männliche und 304 weibliche Arbeitslose. Das sind zusammen 10 012, also mehr wie im Baugewerbe und fast soviel wie das Baugewerbe unter Hinzurechnung der vorhin aufgeführten Arbeitslosen aus der Gruppe „Steine und Geden“ aufweist. In der Metallindustrie waren 326 in der ersten Woche, 1575 1—4 Wochen, 2088 5—8 Wochen, 1880 bis 3 Monate und 674 bis 4 Monate ohne Arbeit. — Bedenkend größer und in irgend einer anderen Berufsgruppe ist die Beschränkung der Arbeitszeit in der Metallindustrie. Sie hat hier einen geradezu erschreckenden und für die Krise bezeichnenden Umfang angenommen. 12 200 Arbeiter und 588 Arbeiterinnen waren mit verkürzter Arbeitszeit beschäftigt. Die Verkürzung betrug bei 2740 Arbeitern bis 6 Stunden, bei 5046 7—12 Stunden, bei 2046 13—18 Stunden, bei 1196 19—24 Stunden und bei 735 mehr als 25 Stunden der Woche. Es sind also fast

2000 Metallarbeiter, deren Arbeitszeit um mehr als ein Drittel verkürzt ist. Da auch der Verdienst derselben natürlich um wenigstens ebenso viel herabgesetzt ist, so dürfte es einem großen Teil dieser Arbeitenden nicht viel besser gehen als den Arbeitslosen.

Die Holzindustrie weist erheblich geringere Zahlen auf wie die beiden vorher genannten Berufsgruppen. Wir haben hier außer 57 weiblichen 4166 männliche Arbeitslose, von denen 256 in der ersten Woche, 758 bis 4 Wochen, 1021 bis 8 Wochen, 881 bis 3 Monate, 495 bis 4 Monate arbeitslos waren. — Mit verkürzter Arbeitszeit waren 69 Arbeiterinnen und 3556 Arbeiter beschäftigt. Von diesen arbeiteten 552 bis 6 Stunden, 1152 6—12 Stunden, 899 13—18 Stunden, 394 19—24 Stunden und 394 mehr als 25 Stunden in der Woche weniger.

Im Handelsgewerbe haben wir etwas mehr Arbeitslose, aber erheblich weniger Arbeitsbeschränkte wie in der Holzindustrie. Die Zahl der arbeitslosen Handlungsgehilfen und Handels-Hilfsarbeiter beträgt 4573, dazu kommen noch 1009 weibliche Angestellte und Arbeiterinnen. Verkürzte Arbeitszeit hatten 809 männliche und 95 weibliche Angestellte und Hilfskräfte.

Die Bekleidungsindustrie zeigt gleichfalls große Zahlen sowohl der Arbeitslosen wie der Arbeitsbeschränkten. Wenn wir den Arbeitern dieser Gruppe in Tabelle Ia die Näherinnen, Schneiderinnen, Arbeiterinnen in Schuhfabriken und Putzmacherinnen der Tabelle Ib hinzurechnen, so finden wir in der Bekleidungsbranche 7153 Arbeitslose und 7837 Arbeitsbeschränkte. Die größte Anzahl zu beiden Kategorien stellen die Schneiderinnen und Näherinnen, etwas geringer sind die Zahlen der männlichen Arbeiter in der Schneiderei. In diesem Gewerbe ist der Grad der Arbeitsbeschränkung ein sehr hoher. Von den 2901 Männern mit verkürzter Arbeitszeit arbeiteten 1064 mehr als 25 Stunden in der Woche weniger. Ungefähr ebenso ist das Verhältnis bei den Kürschnern und Mägenmachern, während in der Schuhmacherei die Zahl der Arbeitsbeschränkten (1464) ungefähr doppelt so groß ist wie die der Arbeitslosen.

Die Leder- und Papierindustrie hat 2298 Arbeitslose und 2484 verkürzte Zeit Arbeitende. In der Nahrungs- und Genussmittelbranche finden wir 1792 Arbeitslose und 569 Arbeitsbeschränkte, im Gastwirts-Gewerbe 1348 Arbeitslose und 306 Arbeitsbeschränkte, zu denen auch ein Teil der in der Tabelle Ib aufgeführten Dienstmädchen und Köchinnen zu rechnen sein dürften. Das graphische Gewerbe weist einschließlich der Hilfsarbeiterinnen 1154 Arbeitslose und 299 verkürzte Zeit Arbeitende auf. In den kleineren Industriezweigen sehen wir entsprechend kleinere Zahlen, aus denen jedoch nicht geschlossen werden kann, daß in diesen Berufszweigen günstigere Verhältnisse herrschen als in den anderen. Recht groß ist die Zahl der Arbeitslosen — 10 729 — und der Arbeitsbeschränkten — 5437 — bei den Arbeitern und Arbeiterinnen, die keinen Beruf angegeben haben. Es handelt sich hier wohl um ungelehrte Arbeitskräfte mit wechselnder Beschäftigung, die sich also auf verschiedene Industriezweige verteilen.

In der Tabelle der Vororte finden wir entsprechend kleinere Zahlen, jedoch sind die einzelnen Berufsgruppen in demselben Verhältnis wie in Berlin an der Arbeitslosigkeit beteiligt. In den Vororten stellt das Baugewerbe 2491 Arbeitslose und 1180 verkürzte Zeit Arbeitende, die Metallindustrie hat 1612 Arbeitslose und 2488 Arbeitsbeschränkte, dann folgt die Holzindustrie mit 788 Arbeitslosen, 914 Arbeitsbeschränkten, die Bekleidungsindustrie mit 688 Arbeitslosen und 671 verkürzte Zeit Arbeitenden, das Handelsgewerbe mit 657 Arbeitslosen und 108 Arbeitsbeschränkten usw. Auch hier ist die Gruppe der Arbeiter und Arbeiterinnen ohne Angabe des Berufes eine besonders große. Es sind 2322 Arbeitslose und 1249 verkürzte Zeit Arbeitende.

Wieviel Arbeitslose, wieviel solcher Leute, die ein festes Arbeitsverhältnis meiden, habt Ihr denn als Arbeitslose gezählt? Das war eine der Fragen, mit denen die bürgerliche Presse den Wert der Statistik zu beeinträchtigen suchte. Mit absoluter Sicherheit kann man diese vorwiegende Frage allerdings nicht beantworten, wohl aber bieten unsere Tabellen einen klaren Beweis gegen die Annahme, als ob das „arbeitslose Gesindel“ einen erheblichen Teil der Arbeitslosen in Berlin ausmache. Gewiß gibt es in der Großstadt eine vieldeutliche nicht kleine Zahl solcher Leute, die so weit abgedrängten sind — durch welche Umstände, soll hier nicht untersucht werden — daß sie der Arbeit aus dem Wege gehen. Aber diese Leute haben wohl selten eine Wohnung oder auch nur eine Schlafstelle. Sie besitzern die Straße, nächtigen in Wägen und Bänken, und können schon deshalb nicht in der vorliegenden Statistik enthalten sein. Sollte aber wirklich ein Teil dieser Lumpenproleten in der Statistik Aufnahme gefunden haben, so müßte man sie unter denen suchen, die länger als ein Jahr arbeitslos sind. Deren Zahl ist aber, wie ein Blick in die Tabellen lehrt, so gering, daß sie das Gesamtbild durchaus nicht ändert. Außerdem kann kein verständiger Mensch behaupten, daß jeder, der das Unglück hat, über ein Jahr arbeitslos zu sein, den Arbeitslosen zugerechnet werden müßte. Will man nun noch weiter gehen, und annehmen, daß auch unter denen, die 9—12 Monat arbeitslos sind, ein Teil zu jenen Leuten gehört, die sich nicht ernstlich um Arbeit bemühen, so kann man immer noch keinen erheblichen Abstrich von der Summe der Arbeitslosen machen, denn die Zahl der 9—12 Monat arbeitslos ist verhältnismäßig nicht groß. Wie die Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt zur Zeit liegen, ist es durchaus glaubhaft, daß eine Anzahl von 1014 männlichen und 225 weiblichen Personen in Berlin trotz aller Bemühungen nach Arbeit 9—12 Monat arbeitslos sind. Die Annahme, daß die „Arbeitslosen“ in hellen Häusern herbeigeführt wären, um recht große Zahlen für die Statistik zu liefern, wird durch die Ergebnisse der Zählung gründlich widerlegt.

Verfolgen wir nun die Dauer der Arbeitslosigkeit von 9 Monat an abwärts, so finden wir, daß die Zahl der von ihr Betroffenen fortwährend wächst. In den Monatsberichten sowohl der männlichen wie der weiblichen Arbeitslosen ist die Zahl derjenigen am größten, die am Jahrestage bereits 2—3 Monate ohne Arbeit waren. Es sind dies in Berlin allein, Männer und Frauen zusammen, 10 709. Wenn wir auch die Wochenrubriken monatweise zusammenziehen, so finden wir eine noch größere Zahl, nämlich 13 804 solcher Personen, die 1—2 Monat (4—8 Wochen) arbeitslos waren. Weiter abwärts vermindern sich die Zahlen. Im ersten Monat (1—4 Wochen) waren 10 525 Personen arbeitslos, und in der ersten Woche (1—8 Tage) waren es 3104.

Diese Zusammenstellung zeigt mit größter Deutlichkeit, daß die Arbeitslosigkeit nicht nur eine ungeheure Zahl von Personen betroffen hat, sondern daß sie auch bereits sehr lange anhält. Ist doch die Zahl derjenigen, die länger als drei Monate arbeitslos sind, eine erschreckend große. 7244 Personen waren zur Zeit der Zählung im 4. Monat, 2210 im 5. Monat und 1946 im 6. Monat arbeitslos. Dabei ist zu beachten, daß sich diese Angaben nur auf Berlin ohne die Vororte beziehen.

Von den 42 510 Personen, die in Berlin als verkürzte Zeit arbeitend festgestellt wurden, waren 20 025, deren Arbeitszeit bis 12 Stunden wöchentlich verkürzt war. Von diesen mag der mit der Arbeitszeitverkürzung verbundene Lohnverlust, so schwer er auch in jedem Falle empfunden wird, noch erträglich erscheinen. Schlimmer sind schon die 6371 Personen daran, die wöchentlich 13—18 Stunden weniger arbeiteten. Sicher aber haben schon Mangel und Entbehrung zu leiden die 4409 Personen, die sich von ihrem Wochen-

verdienst den Lohn für 19—24 Stunden abziehen lassen müssen und die 5824 Personen, deren Arbeitszeit sogar um mehr als 25 Stunden wöchentlich gekürzt war. Läßt man, wie wir es in unfern bisherigen Betrachtungen stets getan haben, diejenigen ganz unberücksichtigt, die die ihnen verloren gehende Stundenzahl nicht angeben haben, so finden sich 10 233 Personen in Berlin, deren Arbeitszeit und Verdienst um mehr als ein Drittel gekürzt war. Das darf man nicht außer Betracht lassen, wenn man sich ein Bild machen will von dem durch Arbeitsmangel erzeugten Notstand.

Sehr lehrreich sind auch die Tabellen Ic und IIc, welche das Alter und die Dauer der Ortsanwesenheit der Arbeitslosen und Arbeitsbeschränkten nachweisen. Jene Leute, welche meinen, daß das Heer der Arbeitslosen durch Zugzug von außerhalb stark vermehrt würde, werden durch diesen Teil der Statistik gründlich widerlegt. Aus den Tabellen geht hervor, daß die Zahl derjenigen, welche erst wenige Wochen am Ort waren, verhältnismäßig klein ist. In Berlin gehört ungefähr der 11. Teil der Arbeitslosen, und der 17. Teil der arbeitsbeschränkten Männer zu denen, die noch nicht zwei Jahre im Orte anwesend waren. Bei den Frauen bilden dieselben etwa den 16. Teil der Arbeitslosen und den 38. Teil der Arbeitsbeschränkten. Also die überwiegende Mehrheit derjenigen Arbeiter und Arbeiterinnen, die infolge der wirtschaftlichen Krise Not leiden, wohnen länger als 2 Jahre in Berlin, und 18 489 nämlich Arbeitslose, das ist nahezu ein Drittel der Gesamtzahl derselben sind geborene Berliner. Es sind also nicht Landstreicher, wie man seitens unferer Gegner glauben zu machen sucht, es sind auch nicht die flüchtigen Elemente in der Arbeiterbevölkerung, sondern es ist die in Berlin ansässige und heimatsberechtigte Arbeiterschaft, welche den allergrößten Teil der Arbeitslosen, sowie der Arbeitsbeschränkten stellt.

In den Vororten ist das Verhältnis etwas anders. Zwar bilden auch hier die über 2 Jahre Ortsanwesenden die überwiegende Mehrheit, aber die Männer, arbeitslos wie arbeitsbeschränkte, ebenso die arbeitslosen Frauen stellen etwa ein Fünftel, und die arbeitsbeschränkten Frauen etwa ein Achtel der Gesamtzahl zu denen, welche noch nicht 2 Jahre im Ort wohnen. Nun handelt es sich bei diesen in der Mehrzahl aber nicht um Leute, die von außerhalb, sondern um solche, die von Berlin nach den Vororten gezogen sind. Das ist in sehr vielen Fällen ausdrücklich angegeben, und es stimmt übrigens mit der bekannten Tatsache überein, daß die Arbeiterbevölkerung vom Innern der Stadt nach den Außenbezirken und den Vororten verdrängt wird.

Von großer Bedeutung ist die Ermittlung des Alters der Arbeitslosen und Arbeitsbeschränkten. Dieser Teil der Statistik verdient besondere Beachtung. Verhältnismäßig klein sind die Zahlen der arbeitslosen und arbeitsbeschränkten jungen Männer von 16—20 Jahren. Sie machen in der Berliner Tabelle Ic nur den 16. Teil der verkürzte Zeit Arbeitenden und den 7. Teil der Arbeitslosen aus, während die Altersstufe von 21 bis 25 Jahren bei den ersteren die doppelte, bei den letzteren die anderthalbfache Zahl der jungen Männer unter 20 Jahren aufweist. Mehr als die Hälfte aller arbeitslosen und fast zwei Drittel aller verkürzte Zeit arbeitslosen Männer in Berlin stehen im Alter von 21—40 Jahren. Auch die höheren Altersstufen von 41 bis 70 Jahren sind noch mit sehr erheblichen, und zwar viel größeren Zahlen als die jungen Männer vertreten. — Bei den weiblichen Personen ist die Gruppierung wesentlich anders. Hier ist das Alter von 16—20 Jahren im Verhältnis zur Gesamtzahl bedeutend stärker vertreten wie bei den Männern. Die weiblichen Personen im Alter von 21—25 Jahren sind am zahlreichsten sowohl bei den Arbeitslosen als bei den Arbeitsbeschränkten. In der Altersstufe 26 bis 30 Jahre sinkt die Zahl ungefähr auf die Hälfte der vorhergehenden Stufe, und die folgenden Altersklassen zeigen eine weitere Abnahme.

Ein Umstand sei noch erwähnt, der für die Beurteilung der Not, welche der Arbeitsmangel mit sich bringt, von großer Bedeutung ist. Die Arbeitsbeschränkten in Berlin haben 41 375 Kinder, die Arbeitslosen mit 37 296 Kindern „gequält“. In den Vororten sind bei den verkürzte Zeit Arbeitenden 9584, bei den Arbeitslosen 10 875 Kinder ermittelt worden. Sehen wir ganz ab von dem Arbeitsbeschränkten, die sich zum Teil in einigermassen erträglichen Verhältnissen befinden, und rechnen wir nur die gänzlich arbeitslosen mit ihren Kindern, deren Dasein so die Kollage der Familie noch vergrößert, zusammen, so erhalten wir in Berlin eine Zahl von 96 924, in den Vororten eine solche von 20 868, das sind zusammen 117 802 Personen, die unter den drückenden Folgen der gänzlichen Arbeitslosigkeit leiden.

Als unser Parteigenosse Vorgmann in der Stadtverordnetenversammlung am 27. Februar den Magistrat an seine Pflicht gegenüber der Arbeitslosigkeit erinnerte, da sagte der Oberbürgermeister — über dessen Gesamtresultate der vorliegenden Statistik waren damals bereits Besprechungen — wenn unter normalen Verhältnissen einige 40 000 sogenannte Arbeitslose in Berlin seien, dann wäre das jetzt gefundene Resultat gar nicht so erschreckend. —

Diese Äußerung ist so recht erschreckend für den Geist, welcher die berufenen Vertreter der herrschenden Klasse besetzt. Wenn in Berlin allein 40 000 Arbeiter keine Beschäftigung finden können, wenn diese samt ihren Familien Not leiden, so sind das ganz normale Verhältnisse. — Was würde man wohl sagen, wenn irgendwo 40 000 Familien durch Feuer- oder Wasserversagen oder sonst ein Naturereignis existenz- und brotlos geworden sind? Würde man nicht mit Recht denjenigen als gefühllos bezeichnen, der angesichts eines so traurigen Ereignisses sagen würde: Wenn Feuer und Wasser die Habe der Menschen zerstören, so ist das etwas ganz Natürliches, etwas ganz Normales, aber kein Notstand! — Wenn aber die Arbeitslosigkeit, die den Arbeiter doch ebenso ohne seine Schuld und meist ebenso schwer trifft wie ein Naturereignis, Tausende und Abertausende in Not und Elend schleudert, so gilt das in der bürgerlichen Gesellschaft als ein durchaus normales Verhältnis.

Wir meinen, daß es Pflicht der Allgemeinheit ist, die Arbeiter, die sich, so lange die bürgerliche Gesellschaft besteht, vor der Arbeitslosigkeit und deren Folgen nicht bewahren können, auch gegen diese „normale“ Arbeitslosigkeit zu schützen.

Gegenwärtig haben wir es aber nicht mit einem „normalen“, sondern mit einem außerordentlichen Arbeitsmangel zu thun, der einen außerordentlichen Notstand erzeugt hat. Wie wir an der Hand der vorliegenden Statistik nachgewiesen haben, sind es nur zum kleinen Teil durch den Winter beeinflusste Gewerbe, die zur Zeit niederdulien. Der Arbeitsmangel erstreckt sich zum allergrößten Teil auf solche Berufszweige, die von der Jahreszeit unabhängig sind. Die Arbeiter aber, die unter den Folgen der Krise leiden, gehören in der überwiegenden Mehrheit dem kräftigsten Stammesalter an, sie leben in Verhältnissen, wo man sich nicht ohne großen Aufwand der Unthätigkeit hinpflanzt, und sie sind mit wenigen Ausnahmen ortsanständige Berliner Einwohner. Es ist deshalb die unabweisbare Pflicht der städtischen Behörden, Mittel zur Bänderung des Notstandes zu gewähren. Welche Wege zu diesem Ziel einzuschlagen sind, darüber nachzudenken ist Sache der berufenen Organe der Stadtverwaltung. Die Berliner Arbeiter haben das Bestehen des Notstandes zahlenmäßig nachgewiesen, jetzt ist es an den Behörden, diesem Notstande gegenüber ihre Pflicht zu erfüllen.

Berlin.

Arbeitslose und verkürzte Zeit arbeitende männliche Personen.

Tabelle 1 a.

Gewerbe	Anzahl der Arbeiter mit verkürzter Arbeitszeit wöchentlich weniger beschäftigt Stunden						Arbeitslose																		Gesamtzahl	
	Stunden						Tage			Wochen						Monate						über			ber verkürzte Zeit Arbeitenden	ber Arbeitslosen
	bis 6	7-12	13-18	19-24	über 25	unbestimmt	1-3	4-6	7-9	1-2	3-4	5-6	7-8	9-12	1-3	4-6	7-9	10-12	13-18	19-24	über 1 Jahr	unbestimmt				
Baugewerbe: Techniker, Polierer	7	4	3	4	4	4	5	3	4	4	1	17	5	6	1	16	10	9	6	5	4	2	11	26	100	
Malier, Putzer	551	312	64	32	55	122	233	123	347	340	287	300	180	199	96	275	110	42	26	28	12	14	147	1116	2759	
Bau- und Erdarbeiter	339	562	170	79	74	91	95	85	227	227	165	219	130	220	133	520	292	117	60	44	26	18	104	1315	2682	
Himmeler	222	175	25	25	17	25	49	17	58	43	28	41	27	21	17	78	42	23	11	12	12	10	32	439	521	
Glasler	13	23	8	9	12	9	4	6	9	12	5	22	12	10	3	50	7	2	3	4	1	1	6	74	157	
Malier und Anstreicher	106	509	243	67	60	61	33	22	82	74	65	104	93	145	87	683	614	94	24	19	6	5	76	1046	2226	
Dachdecker	60	69	23	19	25	21	9	7	28	20	12	15	19	23	13	90	62	11	9	5	6	2	24	217	369	
Töpfer	17	27	16	8	14	19	45	26	81	130	101	73	28	35	15	78	25	13	8	2	2	3	35	101	700	
Stuccateure	27	43	21	10	3	2	14	7	16	26	27	14	13	24	11	39	17	10	9	6	2	2	106	230		
Steine und Erden: Asphaltierer	20	62	18	6	7	10	1	—	4	8	3	3	3	14	40	31	11	3	1	4	1	5	123	129		
Steinfeger und Hammer	21	22	10	4	7	14	12	9	35	19	13	28	25	60	50	212	58	19	9	2	4	2	26	78	586	
Steinhauer, Steinmetzen, Marmorarbeiter	16	59	36	12	7	4	11	5	14	24	6	15	12	21	12	56	31	17	6	7	1	—	134	243		
Glasmacher und Glaschleifer	14	13	17	12	12	10	4	—	4	3	4	3	1	1	3	9	3	2	3	—	—	—	78	47		
Porzellanarbeiter	4	12	5	7	7	4	1	—	—	1	—	2	5	1	—	5	4	1	2	2	—	1	3	39	28	
Landwirtschaft: Gärtner, Park- u. Waldarbeiter, Fischer	10	18	4	7	38	12	7	4	13	16	12	15	12	7	90	55	32	7	6	2	4	25	89	325		
Metallindustrie: Former, Gelögier	98	160	90	70	52	30	7	8	9	19	12	28	14	30	16	96	59	42	37	35	13	12	16	504	451	
Sternmacher, Gießerei-Arbeiter	51	86	38	30	39	11	3	—	5	11	8	5	5	3	7	29	24	11	5	9	2	1	2	255	180	
Gold- und Silberarbeiter	10	45	29	10	17	18	—	—	1	5	6	2	4	5	5	4	0	1	3	2	—	—	4	129	58	
Drücker	10	43	40	20	6	3	5	2	3	6	7	6	6	11	4	20	11	4	—	—	2	6	3	122	96	
Gärtner, Galvanisierer	109	219	126	152	68	28	8	6	29	31	26	41	48	53	26	114	51	22	9	22	10	7	17	702	520	
Schleifer	19	72	36	35	45	13	7	2	13	10	11	27	17	15	8	37	37	16	4	7	8	5	6	230	230	
Kupfer Schmiede	83	40	5	5	3	3	3	2	4	9	3	6	3	3	6	21	20	3	2	—	1	1	2	139	89	
Schmiede	187	338	109	44	28	26	20	11	89	36	34	41	18	28	23	105	82	45	19	29	12	14	27	732	583	
Dreher	173	539	231	89	61	34	11	9	26	31	46	36	23	44	27	133	102	64	56	71	29	18	11	1127	737	
Schlosser, Maschinenbauer	782	1380	553	238	97	116	54	51	145	162	174	188	133	144	87	573	409	100	131	127	93	53	81	3166	2795	
Klempner, Rohrlager, Installateure	839	359	75	74	58	42	20	20	58	75	61	80	58	69	44	191	95	37	16	27	15	8	29	947	909	
Kadler, Drahtbinder	24	7	5	—	4	2	1	—	—	2	3	2	3	2	—	7	2	—	—	—	1	—	—	42	25	
Maschinen- und Holzger	14	33	13	9	3	5	1	1	7	10	4	8	9	4	1	28	15	11	6	11	7	3	8	77	134	
Elektr. Monteure	17	29	22	13	4	9	3	2	9	11	7	17	9	10	7	28	22	11	4	5	4	2	4	94	155	
Stanzler, Hobler, Fräser, Schnitthilfen	28	77	33	22	7	2	1	1	7	5	4	11	2	10	3	28	16	14	9	13	5	3	—	169	132	
Gravure und Gießeure	17	39	20	18	24	25	6	4	6	8	4	16	5	3	4	18	8	4	3	5	3	2	7	140	101	
Mechaniker und chirurgische Instrumentenmacher	60	250	52	52	31	11	11	12	29	16	29	19	24	15	70	78	43	39	57	28	11	17	17	456	584	
Wäschmacher und Uhrmacher	12	30	8	5	7	12	1	1	1	3	2	9	2	1	1	19	12	10	6	3	7	1	4	74	83	
Sonstige Metallarbeiter	712	1294	563	310	183	109	43	22	92	117	84	151	86	108	68	354	310	138	106	100	44	20	43	3171	1886	
Holzindustrie: Stellmacher	41	81	32	14	6	11	—	—	12	11	9	11	11	6	6	28	19	10	7	2	1	1	6	185	142	
Tischler, Drechsler	898	719	512	183	171	174	108	86	192	181	134	200	143	177	133	600	300	128	67	117	47	28	118	2125	2757	
Wäbelpollerer	25	59	70	55	73	47	9	13	26	14	18	42	22	37	14	98	94	24	7	17	8	3	17	329	398	
Kistenmacher und Holzschneider	51	168	118	56	46	30	3	4	18	15	11	19	21	19	10	38	38	12	10	10	7	6	16	475	255	
Wotcher	8	15	16	19	13	8	3	—	5	9	9	7	9	3	1	13	15	6	5	1	1	1	2	77	90	
Korb-, Kamm-, Bürsten-, Knopf- u. Pinselmacher	29	46	46	35	42	12	9	3	1	6	9	10	9	7	6	21	15	8	5	4	2	2	9	210	126	
Holzbildhauer, Steinbildhauer, Modellierer	32	64	45	32	43	39	13	3	31	26	23	27	34	22	15	88	44	16	9	13	5	6	23	255	398	
Chemische Industrie: Chemische Industrie	18	28	9	5	9	3	3	3	3	2	1	11	4	2	1	7	3	4	6	5	3	7	7	72	70	
Heiz- und Leuchtstoff-Fabrikarbeiter	28	42	8	18	29	22	2	1	6	4	6	4	2	8	2	9	10	8	3	1	3	3	4	147	66	
Ladierer, Verpolder	56	123	65	27	40	22	5	7	11	20	11	24	21	16	13	59	58	23	9	11	5	4	10	333	313	
Leder u. Papier: Buchbinder u. Galanterie-Arbeiter	91	163	103	65	82	51	10	5	40	36	38	46	34	24	9	73	55	25	14	18	14	6	19	555	466	
Sattler und Lächner	75	106	39	46	54	26	8	7	20	24	16	24	25	23	9	70	68	33	23	28	6	2	14	346	400	
Tapezierer und Kleber	49	150	145	67	72	47	16	13	33	33	23	47	44	55	36	270	139	16	5	7	9	4	22	539	777	
Gerber und Lederarbeiter	40	122	61	34	40	23	7	2	14	17	7	15	15	19	4	43	8	13	5	8	4	4	6	328	191	
Kunst: Künstler, Schauspieler, Musiker	7	14	2	7	39	87	5	7	6	13	5	19	6	1	1	49	30	18	7	9	6	11	54	156	246	
Typographen, Zeichner, Kupferstecher	7	5	6	7	7	17	8	1	6	6	4	10	3	7	4	17	10	11	3	6	6	5	6	49	113	
Textil-Industrie: Weber, Tuchmacher, Birker, Wollentwerner, Seiler	80	72	73	60	84	49	1	8	15	13	9	26	12	26	15	41	30	13	13	12	10	12	46	427	302	
Graphische Gewerbe: Buchdrucker, Stereotypen, Schriftsetzer	21	32	9	6	10	26	21	8	59	42	55	47	23	35	33	121	67	39	34	55	15	7	16	104	677	
Lithographen, Steindrucker, Steinsetzer	37	27	8	12	16	21	6	2	8	30	19	34	13	21	8	45	25	18	16	14	4	1	12	121	271	
Bekleidung: Schneider, Zuschneider, Wägler	81	287	301	467	1064	701	53	64	102	139	181	248	238	201	83	327	134	46	31	31	23	13	217	2001	2081	
Kürschner, Hütenmacher	11	25	14	39	107	44	2	6	8	10	15	32	36	34	10	23	9	5								

Berlin.

Alter und Dauer der Ortsanwesenheit.

Tabelle I a.

a) Der verkürzte Zeit Arbeitenden.

b) Der Arbeitslosen.

Table with columns for 'Dauer der Ortsanwesenheit', 'Alter in Jahren' (16-70), and 'Summa'. It is divided into 'Männliche Personen' and 'Weibliche Personen' with sub-rows for duration of residence.

Darüber.

Alter und Dauer der Ortsanwesenheit.

Tabelle II a.

a) Der verkürzte Zeit Arbeitenden.

b) Der Arbeitslosen.

Table with columns for 'Dauer der Ortsanwesenheit', 'Alter in Jahren' (16-70), and 'Summa'. It is divided into 'Männliche Personen' and 'Weibliche Personen' with sub-rows for duration of residence.

Charlottenburg. Von der Arbeitslosenzählung in Charlottenburg liegt jetzt auch das Resultat vor, welches die Frage nach der Verkürzung der Arbeitszeit ergeben hat.

15 Jahre dagegen 400; im Durchschnitt beträgt die Ortsanwesenheit 8,1 Jahre. Bei den Arbeiterinnen überwiegen hier sowohl wie bei den Arbeitslosen naturgemäß die jüngeren Altersklassen.

des 18. März erwidmet ist. Diefelben werden in dem Artikel „Geld und Zeit“ von Wilhelm Bloß gewürdigt, dem eine Abhandlung der ersten deutschen Nationalversammlung in der Paulstraße zu Frankfurt a. M. sowie des neuen Reichstagsgebäudes zu Berlin beigegeben ist.

Schriften-Eingang.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dieß Verlag) ist ferner das 23. Heft des 20. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Ein jüdischer Sohn. — Karl Marx über die Pariser Kommune. — Der Rückgang der sozialistischen Arie in Frankreich.

Das Goldat, Gedanken und Thatsachen von Feid. Heigl, Verleger von „Der heilige Kain“ von Viktor. 1902. Berlin. (Hugo Schramm Verlag) Preis 1,50 M.